

Das Parlament

Berlin, Montag 22. Januar 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 4-5 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Kontrollgremium hat neuen Chef

Armin Schuster Viel Gerangel um den Vorsitz des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr): Erst nach einer Kampfabstimmung wurde bei der konstituierenden Sitzung der Experten-



picture-alliance/opa

gruppe zur Kontrolle der Nachrichtendienste der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster zum PKGr-Vorsitzenden gewählt. Er setzte sich in dem wegen Nichtwahl eines AfD-Kandidaten noch unvollständigen Gremium mit fünf gegen drei Stimmen gegen den SPD-Konkurrenten Burkhard Lischka durch. Üblicherweise wurden zuletzt die PKGr-Vorsitzenden im Konsens gewählt. Schuster folgt seinem Parteifreund Clemens Binninger. Schuster saß auch in der vergangenen Wahlperiode in dem Gremium. Dem Bundestag gehört der 56-jährige Polizeidirektor a.D. als stets direkt gewählter Abgeordneter aus Südbaden seit 2009 an. „Ich freue mich über das entgegengebrachte Vertrauen“, sagte Schuster zu seiner Wahl. (Seite 4) kru ||

ZAHL DER WOCHE

23

ständige Ausschüsse hat der Bundestag vergangene Woche eingesetzt – so viele wie in der vergangenen Legislaturperiode. Am größten ist der Ausschuss für Wirtschaft und Energie mit 49 Mitgliedern, am kleinsten der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung mit 14 Abgeordneten.

ZITAT DER WOCHE

»Wer Krieg haben will, kann ihn auch kriegen.«

Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD-Fraktion, nach der Nichtwahl des AfD-Kandidaten Roman Reusch durch den Bundestag in das Parlamentarische Kontrollgremium

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Antisemitismus Parlament macht Judenhass zum Thema Seite 4

EUROPA UND DIE WELT
Europa Debatte über Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2018 Seite 8

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Ernährung Bundestag thematisiert gesundes Essen und Trinken Seite 10

KEHRSEITE
Ortstermin Staatsakt für den früheren Bundestagspräsidenten Jenninger Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Streit um Tickets für Familien

ASYL Bundestag debattiert über Nachzug von Angehörigen vieler Flüchtlinge in Deutschland

Es ist, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Freitag im Bundestag betonte, „eine der großen Debatten, die wir in unserem Land haben: Wie regeln wir den Familiennachzug für subsidiär geschützte?“ In der Tat wog der Streit über diese Frage auch im Parlament, seit der Bundestag im Februar 2016 mit den Stimmen der damaligen Großen Koalition das „Asylpaket II“ beschloss, mit dem der Familiennachzug zu lediglich subsidiär geschützten, also nicht individuell verfolgten Flüchtlingen, für zwei Jahre ausgesetzt wurde. Einige Monate später fanden die Sozialdemokraten die Geschäftsgrundlage für ihre Zustimmung zu der Neuregelung überholt, weil davon entgegen den Erwartungen viele Flüchtlinge aus Syrien betroffen sind; auf eine Änderung konnten sich die Koalitionäre indes nicht verständigen.

Mitte März, also in acht Wochen, läuft diese Aussetzung des Familiennachzugs ab, und bei ihren Sondierungen hatten sich Union und SPD jüngst darauf verständigt, monatlich 1.000 Menschen den Nachzug zu subsidiär geschützten Angehörigen in Deutschland zu ermöglichen. Bis Ende Juli soll die neue Regelung laut Sondierungskompromiss beschlossen sein und bis dahin die derzeitige Aussetzung verlängert werden. Über den für diese Verlängerung erforderlichen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion beriet der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung ebenso wie über Vorlagen der AfD, der FDP, der Linken und der Grünen (siehe auch Beitrag unten). Dabei will die AfD den Familiennachzug zu subsidiär Geschützten gänzlich streichen, während Linke und Grüne für seine Wiederzulassung ohne Einschränkungen plädieren und die FDP die Aussetzung um weitere zwei Jahre verlängern, aber für „Ausnahmefälle“ lockern möchte.

»Maßvolle Lösung« De Maizière wertete den Sondierungskompromiss als „vernünftige, maßvolle Lösung“, mit der „Humanität und Verantwortung“ verbunden würden. „Das ist zumutbar, das ist legitim, das ist angemessen“, sagte der Ressortchef. Es gebe keine rechtliche Verpflichtung, den Familiennachzug zu subsidiär Geschützten unbegrenzt zu gewähren. Subsidiärer Schutz sei Schutz „auf Zeit“, wer ihn nicht mehr brauche, solle in seine Heimat zurückkehren. Sein Aufenthalt verfestige sich aber, wenn seine Angehörigen nachgeholt würden. Auch überfordere und spalte ein unbegrenzter Nachzug das Land. Ein dauerhaftes Nachzugsverbot würde indes „menschlichen Härten nicht gerecht“. SPD-Fraktionsvize Eva Högl unterstrich, dass der Familiennachzug auch zu subsidi-

är Geschützten nach Auffassung der SPD „notwendig und richtig“ sei. Das Sondierungsergebnis sei nicht zufriedenstellend, „aber immerhin, wenn es dazu kommt, ein Kompromiss, mit dem Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wieder möglich werden wird“. Einer weiteren Aussetzung des Nachzugs bis zu einer solchen Regelung werde ihre Fraktion gegebenenfalls aber nur zustimmen, wenn die Befristung dieser Verlängerung bis zum 31. Juli 2018 „ganz fest verankert wird“. Auch müssten Anträge derjenigen, deren Möglichkeit auf Nachzug ausgesetzt war, bereits ab dem 18. März gestellt werden können und auch schon bearbeitet werden.

Martin Sichert (AfD) kündigte die Zustimmung seiner Fraktion zu der CDU/CSU-Vorlage an. Subsidiär Schutzberechtigte müssten schon allein deswegen mittelfristig heimkehren, weil Deutschland mit der Integration „heillos überfordert“ sei. Ein Familiennachzug mache „da überhaupt keinen Sinn“, sagte er. Zugleich kritisierte er, das Asylrecht sei zu einem „System der Masseneinwanderung unfunktioniert“ worden.

»Wir haben uns auf eine vernünftige, maßvolle Lösung verständigt.«

Thomas de Maizière (CDU), Bundesinnenminister

Stephan Thomae (FDP) entgegnete, man müsse eine „Balance finden zwischen Möglichkeit und Menschlichkeit“. Um das „große Thema“ konzeptionell neu zu ordnen, brauche man Zeit, weshalb seine Fraktion die Aussetzung des Familiennachzugs verlängern wolle. Dies könne jedoch bedeuten, dass Familien bis zu vier Jahren getrennt seien, weshalb der Nachzug in Härtefällen ermöglicht werden solle. Ihn für monatlich 1.000 Menschen zu öffnen, sei „willkürlich“. Schließlich könne es „mal mehr als 1.000 Härtefälle geben und es kann mal weniger geben“, gab der FDP-Parlamentarier zu bedenken.

Ulla Jelpke (Linke) kritisierte, wer das Grundrecht auf Familienschutz in Frage stelle, spalte die Gesellschaft und mache jegliche Integration zunichte. „Jedes Kind, jeder Jugendliche braucht seine Eltern und die Eltern brauchen ihre Kinder, wenn sie wirklich eine Integration bekommen sollen“, fügte Jelpke hinzu. Die Konsequenz der Regierungspolitik sei indes, „dass Familien zerrissen werden“. Das Sondierungsergebnis von Union und SPD bedeute, „dass Fa-

milien weiterhin fünf Jahre warten müssen, bis sie hierher kommen können“. Das halte sie für verfassungswidrig. Ihre Fraktion wolle den Familiennachzug „sofort wieder zulassen, damit endlich Humanität eintritt“. Auch bei Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt stieß der Sondierungskompromiss auf scharfe Kritik. 2016 sei zunächst gesagt worden, dass die subsidiär Geschützten keine Syrer seien, doch habe sich dann herausgestellt, dass es „gerade die syrischen Geflüchteten waren“. Nun solle der Familiennachzug abgeschafft werden: „Aus Menschenrecht wird Gnadenrecht – das hat nichts mehr mit dem zu tun, das unser Land ausmacht“, sagte sie. Stephan Harbarth (CDU) erwiderte, dass sich der Familiennachzug nach den Aufnahmemöglichkeiten der Bundesrepublik richten müsse. Auch gebe es keine völker- oder europarechtliche Verpflichtung, subsidiär Geschützten einen „privilegierten Nachzug zu gewähren“, argumentierte Harbarth. Ein solcher Familiennachzug wäre ein „ganz wesentlicher Anreiz für eine Antragsstellung in Deutschland“. Dies würde „Asymmetrien in der Flüchtlingsverteilung in Europa“ vertiefen und eine „starke Magnetwirkung zu Lasten Deutschlands“ entfalten. „Genau das wollen wir nicht“, betonte er. Helmut Stoltenberg ||

Nach der derzeitigen Gesetzeslage ist bei subsidiär geschützten Flüchtlingen der Nachzug ihrer Familienangehörigen bis Mitte März ausgesetzt.

© Stephan Roters



EDITORIAL

Trick mit dem Alter

VON JÖRG BIALLAS

Flüchtlingspolitik war in der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres ein Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Auf der wegen der ausstehenden Regierungsbildung überschaubaren Tagesordnung ging es ausführlich um Fragen des Umgangs mit Ausländern, die in Deutschland Zuflucht suchen. Unter dem Eindruck der Sondierungsgespräche für eine abermalige Große Koalition, wo dieses Thema ebenfalls eine große Rolle spielte, war es im Plenum besonders lebhaft.

Auch in der Öffentlichkeit wird nach wie vor emotional über Asyl- und Zugangsregelungen diskutiert. Sachliche, an der Wirklichkeit orientierte Argumente weichen dabei schnell Halbwahrheiten und pauschalen Urteilen. Die Lösung der Probleme macht das nicht leichter.

So ist es Unfug, wenn der Eindruck erweckt wird, flächendeckend würde das Alter junger, Asyl suchender Männer nicht korrekt bestimmt. Die allermeisten, die in unser Land kommen, sind ehrlich und geben ihre persönlichen Daten korrekt an. Die anderen müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln entlarvt werden. Aus guten Gründen genießen Minderjährige, die unbegleitet nach Deutschland geflohen sind, besonderen Schutz und Privilegien. Und, ja, das hat sich unter den Flüchtlingen herumgesprochen. Die Versuchung, den Behörden Personaldokumente vorzuenthalten und ein geringeres Alter als das tatsächliche vorzugaukeln, ist präsent.

Selbstverständlich hat ein Staat das Recht, die lückenlose Identität derer zu erfahren, die aufgenommen werden wollen. Und dazu gehört gewiss auch die Angabe des korrekten Alters. Zumal davon eine nicht unbedeutende finanzielle Förderung abhängt.

Nun mag darüber gestritten werden, mit welchen Methoden das Alter verlässlich und zumutbar zu bestimmen ist (siehe Gastkommentare auf Seite 2). Hilfreich, ja notwendig, ist aber in jedem Fall eine einheitliche Regelung für alle Bundesländer, die derzeit noch sehr unterschiedlich agieren. Das würde auch dazu beitragen, das Anerkennungsverfahren für die Betroffenen durchsichtiger und glaubwürdiger zu machen.

Wer sich die Eintrittskarte in ein neues Leben mit einer Lüge erschleichen will, darf nicht auf Solidarität hoffen. Alles andere wäre Betrug an jenen, die als Minderjährige ohne Familienanschluss unserer Fürsorge besonders bedürfen.

Kontroverse Positionen

INITIATIVEN Die Vorstöße der Fraktionen zum Familiennachzug reichen vom Wegfall bis zur sofortigen Zulassung

Neben Vorlagen der Fraktionen von CDU/CSU, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben auch die Sondierungsergebnisse von Union und SPD vergangene Woche die Bundestagsdebatten über den Familiennachzug zu Flüchtlingen bestimmt, die lediglich über einen subsidiären, also eingeschränkten Schutzstatus verfügen. Diesen Familiennachzug hatte das Parlament im Jahr 2016 für zwei Jahre ausgesetzt; diese Frist läuft am 16. März dieses Jahres aus.

In den Sondierungsergebnissen von CDU, CSU und SPD heißt es, dass anstelle des bisherigen Gesetzes mit einem generellen Familiennachzug für subsidiär Geschützte eine Neuregelung treten soll, mit der „ein geordneter und gestaffelter Familiennachzug nur aus humanitären Gründen“ geregelt wird. Danach soll monatlich 1.000 Menschen der Nachzug nach Deutschland ermöglicht werden und im Gegenzug „die EU-bedingten 1.000 freiwil-

ligen Aufnahmen pro Monat von Migranten aus Griechenland und Italien“ auslaufen. Im Vorgriff soll ein Gesetz die bestehende Aussetzung des Familiennachzugs so lange verlängern, bis die Neuregelung in Kraft gesetzt ist. „Mit dieser Abrede ist untrennbar verbunden die unverzügliche Erarbeitung und Verabschiedung der oben genannten gesetzlichen Regelung bis zum 31.07.2018“, heißt es in dem Papier weiter.

Der Gesetzentwurf der CDU/CSU (19/439) zielt auf diese Verlängerung des Status quo. Darin verweist die Union „auf die bis zum 31. Juli 2018 beabsichtigte Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, mit der ein geordneter und gestaffelter Familiennachzug nur aus humanitären Gründen ermöglicht werden soll“. Bis zum Inkrafttreten dieser Neuregelung soll der Nachzug der Vorlage zufolge ausgesetzt bleiben.

Die AfD-Fraktion will dagegen den Familiennachzug für subsidiär Geschützte auf

Dauer ausschließen. Ihr Gesetzentwurf (19/182) sieht einen „völligen Wegfall des gesetzlichen Nachzugsanspruchs für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter“ vor.

Nach dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion (19/425) soll der Nachzug grundsätzlich für weitere zwei Jahre ausgesetzt, aber zugleich für verschiedene Ausnahmefälle wieder zugelassen werden. Diese Ausnahmefälle sollen unter anderem Konstellationen erfassen, „in denen es den betroffenen Personen nicht mehr zumutbar ist, länger auf den Familiennachzug zu warten“. Auch will die FDP den Nachzug in Fällen erlauben, „in denen der Integrationsaufwand voraussichtlich gering sein wird“.

Die Linke fordert demgegenüber in ihrem Gesetzentwurf (19/241), die derzeitige Warteregulierung mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben. Eine Beibehaltung der jetzigen Regelung oder eine dauerhafte Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär

Geschützten lehnt die Fraktion darin strikt ab.

Auch die Grünen wenden sich gegen eine weitere Aussetzung des Nachzugs. Sie fordern in ihrem Antrag (19/454) die Bundesregierung auf, keine Initiativen zur Gesetzgebung mit dem Ziel der Verlängerung der Aussetzung zu ergreifen. Vielmehr soll die Regierung nach dem Willen der Grünen das Personal bei den deutschen Auslandsvertretungen in den Anrainerstaaten Syriens aufstocken, „um die höhere Nachfrage nach Visa zum Familiennachzug bearbeiten zu können“. Ihr Antrag wurde ebenso wie die vier Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. sto ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

PFlicht zur ärztlichen Altersbestimmung?

Im Zweifel zum Arzt

PRO



Christopher Ziedler, »Stuttgarter Zeitung«, »Stuttgarter Nachrichten«

Das Kindeswohl wird vom Grundgesetz besonders geschützt. Es ist also zentral für Behörden, das Alter der Menschen hier zu kennen – auch das der Flüchtlinge, die oft ohne Papiere einreisen: Unbegleitete Minderjährige werden nicht in Sammelunterkünften untergebracht, sondern der Obhut von Jugendämtern übergeben. Vor allem aber schützen hohe rechtliche Hürden sie vor einer Abschiebung, wenn kein Schutzstatus erteilt wird. Das hat sich, darf man unterstellen, herumgesprochen. Es gibt Fälle, in denen erwachsene Migranten sich als minderjährig ausgeben. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, solche Täuschungen aufzudecken, die auch die generelle Hilfsbereitschaft gegenüber Schutzsuchenden untergraben. Die Behörden sollten daher die verfügbaren Mittel zur Altersbestimmung ausschöpfen, Jugendämter angehalten sein, stärker auf medizinische Erkenntnisse wie das Röntgen des Handwurzelknochens zurückzugreifen. Auch diese Methode bietet keine 100-prozentige Genauigkeit, akkurater als die bloße „Inaugenscheinnahme“ ist sie allemal. Wer das als unzulässige Verletzung des Rechts auf Unversehrtheit geißelt, übertreibt maßlos. Wo liegt der Unterschied zum Polizisten, der Alkoholsündern gegen deren Willen Blut abnehmen darf, um Trunkenheit am Steuer nachzuweisen? Und eine Strahlenbelastung, die jedem Zahnarztbesucher vor der Wurzelbehandlung zugemutet wird, soll für Asylbewerber unzumutbar sein? Unverhältnismäßig wäre einzig ein aktionistisches Gesetz, das alle unbegleiteten Minderjährigen automatisch zum Röntgen schickt. In Zweifelsfällen aber sollte es für die Ämter kein Vertun geben, dass sie Ärzte zu Rate ziehen. Die zuständigen Bundesländer sollten hier klare Dienstweisungen geben.

Der alte Holzweg

CONTRA



Andrea Dernbach, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Noch jede Krise, jeder Krieg, der viele Menschen ins Land trieb, löste die immer gleichen Reflexe aus: abwehren, Grenzen abdichten und denen, die es dennoch schaffen, das Leben hier möglichst schwer machen. Das schadet nicht nur deren Chancen, sondern auch Deutschland: Hebammen, die, obwohl dringend gebraucht, nicht arbeiten dürfen, Verwaltungsgerichte lahmgelegt von – berechtigten – Klagen gegen restriktive Asylbescheide: Das alles ist nicht im deutschen Interesse, wer immer das definiert. Das Migrationsjahr 2015 hat auf diesem Feld den Verlust gesunden Menschenverstands rasant beschleunigt. Die neueste Erfindung von CSU und AfD: die zwingende Altersfeststellung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Sie ist nicht nur nicht sicher möglich, dazu rechtlich und ethisch fragwürdig – die Ethikkommission der Bundesärztekammer ist dagegen, Ärzteverbände raten ab, daran mitzuwirken. Sie wäre ein weiteres kleinteiliges Deckeln des zum Riesenproblem aufgeblasenen Familiennachzugs, denn auf Familie haben Minderjährige ein besonders dringendes Recht. Und sie wäre ein weiterer Punkt der unendlichen Liste der Leistungskürzungen für Geflüchtete. Minderjährige stehen unter besonderem Schutz, sie werden betreut. Ob 16 oder schon 20: Es würde sich lohnen, gerade in junge Leute zu investieren, sie auf dem Weg in Ausbildung und Beruf an die Hand zu nehmen. Sie sich selbst zu überlassen, wird richtig teuer, das hat die lange Weigerung Deutschlands, sich als Einwanderungsland zu sehen, traurig bewiesen. Wer weiter diesem alten Holzweg folgt, weiß es entweder nicht besser oder will das Feindbild des Fremden zementieren. Vor beiden Politikertypen sollten wir uns fürchten.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Castellucci, als ein Ergebnis ihrer Sondierungsgespräche stellen SPD und Union fest, dass die Zuwanderungszahlen die Spanne von jährlich 180.000 bis 220.000 nicht übersteigen werden. Ist das ein gangbarer Weg, nachdem vergangenes Jahr knapp 187.000 Asylsuchende registriert wurden?

Man kann sich Richtwerte vornehmen, bei denen unterschiedliche Fragen eine Rolle spielen: die Frage, was ein Land braucht, was es leisten kann, auch die Frage der Humanität. Aber klar ist – und in den Sondierungen auch so festgelegt: Das Menschenrecht auf Asyl und das Recht nach der Genfer Flüchtlingskonvention fließen in diese Zahl nicht mit ein. Es gibt also keine feste Grenze. Wir hoffen immer, dass möglichst wenig Menschen fliehen müssen, und arbeiten auch dafür. Insofern wäre es gut, wenn es uns gelingen würde, die Zahlen in diesem Korridor zu halten.

Wenn also wie 2016 etwa 280.000 Asylsuchende kämen, würden die auch nach diesem Sondierungskompromiss aufgenommen?

Ja. Weil explizit festgehalten ist, dass der Grundgesetz-Artikel 16 a zum Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention bei diesem Korridor keine Rolle spielen. Zugleich arbeiten wir mit Nachdruck daran, Flucht und Migration nach Möglichkeit zu verhindern, auch wenn das nie zu 100 Prozent gelingen wird.

Besonders umstritten war in der Vergangenheit die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär geschützte Flüchtlinge, also solche mit eingeschränktem Schutzstatus. Bei dieser Gruppe wäre nach den Ergebnissen der Sondierungen von SPD und Union 1.000 Menschen pro Monat der Nachzug nach Deutschland zu ermöglichen. Lässt sich das mittragen?

Jeder muss vor seinem Gewissen entscheiden, ob er das mittragen kann. Grundsätzlich finde ich, dass Menschenrechte keine Verhandlungsmasse sein dürfen. Es gibt ein Grundrecht auf Familie, die auch durch verschiedene internationale Verträge geschützt ist. Das halte ich zunächst einmal hoch. Man muss auch schauen, ob die Auslandsvertretungen die Kapazitäten haben, um die entsprechenden Anträge zu bearbeiten, und wie die Kapazitäten in Deutschland sind. Es ist völlig klar, dass man da einen pragmatischen Weg finden muss. Persönlich würde ich mir wünschen, dass wir das Grundrecht auf Familiennachzug unangetastet lassen und darunter ein gestuftes Vorgehen vorsehen, statt eine Gesetzesänderung mit einem Kontingent von 1.000 vorzunehmen. Aber in der Politik müssen eben auch Kompromisse geschlossen werden.

Die FDP-Fraktion will den Familiennachzug weiter aussetzen, sieht aber Ausnahmeregelungen für Härtefälle vor.

Bei den Härtefällen bewegen wir uns derzeit im dreistelligen Bereich. Wir können nicht über Härtefälle grundsätzlich den Familiennachzug ermöglichen. Man kann nicht alles zu einem Härtefall undefinieren, um ein Vehikel für Familiennachzug zu haben. Deswegen ist der Vorschlag der FDP für mich unzureichend, weil wir so nicht dazu kommen, dass Familien zusammen sein können. Und das ist das Ziel, das ich politisch verfolge.

Die FDP kritisiert in ihrer Vorlage, bei starren Kontingenten wie maximal 1.000 seien Besonderheiten individueller Härtefälle nicht zu berücksichtigen.

Die Härtefallregelung steht ja im Gesetz und bleibt ja weiter bestehen. Niemand würde das antasten, zumal die Zahlen da ganz gering sind. Aber über die Härtefälle kann man eben nicht den Familiennachzug regeln. Wenn man Familiennachzug

»Es gibt keine Grenze«

LARS CASTELLUCCI Der SPD-Bundestagsabgeordnete dringt im Streit um den Familiennachzug auf Einhaltung des Grundrechts



© spdfraktion.de/Benno Kraehahn

will, muss man Familiennachzug ermöglichen. Wir brauchen beides: Zum einen Zahlen für den Familiennachzug, die im Einklang stehen mit dem Recht der Familien, beisammen zu sein, und die zugleich die organisatorischen Gegebenheiten in den Blick nehmen, die berücksichtigt werden müssen. Daneben steht die geltende Härtefallregelung, die unangetastet bleibt.

Nun läuft die derzeit geltende Aussetzung des Familiennachzugs im März aus, sofern der Bundestag sie nicht verlängert. Die Angaben, wie viele Menschen dann zusätzlich nach Deutschland kommen könnten, schwanken erheblich, zwi-

schen 50.000 und mehreren Hunderttausend. Von welchen Zahlen gehen Sie aus?

Alle Prognosen, die von mehreren hunderttausend Personen ausgehen, sind Spekulationen ohne Beleg, die dazu dienen sollen, Ängste zu schüren. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung würden wir uns bei 50.000 bis 60.000 bewegen. Betrachtet wird, wie viele Asylberechtigte, wie viele Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention und wie viele subsidiär Geschützte in der Vergangenheit ihrer Familien nachgezogen haben, und wie viele von den Geflüchteten überhaupt verheiratet sind und Kinder haben. Ich würde auch

eher von einer fünfstelligen Zahl ausgehen als von einer sechsstelligen. Am Ende kann man das nicht ganz genau vorhersehen. Entscheidend ist die Frage, ob wir uns in diesem Land zutrauen, das Grundrecht auf Familie einzuhalten, und wie wir das organisieren. Ich glaube, dass wir das leisten können, und das wird in dem Sondierungskompromiss ja auch unterstrichen. Wo bei ich mir auch eine größere Zahl als die 1.000 hätte vorstellen können.

Nämlich?

Bei monatlich 2.000 beispielsweise wäre ich schon zufrieden gewesen – das hätte einfach ganz anders ausgesehen. Vor allem stört mich, dass in dem Sondierungspaket steht, dass diese 1.000 gegengerechnet werden mit den Zusagen an Italien und Griechenland zur Umsiedlung von jeweils 500 Geflüchteten. Das Papier enthält ein sehr gutes Europakapitel, in dem der Wert wechselseitiger Solidarität hochgehalten wird, aber in der Flüchtlingspolitik sieht es den Ausstieg Deutschlands aus der Unterstützung von Italien und Griechenland vor – das ist für mich ein Widerspruch. Dabei haben wir mit den 180.000 bis 220.000 ja schon einen Richtwert, an dem wir uns orientieren wollen. Beim Familiennachzug dann zusätzlich eine Gegenrechnung zu machen, ist völlig unnötig.

Das Argument, dass die Kommunen bei der Aufnahme der Menschen überlastet werden könnten, überzeugt Sie nicht?

Was kommunal geschafft und erreicht werden kann, hängt absolut davon ab, wie die Haltung zu der ganzen Frage ist. Bürgermeister, die 2015 gesagt haben, dass die Flüchtlinge nun einmal da sind und man sich nun auch um sie kümmern muss, haben das auch hinkriegen. Ich halte überhaupt nichts von unserem System, die Geflüchteten einfach flächendeckend zu verteilen, sondern würde sehr viel mehr darauf hören, was die Leute vor Ort sagen und uns zutrauen. Man muss die Menschen mitnehmen und darf ihnen das nicht einfach vor die Füße kippen. Dann werden die Antworten unterschiedlich sein. Bei uns in Nordbaden sind die Leute zum Beispiel eher an ausländische Mitbürger gewohnt als in manchen anderen Regionen.

Kritisiert worden ist auch die Verstädtigung der Sondierer auf »Anker«-Einrichtungen, also zentrale Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen für Asylbewerber.

Der Idee dieser Einrichtungen kann man folgen, wenn sie entsprechend ausgestaltet sind. Zu beachten ist, wie lange die maximale Aufenthaltsdauer dort ist, damit man nicht von Kasernierung sprechen muss. Es muss um sechs bis acht Wochen gehen, in denen die Menschen dort mit allem Erforderlichen versorgt werden und in denen auch ihre Verfahren laufen. Bei längeren Verfahren wäre es keine gute Idee, die Leute dort dauerhaft zu lassen. Zugleich sollte mit den Asylverfahren eine unabhängige Rechtsberatung der Bewerber verbunden werden. Wenn »Anker« dagegen wie eine Transitzone möglichst abschreckend gestaltet werden soll, würden das keine gute Einrichtungen werden – das ist klar.

Die Fragen stellte Helmut Stoltenberg. ||

Lars Castellucci (43) ist seit 2013 Mitglied des Bundestages, wo der Sozialdemokrat in der zurückliegenden Wahlperiode dem Innenausschuss angehörte.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Rechtspolitiker: Stephan Thomaе

Stephan Thomaе hat einen Lieblingsraum im Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft, dem ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais: die gediegen ausgestattete Bibliothek mit der ruhigen Gesprächsatmosphäre. Dies gilt umso mehr, als er mit seinem Team derzeit in reichlich beengter Büro-Situation zusammenhockt. Die Bundestags-Gegebenheiten werden noch angepasst an die neue Lage mit einer Rekordzahl an Abgeordneten und Fraktionen. Umbruch, Aufbruch: Dies kennzeichnet auch die Arbeit des 49-jährigen Rechtsanwalts. Nach vierjähriger Pause zog der Allgäuer wieder für die FDP in den Bundestag ein. Als nunmehr stellvertretender Vorsitzender der 80-köpfigen Fraktion beackert er insbesondere das weite Feld der Rechtspolitik. „Mit meinen Mitarbeitern habe ich viele Einzelthemen gesammelt“, sagt Thomaе und verweist er etwa auf die Modernisierung der Justiz, auf Insolvenzrecht und Urheberrecht oder im Familienrecht auf die Stellung des Kindes bei Scheidung der Eltern. Er erwähnt die „ethische Herausforderung angesichts der Fortschritte in der Medizin und in den Biowissenschaften von Reproduktionsmedizin bis Sterbehilfe“. Das Recht müsse sich „an sich ändernde Familienbilder“ anpassen – immer mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften. Und als FDP-Parlamentarier setze er „natürlich beim Thema Bürgerrechte einen Schwerpunkt“. Er möchte die Einzelthemen bündeln zu einer „liberalen Botschaft, die auch von denen verstanden wird, die sich nicht jeden Tag mit Politik beschäftigen“.

Das erste Kapitel ist bereits geschrieben: Die FDP-Fraktion wartete mit einem ausformulierten Gesetzentwurf auf zum Familiennachzug für Migranten, die nur einen vorübergehenden Aufenthaltsstatus („subsidiärer Schutz“) haben. Es sei „eine Balance zwischen Möglichkeit und Menschlichkeit“ gefunden worden, findet Thomaе. Einerseits müsse der Staat „selbstverständlich Regeln“ schaffen: „Wenn wir alle Menschen, die zu uns möchten, aufnehmen, würden wir sehr schnell die Grenzen unserer Möglichkeiten erreichen.“



© DBT/Achim Meide

»Unser Gesetzentwurf zum Familiennachzug ist eine Balance zwischen Möglichkeit und Menschlichkeit.«

Im Gesetzesvorschlag schlägt sich das laut Thomaе so nieder: „Wir wollen den Familiennachzug für diesen Personenkreis für zwei weitere Jahre aussetzen.“ Die laufende Aussetzung endet am 16. März. Andererseits indes sähen sich „die Freien Demokraten seit jeher als Partei der Humanität und der Menschenrechte“. Weshalb der Gesetzentwurf Ausnahmen vorsieht. Um solche Härtefälle könne es sich bei Asylbewerbern handeln, die schon in Deutschland leben:

„Wenn etwa jemand der Pflege durch Angehörige bedarf.“ Oder es könne auch um Personen gehen, die geholt werden sollen: „Aufgrund eines individuellen Härtefalls oder wegen der Verschlechterung der humanitären Lage Gefahr für deren Leib und Leben besteht.“

Thomaе spricht als „zweite große Fallgruppe“ jene an, „die bereits angekommen sind, die etwa durch einen Job sich und nachgezogene Familienangehörige versorgen können“. Damit schlägt er den Bogen zu einem Einwanderungsgesetz, das die FDP anstrebt: Es solle auch abgelehnten Asylbewerbern, die sich gut integriert haben, die der Handwerker als Arbeitskraft und der Fußballverein als ehrenamtlichen Trainer schätze, „einen Spruchwechsel ermöglichen“. Nämlich: „Die Spur, auf der er kam, endet, weil der Asylgrund entfällt. Und jetzt kann er auf die Spur als Facharbeiter-Einwanderer wechseln.“ Pendeln zwischen Kempten und Berlin: Thomaе wusste nach seiner ersten Bundestagsperiode zwischen 2009 und 2013, auf was er sich mit einer erneuten Kandidatur einließ. Und dass dies „für die Ehefrau und Mutter dreier Kinder eine gewaltige Leistung und Herausforderung bedeutet“. Deshalb will er bei Terminen mehr Abstriche machen als ehedem: „Man muss auch mal was Schönes sausen lassen, um die Hände für die Familie frei zu haben.“ Ob er dann auch noch die Zeit findet, ab und an ins Horn zu blasen, bleibt noch abzuwarten. „Man braucht den Ausgleich“, sagt er: „Und Musik ist ein wahnsinnig tolles Hobby.“ Über 30 Jahre war er Mitglied des Musikvereins Sankt Mang, 15 Jahre davon als Dirigent.

Franz Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. C/o
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), C/o
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
19. Januar 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: faiz-com@anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Um das Alter eines Flüchtlings zu überprüfen, der angibt, minderjährig zu sein, findet zunächst eine professionelle Begutachtung durch das Jugendamt statt. Bestehen dann noch Zweifel, kann es eine medizinische Untersuchung geben.

© picture-alliance/Felix Kästle/dpa

Bis unter die Haut

FLÜCHTLINGE Mediziner streiten um Methoden zur Altersbestimmung. Sozialarbeiter vertrauen auf ihre Erfahrung

Ihre Rolle als „Götter in Weiß“ wird Ärzten selten streitig gemacht. Wenn, dann tun dies weniger die Patienten als vielmehr die Ärzte untereinander. Aktuell ist ein solcher Streit zu beobachten in der Diskussion um das Für und Wider einer gesetzlich festgeschriebenen medizinischen Altersfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen. Eigentlich ist der Streit nicht neu. Er wird regelmäßig wiederbelebt, wenn es zu einer Gewalttat eines Flüchtlings kam, dessen eigentliches Alter offenbar deutlich über jenem liegt, das er selbst bei seiner Registrierung als Flüchtling angegeben hat. Denn für einen Strafprozess ist die Frage nach der Minder- oder Volljährigkeit des Angeklagten entscheidend. Nach dem jüngsten Vorfall in Rheinland-Pfalz Ende Dezember, bei der ein 15-jähriges Mädchen getötet wurde, forderte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) eine „strikte Regelung für eine medizinische Altersüberprüfung von allen Flüchtlingen, die nicht klar als Kinder zu erkennen sind“. Aus Sicht vieler Ärzte ist das jedoch nicht so einfach. Die Gretchenfrage lautet dabei: Wie genau ist es medizinisch überhaupt möglich, ein Alter zu bestimmen und ist eine solche zwangsweise Untersuchung einem Menschen zuzumuten?

Drei-Stufen-Test Den Rechtsmedizinern geht es dabei vor allem um die Verteidigung ihrer fachlichen Expertise. Sie pochen darauf, dass sie das Alter eines Menschen ziemlich sicher bestimmen können. Andreas Schmeling, Professor am Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Forensische Altersdiagnostik (AGFAD), betont, dass nur ein Röntgen der linken Hand natürlich nicht ausreicht. „Für eine höchstmögliche Sicherheit ist ein dreistufiges Modell nötig. Es beginnt mit einer körperlichen Untersuchung. Werden keine Anhaltspunkte für Entwicklungsstörungen festgestellt, folgt darauf das Röntgen der

Hand und des Gebisses. Beim Gebiss kommt es vor allem auf die Mineralisation der Weisheitszähne an, weil das die letzten Zähne sind, die sich noch entwickeln. Bei abgeschlossener Handskelettentwicklung ist die dritte Stufe dann eine CT-Untersuchung der Schlüsselbeine, weil das die Knochen des menschlichen Skelettes sind, deren Wachstumsfugen sich als letztes schließen. Für solche Röntgenuntersuchungen müssen natürlich die juristischen Voraussetzungen vorliegen“, betont Schmeling.

Die Bundesärztekammer und deren Zentrale Ethikkommission (ZEKO) argumentieren dagegen: „Die Verfahren zur Altersschätzung sind ethisch nicht gerechtfertigt, weil gegen die wissenschaftliche Eignung der Verfahren Bedenken bestehen“. Röntgen- oder Genitaluntersuchungen sollten daher nur in „besonderen Ausnahmefällen“ auf Antrag des Flüchtlings oder bei Verdacht auf Missbrauch stattfinden, schreibt die ZEKO in einer Stellungnahme. Auch der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, hält das Röntgen des Handgelenks oder anderer Körperteile ohne medizinische Indikation außerhalb eines Strafverfahrens für einen „Eingriff in die körperliche Unversehrtheit“. Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), das Deutsche Kinderhilfswerk und die Internationalen Ärzte für die Verhinderung eines Atomkriegs (IPPNW) schreiben dazu: „Die Medizin ist nicht in der Lage, das Alter ‚festzustellen‘. Experten sind sich einig, dass nur eine grobe Schätzung mit einer Streubreite von mehreren Jahren möglich ist.“ Deshalb solle eine medizinische Altersfeststellung nur als „ultima ratio“ festgeschrieben werden und die „professionelle Inaugenscheinnahme geschulter Fachkräfte“ Vorrang haben.

Die derzeit geführte Debatte um die taggenaue Altersschätzung führe leider an der eigentlichen Frage vorbei, entgegnet der Rechtsmediziner Schmeling. „Es geht doch nicht darum, ob jemand 22 oder 23 Jahre alt ist, sondern darum, ob das Überschreiten einer Mindestaltersgrenze und damit auch einer juristisch relevanten Altersgrenze von 18 oder 21 Jahren zweifelsfrei nachgewiesen werden kann. Und das ist möglich“, verteidigt Schmeling das Drei-Stufen-Modell.

»Nur das Röntgen der linken Hand reicht natürlich nicht aus.«

Andreas Schmeling, Rechtsmediziner

Anfang Januar ergänzte ein Bericht des „Stern“ die Diskussion um eine weitere Facette. Darin wird von einem neuen DNA-Test berichtet, den das Jugendamt Hildesheim zur Altersbestimmung einsetzte. Anhand von Gebisssteinen, an denen sich altersbedingt chemische Veränderungen nachweisen lassen, könne das Alter eines Menschen bestimmt werden, preist sein Erfinder, ein amerikanischer Humangenetiker die Analyse. Rechtsmediziner Schmeling nennt das Verfahren zwar eine „große Hoffnung“, verweist jedoch darauf, dass es sich im Forschungsstadium befinde und noch nicht praxistauglich sei. Abgesehen davon, dass die DNA-Methode noch ganz andere rechtliche Fragen aufwirft. Denn im Gegensatz zur Röntgen-

untersuchung zur Altersbestimmung verbietet die Strafprozessordnung bislang solch weitgehende DNA-Analyse im Strafverfahren.

Föderaler Flickenteppich Die Landesjugendämter, deren Aufgabe es ist, sich um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu kümmern, halten sich einstweilen an die Gesetzeslage – den Paragraphen 42f des Achten Sozialgesetzbuches. Darin ist festgeschrieben, dass das Jugendamt zunächst durch Sichtung der Dokumente und eine „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ feststellen soll, ob eine Minderjährigkeit vorliegt. In Zweifelsfällen kann eine medizinische Untersuchung veranlasst werden, wobei diese im Gesetz nicht präzisiert ist. Deshalb hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter „Empfehlungen“ verfasst, an denen sich die Landesbehörden orientieren können. Röntgenuntersuchungen werden ausdrücklich auch als Möglichkeit genannt, wohingegen Genitaluntersuchungen abgelehnt werden. Die Landesjugendämter Nordrhein-Westfalens betonen, „dass die Weigerung, sich einer solchen Untersuchung zu unterziehen, im Zweifelsfall als zusätzliches Kriterium für die Entscheidung über die Volljährigkeit herangezogen werden kann“. Deshalb sei, so Markus Fischer vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe weiter, die Darstellung verkürzt, wonach es sich um eine freiwillige Untersuchung handele.

Grundsätzlich hat aber zunächst die „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ Priorität. Der Begriff führe allerdings in der Debatte zu dem Missverständnis, dies sei nur ein „Anschauen“ der Person. „Das ist es aber nicht. Neben der Bewertung des äußeren Erscheinungsbildes umfasst das auch die Würdigung anderer Beweismittel, wie zum Beispiel die Befragung von Zeugen und Sachverständigen, die Sichtung schriftlicher und elektronischer Äußerungen von Beteiligten sowie Dokumenten anderer Behörden“, erläutert Fischer. Keine regelhafte medizinische Untersuchung vorzunehmen, entspreche nicht nur der deutschen Geset-

zeslage, sondern auch der UN-Kinderrechtskonvention, die einen Vorrang des Kindeswohls formuliere. „Danach haben alle deutschen Behörden ihre Entscheidungen auszurichten“, erläutert Fischer. Auch Birgit Zeller von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter bekräftigt, dass es aus ihrer Sicht keinen Anlass gebe, an der Praxis der Jugendämter und an den Handlungsempfehlungen etwas zu ändern. „Die Jugendämter arbeiten nach einem klaren Verfahren, das viele verschiedene Aspekte berücksichtigt und eine medizinische Altersfeststellung ja nicht ausschließt“, sagt Zeller. Claudia Heine

STICHWORT

Minderjährige Flüchtlinge

> Statistik Im vergangenen Jahr kamen rund 8.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland (2016: 36.000).

> Schutz Minderjährige haben generell sofort Zugang zu Schule und Ausbildung. Unbegleitete Minderjährige haben das Recht zur Inobhutnahme durch das Jugendamt und seine Einrichtungen. Ihnen steht ein persönlicher Vormund zu. Außerdem können sie nicht abgeschoben werden und erhalten bis zur Volljährigkeit eine Duldung.

> Grundlagen International regelt die UN-Kinderrechtskonvention und die EU-Aufnahmerrichtlinie die Mindeststandards bei der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.



© picture-alliance/dpa

»Konglomerat fremdenfeindlicher Prosa«

JUGEND Antrag der AfD nach obligatorischer Altersfeststellung mit medizinischen Untersuchungen stößt auf viel Kritik

Das Echo im Plenarsaal auf die Forderung der AfD nach einer obligatorischen Altersfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen und Asylbewerbern war von einhelliger Ablehnung geprägt – von der Unions- bis zur Linksfraktion. Der Antrag sei nur ein Aufhänger, um „pauschal“ über Flüchtlinge „zu hetzen“, befand die CDU-Abgeordnete Nadine Schön. Er sei ein „Konglomerat fremdenfeindlicher Prosa“. Diesem Urteil schlossen sich die Redner von SPD, FDP, Linken und Bündnis 90/Die Grünen geschlossen an. Der Bundestag debattierte am vergangenen Freitag den entsprechenden Antrag der AfD-Fraktion (19/461), in dem sie die Bundesregierung auffordert, einen Gesetzesentwurf zur obligatorischen Altersfeststellung vorzulegen. Ursprünglich hatte die AfD zwar selbst einen entsprechenden Gesetzesentwurf (19/471) vorgelegt, dabei allerdings nicht die Frist von drei Tagen vor Beratung gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages eingehalten. Also schob die Fraktion den Antrag nach, um über das Thema debattieren zu können. Roman Reusch (AfD) begründete die Forderung nach der Altersfeststellung auch mit verpflichtenden medizinischen Untersuchungen mit der hohen Zahl von vermeintlich minderjährigen und unbegleiteten

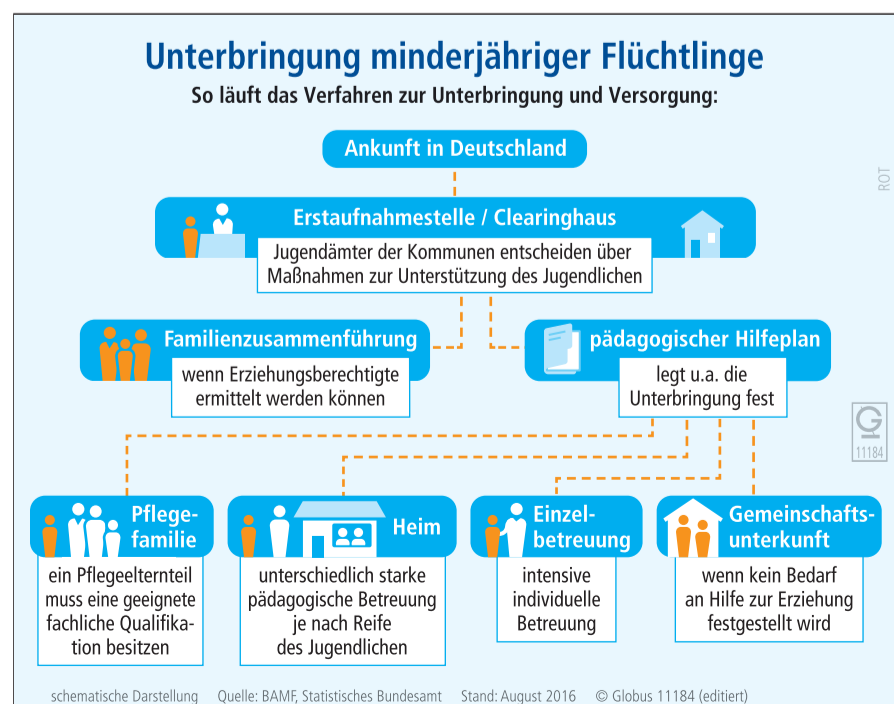
Flüchtlingen in der Obhut der Jugendämter, die in Wirklichkeit volljährig seien. In der Rechtsmedizin seien solche medizinischen Untersuchungen üblich und erfolgreich. Jugendliche Flüchtlinge, die bei der Einreise nach Deutschland falsche Angaben zu ihrem Alter machten, würden den Staat monatlich 3.000 bis 10.000 Euro kosten, argumentierte Reusch. Die Gesamtkosten beliefen sich in Deutschland auf rund 3,5 Milliarden Euro. Zudem seien diese Jugendlichen auffällig oft kriminell, aufgrund ihres Schutzstatus als Minderjährige jedoch weitgehend vor strafrechtlicher Verfolgung und Abschiebung geschützt. Reusch forderte, Falschangaben von Jugendlichen zu ihrem Alter zukünftig mit Strafen von bis zu sechs Monaten Haft zu ahnden. Schön hielt der AfD entgegen, dass auch heute schon durch die Jugendämter durch Begutachtung geprüft werde, ob die Jugendlichen volljährig seien oder nicht. Dabei könnten auch medizinische Untersuchungen durchgeführt werden, wenn die

Begutachtung der Jugendlichen Zweifel an deren Angaben ergebe. Schön verwies darauf, dass sich Union und SPD in ihren Sondierungsgesprächen auf die Einrichtung zentraler Clearingstellen geeinigt hätten, um die Jugendämter zu entlasten. Auch die SPD-Abgeordnete Gülüstan Yüksel sprach sich gegen verpflichtende medizinische Untersuchungen aus. Die SPD sei aber verhandlungsbereit, wenn es Mängel am derzeitigen System gebe. Die Forderung der AfD aber sei ausschließlich von „Hetze“ und „Stimmungsmache“ geprägt. Der FDP-Parlamentarier Matthias Seestern-Pauly bemängelte, dass die Praxis der Altersfeststellung in den Bundesländern sehr unterschiedlich ausfalle. Er regte deshalb die Einsetzung einer Expertenkommission an, um zu bundeseinheitlichen Verfahrensweisen zu kommen. Prinzipiell gelte aber, dass Minderjährige Anrecht auf einen besonderen Schutz hätten – „und zwar unabhängig von ihrer Herkunft“, sagte Seestern-Pauly mit Blick in die Reihen der AfD-Fraktion.

Prinzipiell gehen medizinische Untersuchungen sprachen sich die Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen aus. Diese Tests seien viel zu ungenau, argumentierte Norbert Müller (Linke). Bei einem 17-jährigen betrage die Fehlerbreite bis zu fünf Jahren. Zudem sehe die UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben und ratifiziert habe, vor, dass im Zweifelsfall davon auszugehen sei, dass ein jugendlicher minderjährig ist und besonderen Schutz genießt. Aber die Kinder- und Menschenrechte seien der AfD „egal“, sagte Müller. Katja Dörner (Grüne) verwies darauf, dass verpflichtende medizinische Untersuchungen auch von der Bundesärztekammer abgelehnt werden. Deren Präsident Frank Ulrich Montgomery habe zurecht darauf hingewiesen, dass etwa Röntgenaufnahmen ohne medizinische Indikation ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit darstellen und nur im Rahmen eines Strafprozesses angeordnet werden dürften. aw

»Die Kinder- und Menschenrechte sind der AfD egal.«

Norbert Müller (Linke)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Teilnehmer verbrennen auf einer Palästinenser-Demonstration im Dezember 2017 in Berlin eine selbstgemachte Fahne mit Davidstern. Sie protestieren damit gegen die geplante Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

© picture-alliance/Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V./dpa

Kontrolle der Geheimdienste ohne AfD

KONTROLLGREMIIUM Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) hat sich vergangene Woche konstituiert. Seine Einsetzung ist in Artikel 45d des Grundgesetzes festgeschrieben. Aufgabe des Gremiums ist die Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten des Bundes. Die Bundesregierung ist nach dem Kontrollgremiumsgesetz dazu verpflichtet, das PKGr umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten der Nachrichtendienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Das PKGr kann von ihr außerdem Berichte über weitere Vorgänge verlangen. Entsprechend einem Antrag aller Fraktionen des Bundestags (19/441) soll das PKGr aus neun Mitgliedern bestehen. Tatsächlich fanden jedoch nur acht der auf der Kandidatenliste der Fraktionen (19/442) aufgeführten Abgeordneten in namentlicher Abstimmung die benötigte Mehrheit von mindestens 355 Stimmen. Gewählt sind damit: Stephan Mayer (CSU) mit 560 Stimmen, Armin Schuster (CDU) mit 577 Stimmen, Patrick Sensburg (CDU) mit 518 Stimmen, Uli Grötsch (SPD) mit 566 Stimmen, Burkhard Lischka (SPD) mit 559 Stimmen, Stephan Thomae (FDP) mit 535 Stimmen, Andre Hahn (Die Linke) mit 419 Stimmen und Konstantin von Notz (Grüne) mit 500 Stimmen.

Keine Mehrheit Den Vorsitz des Gremiums hat der CDU-Politiker Schuster inne. Sein Stellvertreter ist der Grünen-Abgeordnete Notz. Anders als noch zu Beginn der 18. Wahlperiode rotiert der Vorsitz als Folge der 2016 verabschiedeten PKGr-Reform nicht mehr. Der von der AfD-Fraktion nominierte Kandidat Roman Reusch erhielt bei der Abstimmung im Plenum nicht die benötigte einfache Mehrheit der Stimmen, sondern verfehlte mit lediglich 210 Stimmen den Einzug in das Gremium. Nach dem drei Mal gescheiterten Versuch, ihren Abgeordneten Albrecht Gläser zum Bundestagsvizepräsidenten wählen zu lassen, muss die AfD im Falle des PKGr-Kandidaten Reusch nun eine weitere Niederlage hinnehmen.

Der die Wahl der PKGr-Mitglieder leitende Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) wies nach der Abstimmung im Plenum darauf hin, dass das Gremium angesichts der gescheiterten Wahl des AfD-Kandidaten unvollständig sei und zu gegebener Zeit ein weiterer Wahlgang anberaumt werden müsse. Im Jahr 2009 war die Wahl des Abgeordneten der Linksfraktion, Wolfgang Neskovic, in das PKGr im ersten Anlauf ebenfalls gescheitert. Bei einem zweiten Wahlgang fand sich dann eine Mehrheit für den Linken-Politiker.

Götz Hausding |

Einig im Schutz der Juden

ANTISEMITISMUS Das Verbrennen israelischer Fahnen soll nicht geduldet werden

In Deutschland soll es künftig einen Antisemitismusbeauftragten geben, der die Initiativen zur Bekämpfung des Judenhasses koordiniert. Das hat der Bundestag in der vergangenen Woche mit den Stimmen von Union, SPD, AfD, FDP und Grünen bei Enthaltung der Linksfraktion beschlossen. In der Debatte zu dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen (19/444) betonten Redner aller Fraktionen, dass Antisemitismus in Deutschland nicht geduldet werde und es hierzulande eine besondere Verantwortung für den Schutz jüdischer Menschen gebe.

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) sagte, der überwiegende Teil antisemitischer Attacken komme aus dem rechtsextremen Spektrum, es gebe aber auch eine wachsende Zahl von Vorfällen aus den Reihen eingewandelter Menschen. Diese Angriffe würden ebenso wenig zugelassen wie das Verbrennen der israelischen Flagge. Kauder erklärte, seine Fraktion werde sich, in welcher Koalition auch immer, für einen Antisemitismusbeauftragten und eine entsprechende finanzielle Ausstattung dieses Amtes stark machen.

»Der Großteil der Attacken kommt aus dem Rechts-Extremismus.«

Volker Kauder (CDU)

Kerstin Giese (SPD) sagte, sie halte es für „bedrückend“, dass das Wort Jude inzwischen „eines der häufigsten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen“ sei. Es brauche mehr couragierte Menschen, die gegen Antisemitismus aufstünden. In Anspielung auf eine Äußerung des umstrittenen AfD-Politikers Björn Höcke sagte Giese, es sei „eine Schande“, dass ein Politiker, der gegen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin hetze, weiterhin Mitglied der Partei sein könne. Sie fügte hinzu, ihre Fraktion wolle stärker als bisher zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus fördern und präferiere dafür ein Demokratieförderungsgesetz.

Gezielte Angriffe Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch betonte, Antisemitismus sei ein „Angriff auf die Grundlagen der westlichen Zivilisation“. Man dürfe vor einer „neuen Qualität“ der Angriffe in Westeuropa nicht „die Augen verschließen“. Gefragt nach den Angriffen, sagten die meisten Betroffenen, es habe sich um „muslimische Personen“ gehandelt; dies werde durch die polizeiliche Statistik aber nicht abgebildet. Allein aus Frankreich seien seit 2006 rund 40.000 Ju-

den „vor Terror und Übergriffen“ nach Israel geflohen. Ihre Fraktion kämpfe dagegen, dass dies auch in Deutschland in der Zukunft passiere. Stefan Ruppert (FDP) warf der AfD vor, „blind“ für den Antisemitismus in den eigenen Reihen zu sein und sich zu Unrecht nur auf den muslimischen Antisemitismus zu konzentrieren. Das Instrument eines Antisemitismusbeauftragten sehe er „ambivalent“. Dies dürfe nicht dazu führen, dass sich die Beauftragenden „ihrer Aufgabe entledigen“. Der Antisemitismus sei in Deutschland tief verwurzelt; es sei Aufgabe aller, sich dem entgegen zu stellen. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt betonte, wenn die AfD Höcke in ihren Reihen weiter dulde, der das Holocaust-Mahnmal verunglimpft habe, sei das „Antisemitismus in aller Härte“. In Deutschland habe es auch vor dem Zuzug vieler Migranten seit 2015 schon Antisemitismus gegeben. Es brauche daher „mehr als nur allgemeine Bekenntnisse“. Die Linksfraktion lobte zwar Teile des Antrags, kritisierte aber das Verfahren. Ihre Fraktion habe eine Diskussion im Parlament gewollt, sagte Petra Pau, aber die antragstellenden Fraktionen hätten sofortige Abstimmung gefordert – dies sei eine „Arroganz“. Zudem halte Die Linke es für falsch, eine Art „Sonderrecht“ zu schaffen, wenn Menschen abgeschoben werden sollten, weil sie antisemitisch aufgefallen seien. Die

Linke sei zwar ausdrücklich für einen Antisemitismusbeauftragten, müsse sich aber bei der Abstimmung enthalten. Um den Antrag hatte es zuvor Streit gegeben: Vertreter der Linken hatten beklagt, wie die AfD von der Zusammenarbeit ausgeschlossen worden zu sein. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Jan Korte nannte dies „beschämend“, auch aus der SPD gab es Stimmen, die sich einen gemeinsamen Antrag mit der Linken gewünscht hätten. Der Antisemitismusbeauftragte soll von einem unabhängigen Kreis aus jüdischen

und nichtjüdischen Experten aus Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft beraten werden. Der Beauftragte soll die Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus ressortübergreifend koordinieren und zudem Ansprechpartner für jüdische Gruppen und gesellschaftliche Organisationen sein. Noch unklar ist, wo das Amt angebunden sein soll. In der Debatte sprachen sich mehrere Redner dafür aus, es beim Bundeskanzleramt anzusiedeln.

Strafrecht wird überprüft Der Vorschlag, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen, geht auf Empfehlungen einer unabhängigen Expertenkommission zurück, die im Sommer einen Bericht vorgelegt hat. Aus diesem geht hervor, dass antisemitische Einstellungen und Ressentiments nicht nur ein Problem von Randgruppen sind, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. In dem Antrag der Fraktionen heißt es auch, die Regierung solle das Straf- und Versammlungsrecht daraufhin überprüfen, ob es den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden ausreichende Mittel gewähre, „um entschieden und wirksam gegen das öffentliche Verbrennen der israelischen Flagge oder anderer Symbole des israelischen Staates“ vorzugehen. Dies sei keine zulässige Kritik an der israelischen Politik, sondern Antisemitismus, darin sind sich die Fraktionen einig.

Susanne Kailitz |

STICHWORT

Der Antisemitismusbeauftragte

> Aufgabe Der künftige Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung soll die Initiativen der Bundesregierung zur Bekämpfung des Judenhasses koordinieren.

> Unterstützung Der Beauftragte soll Unterstützung durch einen unabhängigen Beraterkreis erhalten.

> Ansiedlung Mehrere Fraktionen haben sich dafür ausgesprochen, den Beauftragten beim Bundeskanzleramt anzusiedeln.

Erschreckende Chronik von Fehlern

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Bundestag will den Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 aufarbeiten. Noch viele offene Fragen im Fall Amri

Schlamperei? Staatsversagen? Eine Panne des Verfassungsschutzes? „Stück für Stück mussten wir eine erschreckende Chronik von Fehlern und Versäumnissen zur Kenntnis nehmen.“ Zu klären sei: Handelte es sich um „unglückliche Zufälle oder um Vertuschung geheimdienstlicher Aktivitäten“? Haben wir es mit einer „Kette von individuellen Fehlern oder Mängeln in der Sicherheitsarchitektur“ zu tun? Was dem Sozialdemokraten Fritz Felgentreu auf den Nägeln brennt, sind Fragen, die vergangene Woche alle Teilnehmer der Debatte im Plenum bewegten. Nach dem Landtag in NRW und dem Berliner Abgeordnetenhaus will nun auch der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der sich mit dem islamistischen Terroranschlag in Berlin am 19. Dezember 2016 befassen soll. Dabei waren zwölf Besucher des Weihnachtsmarktes auf dem Breitscheidplatz umgekommen.

Die Aufarbeitung ist der Wunsch aller Fraktionen, wobei Differenzen im Detail deut-

lich wurden. Union und SPD wollen das Gremium auf neun Mitglieder begrenzen und schlagen in einem gemeinsamen Antrag als Untersuchungszeitraum die Periode zwischen der Einreise des Täters Amri nach Deutschland 2015 und dessen Tod vor. Der Auftrag des Gremiums sei „eher knapp“ zu bemessen, meinte Stephan Harbarth (CDU), denn: „Zu detaillierte Einzelfragen erweisen sich meist eher als Hemmschuh.“

Dagegen wünschen sich die übrigen Fraktionen einen Ausschuss mit 18 Mitgliedern und einen Untersuchungszeitraum, der den Ereignisverlauf zwischen Amris Einreise in den Schengen-Raum 2011 und dem Zeitpunkt der Einsetzung des Ausschusses umfassen soll. Irene Mihalic (Grüne) erinnerte daran, dass ihre Fraktion bereits im Mai 2017 einen Untersuchungsausschuss gefordert habe, was Unions-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) damals noch „scheinheilig“ gefunden habe: „Nun sind Sie endlich auf den Aufklärungszug aufgesprungen. Man fragt sich nur, ob Sie nur auf den Zug aufgesprungen sind, um ihn gleich wieder abzubremsen.“ Den Untersuchungszeitraum mit dem Tod Amris enden zu lassen, bedeute schließlich, die Aktivitäten der Zuständigen in den Monaten nach dem An-

schlag außen vor zu lassen. Warum etwa sei ein enger Kontaktmann Amris kurz nach dem Anschlag abgeschoben worden? Warum habe sich Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen geweigert, vor dem Innenausschuss zu erscheinen? Der AfD ist, wie ihre Rednerin Beatrix von Storch deutlich machte, daran gelegen, einen Zusammenhang des Anschlages mit dem „Asylochaos 2015 bis 2017“ aufzuzeigen. Der Ausschuss solle den Fokus nicht

auf „Fehler untergeordneter Stellen“ richten, vielmehr auf die Frage: „Wer trägt die politische Gesamtverantwortung für das Desaster“, das Storch „einen der größten Skandale der bundesrepublikanischen Geschichte“ nannte. Der Attentäter habe bewusst ein christliches Fest zum Ziel seiner Attacke gewählt: „Ein Teil der islamischen Welt hat uns den Krieg erklärt.“ Künftig müsse jeder, der „auch nur halb so gefährlich“ sei wie Amri, das Land verlassen,

denn: „Das Leben der Bürger steht weit über dem Aufenthaltsrecht von Terroristen.“

Schwächen aufdecken Stephan Thomae (FDP) trieb die Frage um, „ob wir in den Sicherheitsbehörden ein lernendes System haben oder ein vertuschendes“. Der Bundestag sei es überlebenden Opfern, Hinterbliebenen und Angehörigen schuldig, „rückhaltlos“ aufzuklären, welche Fehler gemacht wurden, welche Schwächen in den „Sicherheitsstrukturen des Landes“ liegen. Er müsse das Umfeld des Terroristen Amri, die „Hintergründe der islamistischen Szene“, ausleuchten, schließlich der Frage nachgehen, ob die Behörden „geschludert“ oder Amri vielleicht absichtlich an der langen Leine hätten laufen lassen, um ihn als „Informationsmittler“ abzuschöpfen.

In eine ähnliche Richtung zielte Martina Renner von der Linksfraktion. Die zentrale Frage sei: „Hätte der dschihadistische Anschlag verhindert werden können?“ Schärfer formuliert: „Würde der Anschlag deshalb nicht verhindert, weil Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste ein V-Leute-System in der dschihadistischen Szene aufgebaut haben?“ Solche Spitzeloperationen wirkten allzu oft als „Brandbeschleuniger“, sagte Renner und erinnerte

an Versuche des Verfassungsschutzes, die rechtsextreme Szene in Thüringen mit V-Leuten zu durchsetzen. Renner mahnte, sie wünsche sich „keinen Untersuchungsausschuss, der nur Munition für das Sperrfeuer von Rassistin und Neonazis“ liefere. „Das Problem des Terrorismus ist kein Problem der Flüchtlingspolitik.“ Der Ausschuss solle das Gespräch mit den „Hauptbetroffenen“ suchen, zu denen Renner ebenso jüdische Gemeinden zählte wie „Geflüchtete, die in Deutschland vor diesem Terror Schutz suchen“. Armin Schuster (CDU) wies darauf hin, dass Amri vom Islamischen Staat (IS) gesteuert worden sei, und dass dieser sich genau überlege, wen er in Europa als Attentäter einsetze. An die AfD gewandt, sprach Schuster von gezielter Legendenbildung: „Der IS macht in einem Anschlag zwei. Er nimmt Flüchtlinge, damit Leute wie Sie sagen: Es war ein Flüchtling.“ Zu klären sei, ob abgesehen von individuellen Fehlern das System in einer föderalen Sicherheitsarchitektur, wo knapp 40 Behörden mit Amri befasst waren, überhaupt hätte funktionieren können. Im Geschäftsordnungsausschuss soll nun versucht werden, einen gemeinsamen Einsetzungsbeschluss der Fraktionen zu formulieren.

Winfried Dolderer |



Der Attentäter Anis Amri fuhr mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es ist von hoher Symbolik, dass der Vorabend des ersten Jahrestags der Präsidentschaft Donald Trumps mit der akuten Gefahr eines Regierungsstillstands in Washington einherging. Wieder einmal beharkten sich Republikaner und Demokraten im Kongress bis in die Nacht auf einem aus europäischer Sicht bizarren Basar des politischen Geschachs. Es ging darum, in letzter Minute sicherzustellen, dass der Staatsapparat finanziell flüssig bleibt. Gerade in solchen Momenten wäre der erste Mann im Staat als besonnener und überparteilicher Kompromisstifter gefragt. Aber Donald Trump, darin ist sich das politische Kommentariat in Amerika einig, geht die Fähigkeit ab, in krisenhaften Momenten mit Vernunft und Geschick Streit zu schlichten. „Seine präsidentiale Rhetorik passt eher in den Westling-Ring als in das Weiße Haus“, urteilt der Analyst Julian Zelizer. Wo steht Trump nach den ersten zwölf Monaten? Die wichtigsten Schlaglichter:

Wirtschaftswachstum Die Wirtschaft brummt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei vier Prozent, viele Firmen suchen nach geeignetem Personal. Seit Trump amtiert, sind rund zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Am steilsten zeigt der Pfeil an der Börse nach oben. Industrie-Riesen wie Apple holen im Ausland geparkte Gewinne in die USA zurück. Experten sind sich aber einig, dass Trump den Status quo nur bedingt für sich beanspruchen kann. „Zum einen bewegt sich Amerika im Strom einer mehrheitlich blühenden Weltwirtschaft“, heißt es bei den Analysten der Weltbank in Washington, „zum anderen sind die Grundlagen zu Zeiten von Vorgänger Obama gelegt worden, als in manchen Jahren mehr Jobs und mehr Wachstum erzielt wurde als heute.“ Worauf Fachleute süffisant hinweisen: Vor Amtsantritt hatte Trump die US-Wirtschaft als „in Trümmern liegend“ bezeichnet. Davon ist heute keine Rede mehr.

Steuerreform Trump hat im Verein mit den Republikanern mit knapper Mehrheit eine große Steuerreform gestemmt, die vor allem Unternehmen und Besserverdienenden nutzt und das Staatsdefizit deutlich wachsen lassen wird. Außerdem hat er die Krankenversicherung seines Vorgängers Obama teilweise demontiert. Ein weiterer Erfolg ist das militärische Zurückdrängen des Terror-Netzwerks Islamischer Staat in Syrien und im Irak. Prestigeträchtig hat der Präsident zudem einen erzkonservativen Richter am Obersten Gerichtshof und Dutzende Juristen an untergeordneten Bundesgerichten installiert, die – weil auf Lebenszeit ernannt – noch auf Jahrzehnte die Rechtsprechung prägen werden. Der flächendeckende Abbau von Auflagen im Umwelt- und Naturschutz soll vor allem Energie-Unternehmen das Geschäft erleichtern.

Andere Maßnahmen sind noch nicht in trockenen Tüchern, etwa der umstrittene Einreisebann für Menschen aus acht muslimischen dominierten Ländern. Er steht noch unter dem Vorbehalt einer ausstehenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofs.

Mauer zu Mexiko Auch der im Wahlkampf gebetsmühlenartig versprochene Bau einer durchgehenden Mauer gegen Drogen und illegale Einwanderer an der Grenze zu Mexiko steht weiter aus. Im Haushalt fehlt das Geld. Selbst viele Republikaner zweifeln an der Sinnhaftigkeit des Projekts, zumal die Zahl der illegalen Einwanderer allein durch Trumps Rhetorik und den verstärkten Einsatz der Grenzsicherungspolizei stark zurückgegangen ist.

Zudem lässt die Generalüberholung des Handelsabkommens Nafta mit Kanada und Mexiko – oder der Ausstieg daraus – weiter auf sich warten. Ebenfalls unerledigt ist die

In Trümmern

ZWISCHENBILANZ Präsident Trump ist ein Jahr nach Amtsantritt so unbeliebt wie kein Vorgänger. Schlüsselpositionen sind unbesetzt, Versprechen nicht eingelöst



Verlieren Trumps Republikaner im November die Halbzeitwahlen im Kongress, droht dem Präsidenten ein Amtsenthebungsverfahren.

© picture-alliance/abaca

Beseitigung des Handelsdefizits mit China, mindestens die angedrohte Verhängung von Strafzöllen von 45 Prozent für bestimmte Güter wie Stahl. In der Pipeline stecken außerdem die Verabschiedung eines milliardenschweren Infrastruktur-Ertüchtigungsprogramms für Straßen, Brücken und Häfen, die Einrichtung einer neuen Krankenversicherung anstelle von „Obamacare“ und die versprochene Aufkündigung des Atom-Deals mit dem Iran.

Beliebtheit Für Trump sind alle Umfragen, die ihn nicht als erfolgreichsten Präsidenten seit Abraham Lincoln sehen, prinzipiell Fake News, also erfunden. Tatsache ist aber, dass

der 45. Commander-in-Chief im Volk so unbeliebt ist wie keiner seiner Vorgänger. Nur zwischen 35 und 39 Prozent der Wähler sind mit Trump zufrieden. Die Mehrheit ist enttäuscht oder lehnt den New Yorker Geschäftsmann partout ab. Zum Vergleich: Vorgänger Obama hatte nach einem Jahr eine Zustimmungquote von 50 Prozent, Bill Clinton lag bei 54 Prozent. Auch in den Wählerkreisen und den Bundesstaaten, die Trump bei der Wahl 2016 besonders gewogen waren, bröckelt die Zufriedenheit schleichend ab. Auch darum geht der Präsident regelmäßig im unüblichen Stile eines Wahlkämpfers ins Land, um seine Anhänger bei Laune zu halten. Es ist auch die Reaktion zu

den jetzt Schlag auf Schlag auf den Plan tretenden Buchautoren, die abseits der tendenziell ohnehin kritischen Medienberichterstattung ein noch verheerenderes Bild dieser Präsidentschaft zeichnen. Ihr Tenor: Trump kann es charakterlich und intellektuell nicht.

Regierung Nach wie vor sind Hunderte Schlüsselpositionen in vielen Ministerien nicht besetzt. Das Außenministerium ist zu einem Nebendarsteller verkümmert. Etliche Hauptstädte – darunter Berlin – haben noch immer keinen Botschafter. Parallel dazu verschleift Trump so viel Spitzenpersonal wie kaum ein Vorgänger. Weil Trump alle Pfeile auf sich zieht, bleibt das Wirken seines Kabi-

netts öffentlich oft unterbelichtet. Dort geschehen zentrale Umwälzungen. Bildungsministerin Betsy DeVos entmacht öffentliche Schulen zugunsten privater Lehranstalten. Umweltminister Rick Perry schafft mit Unterstützung des Chefs der Umweltbehörde EPA am Fließband Umwelt- und Verbraucherschutz-Vorschriften ab. Innenminister Ryan Zinke verkleinert Naturschutz-Gebiete.

Politische Lage Trump hat allen Grund, die Halbzeitwahlen im Kongress wirklich zu fürchten (siehe Seite 7). Nach aktuellen Erhebungen verschiedener Institute drohen die Republikaner im Repräsentantenhaus wie im Senat die Mehrheit zu verlieren.

Die Demokraten haben hier zurzeit in Umfragen einen Vorsprung von zehn Prozent. Auch darum haben etliche republikanische Amtsinhaber bereits ihr Ausscheiden angekündigt. Käme es im November für die „Grand Old Party“ dicke, dann droht Trump nicht nur wirksame Blockade-Politik, wie sie einst Obama von den Konservativen erfahren durfte. Die Einleitung eines langwierigen Amtsenthebungsverfahrens, das sich wie Mehltau über den Rest der Amtszeit legen würde, wäre programmiert. Trump weiß um die Gefahr und macht darum persönlich Wahlkampf für republikanische Kandidaten, die bei Nachwahlen anstehen. Zuletzt oft ohne Erfolg. In New Jersey, Virginia, Alabama und Wisconsin siegten Demokraten.

Gesellschaftliches Klima Viele Amerikaner fühlen sich mittlerweile hilflos und erschöpft durch das tägliche Twitter-Bombardement des Präsidenten. Es verbreitet sich die Meinung, dass Trump mit faktenbasierten Nachweisen nicht beizukommen ist. „In Trumps Welt zählen nur alternative Fakten“, schrieb dazu einmal das Internet-Magazin Axios. Polarisiert waren die USA schon in den Bush-Jahren (2001 und folgende). Unter Trump hat aber sich die Lage verschlechtert. Anstatt zu einen, wirft sich Trump regelmäßig auf Seiten radikaler Strömungen in der republikanischen Partei selbst in die Schlacht und trägt damit zur Spaltung bei. Auch zwischen Schwarz und Weiß sowie zwischen Einwanderern und Einheimischen ist die Kluft größer geworden. Trumps Wortbeiträge zu ethnisch oder politisch kontroversen Ereignissen, etwa die Neonazi-Umtriebe von Charlottesville im vergangenen Sommer oder seine jüngsten „Drecksloch“-Kommentare über sozial schwache Auswanderungsländer, hätten „Rassisten, Islam-Hassern, Rechtsextremen und dem Ku-Klux-Klan zu neuem Selbstbewusstsein verholfen“, merkt das Southern Poverty Law Center in Alabama an.

Lichtblicke Die Medien funktionieren als vierte Gewalt „samt und sonders hervorragend“, sagen Wissenschaftler der Columbia-Universität. New York Times und Washington Post, Flaggschiffe bei der täglichen Enthüllung des Treibens im Weißen Haus, haben ihre Leserschaft enorm vergrößert. Dagegen hat das Trump-treue TV-Netzwerk Fox News mit leicht sinkenden Quoten zu kämpfen. Trumps „Fake News“-Mantra verfangt nur in seiner unberührbaren Kern-Wählerschaft.

Der offen mit autoritären Systemen und Herrschern sympathisierende Trump ist bisher vom System der „checks and balances“ mit seinen vielen Institutionen innenpolitisch in Schach gehalten worden. Bei der Außenpolitik hört Trump zwar nicht auf seinen Chef-Diplomaten Rex Tillerson, aber dafür auf Verteidigungsminister James Mattis, der es durch unerschrockenes, leises und behutsames Wirken zum Stabilitätsfaktor in einer ansonsten permanent wackelnden Regierung gebracht hat.

Stolpersteine Innenpolitisch brisant ist zuallererst die Russland-Affäre (siehe Text unten). Weisen die seit zehn Monaten laufenden Ermittlungen von Ex-FBI-Chef Robert Mueller demnächst offiziell in Richtung Kumpanei mit dem Kremlin und/oder Behinderung der Justiz durch Trump persönlich, wird die Luft für den Präsidenten dünn. Außenpolitisch steht fest: Sollte sich die gerade auf leichtem Spannungskurs befindliche Nordkorea-Krise doch noch militärisch zuspitzen, werden alle Karten neu gemischt. Auch eine Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran könnte einen Flächenbrand auslösen.

Dirk Hautkapp

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

Stationäre Gewitterwolke über dem Weißen Haus

SONDERERMITTLUNGEN Die Frage, ob und inwieweit Russland Einfluss auf die US-Präsidentschaftswahl 2016 genommen hat, bringt Donald Trump mehr und mehr in Bedrängnis

Eine der folgenschwersten Entscheidungen im ersten Amtsjahr Donald Trumps datiert auf den 9. Mai 2017. Der Tag, an dem der Präsident den Chef der Bundespolizei FBI, James Comey, feuerte. Trumps Begründung lautete singgemäß: Der erste Polizist des Staates habe sich geweigert, die aus Trumps Sicht überflüssigen Ermittlungen in der Frage aufzugeben, ob Russland in illegaler Abstimmung mit Team Trump die Präsidentschaftswahl 2016 zu Gunsten Trumps beeinflussen, die damalige demokratische Konkurrentin Hillary Clinton beschädigen und den amerikanischen Demokratie-Prozess insgesamt sabotieren wollte. Fast neun Monate später hat sich der Rauswurf Comeys für das Weiße Haus als kontraproduktiv erwiesen. Die Russland-Affäre hängt wie eine stationäre Gewitterwolke über Trumps Präsidentschaft und belastet das politische Tagesgeschäft. Weil sich Justizminister Jeff Sessions zum Leidwesen Trumps früh für befangen erklärte, kam die Nummer Zwei

im „Department of Justice“ ans Ruder. Rod Rosenstein berief schließlich den früheren FBI-Chef Robert Mueller, der unter den Präsidenten George W. Bush und Barack Obama mit hoher Anerkennung gedient hatte, einen Sonderermittler mit unbegrenzten Befugnissen.

Kronzeuge Gemeinsam mit einem Expertenteam hat Mueller bereits hochkarätige Anklagen gegen Personen aus dem engeren Umfeld Trumps erhoben: Michael Flynn, Trumps ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater, bekannte sich schuldig, das FBI über Gespräche mit dem damaligen russischen US-Botschafter Sergej Kislyak belogen zu haben. Um das ihn erwartende Strafmaß zu reduzieren, stellte sich Flynn als Kronzeuge zur Verfügung. Was er ausgesagt hat, ist bisher öffentlich unbekannt. Ebenfalls geständig und kooperativ zeigte sich der ehemalige Wahlkampfberater George Papadopoulos. Er hatte sich mit einem Informanten getroffen, der vorgab, massenweise belastende E-Mails aus russischen Quellen gegen Hillary Clinton beschaffen zu können. Papadopoulos will darüber das enge Team um Trump informiert haben. Angeklagt, aber weder geständig noch hilfsbereit sind Paul Manafort, bis Sommer 2016 Trumps



Der ehemalige FBI-Direktor Robert Mueller ermittelt eine mögliche russische Einmischung bei der US-Wahl 2016

© picture-alliance/dpa/AP Photo

Wahlkampf-Chef, und dessen Mitarbeiter Rick Gates. Beide hatten vor der Ära Trump in der Ukraine für prorussische Regierungsstellen gearbeitet. Ihnen drohen hohe Gefängnisstrafen, unter anderem wegen Verschwörung zur Geldwäsche. Via Anwälte ging Trump gegenüber allen vier Vertretern auf Distanz und betonte gebetsmühlenartig, dass er selbst weder im Visier der Ermittler stehe noch mit Russland kollaboriert habe oder davon wisse, dass

er ein Treffen als überflüssig, Begründung: Es sei zweifelsfrei erwiesen, dass es keine „Kollusion“ mit Russland gegeben habe. Trumps Anwälte haben die Sorge, dass sich Trump im Gespräch mit Mueller des Meineids schuldig machen könnte. Denn es verdichten sich die Anzeichen, dass Mueller der Frage nachgeht, ob Trump in der Causa Russland in strafbarem Umfang die Justiz behindert hat. Das könnte die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens im Kongress zur Folge haben. Spätestens dann, wenn die Demokraten den Republikanern bei den Zwischenwahlen im November im Kongress in einer oder beiden Kammern die Mehrheit abnehmen. Comeys Entlassung spielt dabei eine wichtige Rolle. Nach Angaben des früheren FBI-Chefs sei er von Trump unmissverständlich aufgefordert worden, die Ermittlungen gegen Michael Flynn ruhen zu lassen – was Comey ablehnte. Konsequenz: Rauswurf.

Zweiter Sündenfall: Trumps ältester Sohn, Donald Jr., und Schwiegersohn Jared Kushner hatten sich im Sommer 2016 in Trumps Büroturm in New York mit einer Kremlin-nahen russischen Anwältin getroffen, die ihnen „schmutziges“ Material über Hillary Clinton in Aussicht gestellt haben soll. Trumps ehemaliger Chef-Stratege Stephen Bannon, der in diesen Tagen in Kongress-Ausschüssen die Aussage verweigerte, wird demnächst dazu von Mueller intensiv befragt. In einem kürzlich erschienenen Enthüllungsbuch des Autors Michael Wolff bezeichnete Bannon das Gebahren von Trump Junior und Co als „verräterisch und unpatriotisch“. Ein Vorwurf, der an Gewicht gewinnt, weil der Präsident die Presseerklärung diktierte, als die Geschichte aufflog. Inhalt: In dem Gespräch mit der Juristin Natalia Veselnitskaya sei es allein um das Thema Adoptions russischer Kinder durch amerikanische Eltern gegangen. Aus Sicht von Rechtsexperten der „Versuch der Irreführung der Behörden“. Sonderermittler Mueller will Trump dazu demnächst persönlich zu einem Gespräch bitten. Eine Einwilligung steht noch aus.

In Washington geht die Spekulation um, dass Trump die Nerven verlieren und die Entlassung Muellers anordnen könnte, um sich einem Verhör zu entziehen. Wäre im Sommer 2017 auch für viele republikanische Kongressabgeordnete damit eine rote Linie überschritten und Trump nicht mehr zu halten gewesen, so gehen heute etliche Konservative bei den Russland-Untersuchungen von einer „Hexenjagd“ gegen den Präsidenten aus.

dh



Unter den Blinden der König

AUSSENPOLITIK Auf den Rückzug der USA aus der globalen Führungsverantwortung hat Europa noch keine strategische Antwort gefunden



Palästinensische Mädchen vor einem Graffiti der Ex-Präsidentenkandidatin Hillary Clinton und des US-Präsidenten Donald Trump an einer israelischen Sperranlage in Bethlehem im Westjordanland

© picture-alliance/newscom

Unter Blinden ist der Einäugige König. Die Weisheit lässt sich auch auf Donald Trump und die Entwicklung seines Denkens über die Rolle der USA in der Welt vom Wahlkampf bis heute anwenden. Nach wie vor sieht der US-Präsident die Interessen der Weltmacht, ihre Handlungsoptionen und deren Grenzen nicht wie seine Vorgänger. Aber er geht nicht mehr so blind vor, wie er früher geredet hatte. Mittlerweile scheint er ein Auge geöffnet zu haben für die Gründe des bisherigen Auftretens der USA. Unter all den Trumps, die die Welt in diversen Phasen seiner politischen Karriere erlebt hat, ist der Trump, der sich nach einem Jahr im Präsidentenamt herausbildet, der am wenigsten unberechenbare.

Risiko Verlässlich ist er nicht geworden. Disruption bleibt ein Markenzeichen. Die Einsicht der Kanzlerin gilt: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei.“ Doch welche praktischen Konsequenzen hat Deutschland daraus gezogen? Trumps Neigung, die Dinge auf provozierende Weise anders zu machen, ist ein Unsicherheitsfaktor. Ein zusätzliches Risiko entsteht dadurch, dass Deutschland und Europa keine strategische Antwort auf die neue Lage finden. Sie schließen jedenfalls nicht die Lücke, die entsteht, wenn die USA ihre Rolle als Hüter der liberalen, regelgestützten Weltordnung nicht mehr ausfüllen.

Muss einem das den Schlaf rauben? Trump hat sich in der Außen- und Sicherheitspolitik mit Personal umgeben, das seine umstürzlerischen Instinkte bremsen. Die drei wichtigsten sind Ex-Generäle: Sicherheitsberater H. R. McMaster, Verteidigungsminister James Mattis und John Kelly, zunächst Heimatschutzminister, inzwischen Stabschef im Weißen Haus. Auch Außenminister Rex Tillerson, der zuvor den Ölkonzern Exxon leitete, steht eher für Kontinuität als für provozierende Zuspitzung. Seit Kellys Wechsel ins Amt des Stabschefs sind die Abläufe im Weißen Haus geordnet. Man darf etwas ruhiger schlafen. Das Personal und die praktischen Zwänge der Ereignisse haben Einfluss auf die Richtungskämpfe in der Außenpolitik. In Trumps Wahlkampf war China noch der Buhmann und Russland ein Kandidat für bessere Beziehungen. Das hat sich umgedreht. China hat früh auf die Strategie gesetzt, Trump zu umschmeicheln. Bei Trumps Besuch in Peking gipfelte die Ehrenbezeugung in einer Teestunde in der „verbotenen Stadt“, früher die Residenz der Kaiser. Der US-Präsident braucht China im Konflikt um Nordkoreas Atomwaffen und Raketen. Seine provokative Aufwertung Taiwans nach der Wahl blieb ein kurzer Flirt ohne Nachwirkung. Allerdings kann die Annäherung Chinas und der USA rasch enden und in einen

Handelskrieg umschlagen, falls der Streit um Dumpingvorwürfe bei Stahl, Aluminium und Solarzellen eskaliert. Geostrategisch ist China bisher der Nutznießer des Rückzugs der USA aus der globalen Führungsverantwortung. Trumps Ausstieg aus der Transpazifischen Wirtschaftspartnerschaft (TPP) gilt unter Traditionalisten in den USA als Fehler und Verrat an den asiatischen Verbündeten. Freilich mit einer überraschenden Zwischenpointe. Japan, drittgrößte Wirtschaftsmacht nach den USA und China, sah es als schädlich für seine Interessen an, die Region der ökonomischen Hegemonie Pekings zu überlassen und schmiedete nach Trumps Rückzug ein TPP mit den verbliebenen elf Staaten. Es geben Handelsregeln vor, die auch China nicht dauerhaft ignorieren kann. Die liberale Handelsordnung kann also auch dann überleben, wenn die USA sich zurückziehen – sofern eine andere liberale Macht die Führung übernimmt.

Grundmisstrauen Das Verhältnis zu Russland wollte Trump verbessern. Der Weg dahin ist doppelt versperrt. Innenpolitisch durch alles, was die Untersuchungen in der „Russland-Affäre“ wegen des Verdachts Moskaus Einflussnahme auf die US-Wahl an Schlagzeilen produzieren. Und außenpolitisch durch das Grundmisstrauen der meisten US-Außenpolitiker gegen Russland. Es

findet durch Moskaus Vorgehen von der Ukraine über Syrien bis zu Dopingvorwürfen regelmäßig neue Nahrung. In den USA gibt es keine ernsthaften Initiativen, die Sanktionen zu lindern; dafür aber Pläne, die Ukraine mit Panzerabwehrwaffen und anderem Gerät auszurüsten. So bleibt es auch unter Trump bei der unterschiedlichen Wahrnehmung Chinas und Russlands in den USA: China gilt als der strategische Konkurrent um die künftige Weltmacht, Russland als ein auf Regionalmacht geschrumpftes Restrisiko aus der Zeit des Kalten Kriegs. Moskau kann durch destruktives Verhalten viel Ärger bereiten, will aber kein konstruktiver Partner im Management globaler Probleme sein. Eine folgenreiche Festlegung hat Trump im Nahen und Mittleren Osten vorgenommen: den vorbehaltlosen Schulterschluss mit Saudi Arabien bei paralleler Verschärfung des Verhältnisses zum Iran. Diese Parteinahme wirkt sich auf alle Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten aus und schafft zusätzliche Probleme in der Region, von Bahrain über den Jemen und den Libanon bis Syrien und den Irak. Sie hat Auswirkungen auf das Ansehen der USA in der muslimischen Welt. Ähnliches gilt für Trumps Vorgehen im Palästina-Konflikt und seine distanzlose Unterstützung des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu zu Lasten palästinensischer Positionen.

Ob diese Druckverlagerungen Bewegung in erstarren Fronten bringen, wie Trump hofft, wird sich erst mit der Zeit erweisen. Ebenso, ob er eine längerfristige Strategie verfolgt oder es nur um kurzzeitige Erfüllung von Wahlkampfversprechen geht. Der Einfluss Deutschlands und Europas darauf ist gering – mit einer Ausnahme. Trumps Versuch, mit Drohungen eine Nachbesserung des Atomabkommens mit dem Iran zu erreichen, ist im US-Kongress umstritten. Das eröffnet Einwirkungschanzen. Ob Trump auf Dauer Einsicht zeigt, dass dieses Abkommen besser ist als gar kein Abkommen, oder den Deal platzen lässt, ist kaum vorherzusagen.

Schutz Die Zwischenbilanz für Europa ist gespalten. Um den militärischen Schutzschirm müssen sich die Nato-Partner wohl weniger Sorgen machen als befürchtet. Die USA beteiligen sich am verstärkten Schutz für Polen und die baltischen Staaten. Doch Trumps Abrücken von der liberalen Weltordnung stellt die Erfolgsbasis in Frage, der Europa und allen voran Deutschland den Wiederaufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdanken hat. Eine strategische Antwort auf diese Herausforderungen ist bisher nicht zu erkennen. Die öffentliche Debatte in Deutschland erschöpft sich zumeist darin, Trump entweder zu verspotten oder sich über sei-

ne Zumutungen zu beklagen. In dieser Atmosphäre permanenter Aufregung sind nüchterne Analysen Mangelware. Seine Ankündigungen, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen und die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, blieben verbale Absichtserklärungen. Die USA unterliegen weiter dem Pariser Abkommen, die Botschaft bleibt in Tel Aviv. Generell finden als anstößig empfundene Äußerungen – etwa die „Shithole“-Bezeichnung für Staaten mit hohen Flüchtlingszahlen – mehr Resonanz als tatsächliche Entscheidungen, die weit reichende internationale Folgen haben. Die Deregulierung und die US-Steuerreform, zum Beispiel, werden Folgen für die Investitionströme und damit die Arbeitsplätze in Deutschland haben. So findet Trumps einäugige Außenpolitik nach einem Amtsjahr ihre Entsprechung in der begrenzten Umsicht seiner Partner in Deutschland und Europa: Sie nehmen seine Fehlritte und Provokationen über groß wahr und richten zu wenig Augenmerk auf die Frage, was sie tun müssten, um ihre Interessen in Trumps Welt zu verteidigen.

Christoph von Marshall

Der Autor ist Diplomatischer Korrespondent der Chefredaktion des „Tagespiegel“. Als Helmut-Schmidt-Fellow der Zeit-Stiftung und des German Marshall Fund in Washington arbeitet er derzeit an einer Studie über die Zukunft der Transatlantischen Beziehungen.

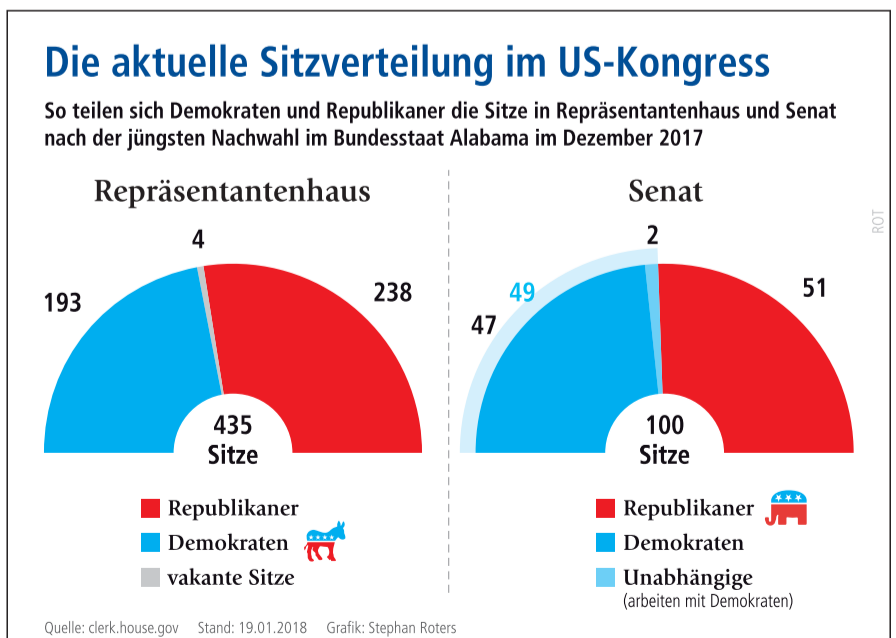
China hat früh auf die Strategie gesetzt, Trump zu umschmeicheln.

Anstößige Äußerungen finden mehr Resonanz als tatsächliche Entscheidungen.

Die Stimmung spricht gegen die Republikaner

MIDTERM-WAHLEN Die Steuerreform ist ein großer Erfolg für Trump. Dennoch könnten die Demokraten im November die Mehrheit im Repräsentantenhaus erringen

Zwei Jahre nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten müssen sich die Republikaner im Kongress im November einer ersten Bewährungsprobe stellen. Die Nervosität im Lager der Konservativen scheint schon jetzt groß. Sie fürchten um ihre Mehrheiten. Alle 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses stehen zur Wahl und ein Drittel des Senates. Bei Wahlen in den vergangenen Monaten auf lokaler, Staats- und Bundesebene gelangen den Demokraten in konservativen Gegenden Achtungserfolge und überraschende Siege. Im erzkonservativen Alabama konnte der Demokrat Doug Jones im Dezember den Senatssitz erobern. Für die Demokraten spricht vor allem Trumps Unbeliebtheit. „Die Zustimmung zu Präsident Trump ist auf historisch niedrigem Stand, die Ablehnung ist besonders hoch“, sagt Laura von Daniels, US-Expertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Zudem verliere die Partei der Präsidenten in der Regel Sitze bei den ersten Midterm-Wahlen. Hoffnung können sich die Demokraten vor allem für das Repräsentantenhaus machen. „Die meisten Umfrageinstitute sehen die Demokraten auf der Gewinnerseite. Manche Schätzungen gehen davon aus, dass die Demokraten 30 bis 40 Sitze dazugewinnen könnten“,



sagt von Daniels. Das wäre die Mehrheit. Schwieriger wird es für die Demokraten im Senat. Nur acht von Republikanern gehaltene Sitze stehen zur Wahl, während die Demokraten 26 Sitze – darunter zwei ihnen nahestehende Unabhängige – verteidigen.

Die Beziehungen zwischen Trump und den Republikanern im Kongress gestalteten sich in seinem ersten Amtsjahr teils schwierig. Zwei Senatoren, Jeff Flake (Arizona) und Bob Corker (Tennessee), überwarfen sich persönlich mit Trump – und kündigten an, nicht mehr für ihre Ämter zu kandidieren.

Zusammen mit zahlreichen weiteren Rückzügen von Amtsträgern der Republikaner wird dies von Beobachtern als weiteres Indiz für die Zerrissenheit der Partei sowie ihre mauen Wahlaussichten gewertet. Es könne andererseits aber auch als „eine Art Schließen der eigenen Reihen“ verstanden werden, sagt von Daniels. Denn die Republikaner, die nun in den betroffenen Wahlkreisen nachfolgen, könnten sich stark am Präsidenten orientieren. „Das kann, wenn die Zustimmung zum Präsidenten wieder positiver ausfallen sollte, auch ein Vorteil sein“, urteilt die SWP-Expertin.

Bilanz Abseits persönlicher Verwerfungen fällt die parlamentarische Bilanz der Republikaner gemischt aus. Die Abwicklung der Gesundheitsreform von Barack Obama, seit Jahren ein Herzensanliegen der Konservativen sowie ein Wahlkampfversprechen Trumps, scheiterte. Die Republikaner bekamen ihre Mehrheit nicht organisiert. Ähnlich sieht es in der Haushaltspolitik aus. „Auf einen längerfristigen Haushaltskompromiss konnten sich die Republikaner bisher weder intern noch mit den Demokraten einigen“, sagt von Daniels. Sie führt dies auf die starke Polarisierung zurück: „Auf beiden Seiten des politischen Spektrums gibt es kaum Bereitschaft, einen

Kompromiss über zentrale politische Vorhaben zu schließen.“ Die Lage spitzte sich vergangene Woche erneut zu. Der US-Regierung und ihren Behörden drohte in großen Teilen eine Zwangspause, da sich Republikaner und Demokraten bis Redaktionsschluss nicht auf eine weitere Bewilligung von Haushaltsmitteln einigen konnten. Einen Erfolg konnten die Republikaner Ende vergangenen Jahres allerdings mit einer umfangreichen Steuerreform verbuchen. „Die Reform hat zu den größten Steuersenkungen seit den 1980ern geführt, insbesondere für Unternehmen“, sagt von Daniels. „Inwiefern die Wähler das honorieren, bleibt abzuwarten.“ Die Republikaner und Trump würden aber mit Sicherheit auf Hilfe ihrer finanzkräftigen Unterstützer aus Teilen der US-Wirtschaft zählen können, die von der Reform sehr profitierten. „Und das ist im politischen System der USA mit seiner Wahlkampffinanzierung ein wichtiger Faktor.“

Friederike Beckh

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Wenn sich am heutigen Montag die Finanzminister der Eurogruppe in Brüssel treffen, um im Rahmen des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ (Ecofin) über die Zukunft der Eurozone zu beraten, steht ein Thema auf der Tagesordnung, das die Gemüter in den nächsten Wochen und Monaten ganz sicher noch gewaltig erhitzen wird: der Plan der EU-Kommission, den Euro-Rettungsfonds ESM in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) zu verwandeln. Nicht mehr der Internationale Währungsfonds (IWF) soll die Instanz sein, die notleidenden Ländern in der Eurozone unter die Arme greift. Um Hilfspakete und Bankenrettung wollen sich die Europäer künftig selbst kümmern – zumindest, wenn es nach Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geht.

Die Idee einer Weiterentwicklung des ESM stammt vom früheren Bundesfinanzminister und heutigem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU), offiziell aufgegriffen hat Juncker sie erstmals im Arbeitsprogramm der Kommission für 2018, das er im vergangenen Oktober vorstellte (siehe Stichwort). Nur wenige Wochen später präsentierte er einen Reformplan, demzufolge der Umbau bereits 2019 abgeschlossen sein soll. „Nach Jahren der Krise ist es jetzt an der Zeit, Europas Zukunft in unsere eigenen Hände zu nehmen“, erklärte der Präsident.

Auch wenn EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici nicht müde wird zu versichern, dass Auszahlungen aus einem europäischen Notfallfonds an harte Bedingungen geknüpft sein werden – in vielen Mitgliedstaaten wächst die Sorge, dass Juncker mit dem EWF die Tür in eine Transferunion öffnet, in der starke Euroländer möglicherweise dauerhaft für schwache haften müssen. So empörte sich auch Norbert Kleinwächter (AfD) am vergangenen Donnerstag im Bundestag in einer vereinbarten Debatte zu Junckers Arbeitsprogramm: Mit dessen Plänen für die Wirtschafts- und Währungsunion könnten „Finanzjongleure und Banken endlich grenzenlos zocken und Staaten sich maßlos überschulden; denn es wird garantiert, dass die EU und allen voran Deutschland für alles haftet: für marode Banken, für marode Staaten, für eine marode EU.“ Deutschland habe schon jetzt Außenstände an Haftungszusagen in Höhe von über einer Billion Euro, „damit andere weiterhin sorgenfrei Misswirtschaft betreiben können.“

Mit anderer Begründung, aber dennoch nicht weniger ablehnend äußerte sich Alexander Ulrich (Die Linke). Die Währungsunion zu reformieren mit einem europäischen Finanzminister, „der tief in die nationale Haushaltspolitik eingreift“ und einem Europäischen Währungsfonds, „der den schwachen Ländern immer weiter antizipatorische Anpassungsprogramme diktiert (...), das lehnen wir als Linke ab.“ Statt Deregulierung und eines „europäischen Verbriefungsmarktes“ brauche die EU eine strenge Finanzmarktregulierung.

Appell an Eigenverantwortung Nicht grundsätzlich gegen Junckers Pläne, aber im Detail skeptisch zeigten sich Union und FDP. Eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion müsse sich „zunächst am Prinzip der finanziellen Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten orientieren und darf nicht zu Finanztransfers führen, die eine Erschlaffung der Reformbemühungen zur Folge hätten“, mahnte etwa der Liberale Michael Georg Link. Die Akzeptanz der EU werde nicht steigen, „wenn sich in weiten Teilen der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, dass Risiko und Haftung auseinandergehen“, warnte er.

Selbst ist die EU

EUROPA Die EU-Kommission will einen Europäischen Währungsfonds schaffen. Während Grüne und SPD die Bundesregierung auffordern, mit mehr Mut voranzugehen, fürchten andere Fraktionen den Schritt in eine Transferunion



Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker prescht mit ambitionierten Plänen für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vor, doch die gehen vielen Mitgliedstaaten zu weit.

Ausdrücklich teilte Link die zuvor von Gunther Krichbaum (CDU) geäußerten rechtlichen Bedenken mit Blick auf die Umwandlung des ESM in einen europäischen Fonds. Der langjährige Vorsitzende des Europausschusses hatte betont, dass seine Fraktion die Rechtsgrundlage, auf die sich die Kommission beruft – Artikel 352 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, – „nicht als gegeben“ ansehe. Eine Überführung des ESM ginge nur über eine Änderung der Verträge. „Da würde der Bundestag ein gehöriges Wort mitsprechen haben.“

Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) konkretisierte diese Forderung als „ältesten Trick der Bundesregierung, um bei Sachen, die man eigentlich nicht will, letztlich die Ausrede zu haben, dass man selber gar nicht dafür sein konnte, weil andere ein Veto eingeleitet haben“. Da hätte man einen ersten Punkt, an dem man vorangehen wolle, „und wieder sagt diese Bundesregierung: Nein, mit uns nicht“, bedauerte er. Dies sei ein „großer Fehler“.

Auch Christian Petry (SPD) erteilte der Argumentation Krichbaums eine Absage. Er gebe Manuel Sarrazin Recht, „dass wir hier zunächst nicht unbedingt über eine institutionelle Weiterentwicklung gehen müssen, sondern die Schritte nach und nach gehen und über Artikel 352 durchaus weit kommen können“, betonte er. Sein Fraktionskollege Johannes Schrapf ergänzte: „Die Euro-Zone krisenfest zu machen (...) ist für uns und unseren Wohlstand von außerordentlicher Bedeutung.“

Gegen eine Transferunion In der nächsten Sitzungswoche des Bundestages Ende Januar stehen Junckers Pläne für einen Europäischen Währungsfonds erneut auf der Tagesordnung. Die FDP-Fraktion will zwei Anträge vorlegen, die unter anderem darauf abzielen, eine Transferunion zu verhindern. Die Prognose von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger scheint sich zu bewahrheiten: „Die Debatte beginnt erst. Sie wird sich das ganze Jahr 2018 hinziehen.“ *Johanna Metz*

STICHWORT

Die Agenda für 2018

> Arbeitsprogramm Die EU-Kommission legt darin jährlich dar, welche Maßnahmen sie im kommenden Jahr in Angriff nehmen will. Das von Präsident Jean-Claude Juncker im Oktober 2017 vorgelegte Programm beinhaltet 26 Initiativen, darunter eine neue Steuer für Digitalkonzerne wie Facebook und Google.

> Maßnahmen Außerdem will die Kommission die Einführung eines Wirtschafts- und Finanzministers und eines eigenen Haushalts für die Eurozone prüfen. Den Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) möchte sie bis 2019 in einen Europäischen Währungsfonds umwandeln. Er soll die Haushalte der Euro-Staaten effektiver kontrollieren und als eine Art Krisen-Frühwarnsystem fungieren. Notleidenden Staaten soll er unterstützen.

Eine Frage der Verbindlichkeit

AUSWÄRTIGES Debatte über das Zwei-Prozent-Ziel der Nato

Es war eines großen Streitthemen im Bundestagswahlkampf 2017 und dürfte weiter strittig bleiben: Die Nato hat 2014 und 2016 beschlossen, dass die Mitgliedstaaten bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung ausgeben sollen. In Deutschland liegen diese Ausgaben derzeit bei rund 1,2 Prozent.

Wie bindend und wie sinnvoll dieser Nato-Beschluss ist und inwieweit er nur mehr Geld für Militärisches einfordert oder auch andere friedensichernde Ausgaben beinhalten könnte – darüber debattierten die Fraktionen am vergangenen Freitag im Bundestagsplenum. Anlass war ein Antrag der Fraktion Die Linke (19/445), die sich gegen das Nato-Ziel wendet und die Bundesregierung auffordert ihre Zustimmung „öffentlich, und im Nato-Rat gegenüber den Nato-Partnern, zurückzuziehen“. Auch der Bundestag solle deutlich machen, dass er diese auf den Nato-Gipfeln in Wales und Warschau

2014 und 2016 beschlossenen Pläne ablehne. Das Argument der Abgeordneten: Nach Schätzungen würde sich die Selbstverpflichtung ergeben, pro Jahr bis zu zwischen 70 und 80 Milliarden Euro für militärische Zwecke auszugeben. Dies würde nahezu zu einer Verdopplung der Militärausgaben der Bundesrepublik bis 2024 führen. „Die deutschen Militärausgaben wären dann die höchsten auf dem europäischen Kontinent“, heißt es im Antrag, der im Anschluss an die Debatte in die Ausschüsse überwiesen wurde.

Tobias Pflüger (Die Linke) sagte, dass es endlich an der Zeit sei, einmal klar Nein zu sagen zu einer Nato-Vereinbarung, „die de facto eine Aufrüstungsvereinbarung ist“. Man sollte nicht noch mehr Geld für Rüstung ausgeben. Pflüger erinnerte daran, dass auch die schwarz-rote Bundesregierung diesen Nato-Beschluss mitgetragen habe. Er kritisierte dabei insbesondere die Sozialdemokraten: Die CDU bekenne sich wenigstens offen dazu, eine „Aufrüstungspartei“ zu sein, die SPD hingegen hingegen Wahlkampf mit Abrüstungsrhetorik, um später wieder eine Aufrüstung mitzutragen.

Henning Otte (CDU) warf der Linksfraktion vor, einem deutschen Alleingang „raus aus der Gemeinschaft“ das Wort zu reden. Er zitierte den Philosophen Georg Picht „Wer Verantwortung in der Welt bejahet, darf sich der Last, die sich daraus ergibt, nicht entziehen.“ Die sicherheitspolitische Lage habe sich grundlegend verändert – etwa mit dem aggressiven Vorgehen Russlands auf der Krim, den „Sapad“-Manövern an der russischen Westgrenze, das die Balten beunruhige. Es gehe darum, in die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner zu investieren, in Fahrzeuge, Cybertechnik, in die Modernisierung, die Weiterentwicklung militärischer Fähigkeiten und nicht zuletzt für das Personal der Bundeswehr.

Thomas Hitschler (SPD) rechnete vor, dass das Hinarbeiten auf ein „starrs“ Zwei-Prozent-Ziel Jahr für Jahr ein Plus von 20 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt

bedeuten würde. Wer das wolle, müsse dann aber auch sagen, wie das gegenfinanziert werden soll. „Durch Steuererhöhungen? Oder durch Kürzungen bei den Sozialausgaben?“ Hinzu käme, dass Deutschland dann zur größten Militärmacht der EU aufsteigen würde. Eine solche Dominanz im europäischen Gefüge sei aber nicht erstrebenswert. „Mehr Europa wäre auch hier die richtige Antwort“, sagte Hitschler und warb dafür, die anvisierte Europäische Verteidigungsunion (Pesco) mit „Leben zu füllen“ – zum Beispiel durch gemeinsame Koordinierung im Beschaffungswesen.

Rüdiger Lucassen (AfD) kritisierte, dass die Bundesregierung den Ruf der Bundesrepublik für ihre außenpolitische Verlässlichkeit verspiele. Wenn Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) die Nato-Vereinbarung von Wales „irre“ nenne, stelle sich die Frage, warum seine Regierung damals so etwas „Irres“ unterzeichnet habe. Die Bundeswehr sei unterfinanziert und könne ihrem

Auftrag nicht mehr nachkommen. Beschaffungsvorhaben kämen regelmäßig zu spät, sprengten stets den Kostenrahmen, erfüllten die Anforderungen der Truppe nur zum Teil. „Die Bundeswehr ist dabei, den Anschluss zu verlieren“, sagte Lucassen. Und die von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) proklamierte „Trendwende“ beim Personal finde nur in Interviews statt. „Die Abschaffung der Wehrpflicht ist ein kapitaler Fehler der CDU gewesen.“

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) machte sich für eine Erhöhung des Verteidigungsetats stark: „Angesichts der Krisen auch vor unserer Haustür, des Cebrarens des russischen Staatspräsidenten und der Entwicklungen in der Türkei sollten wir nicht naiv sein.“ Hinzu komme, dass die USA nicht mehr bereit seien, „für alles und jeden“ die Verantwortung zu übernehmen. „Es wäre verantwortungslos vorzugeben, dass wir für ein Leben in Frieden und Freiheit nichts tun oder nicht mehr tun müssten.“ Die Freidemokratin plädierte aber für einen „umfassenden Sicherheitsbegriff“, der neben Verteidigung auch Krisenprävention und Entwicklungspolitik beinhalten sollte. Strack-Zimmermann machte den Vorschlag, drei Prozent des BIP für diese Politikfelder zusammen aufzuwenden.

Tobias Lindner (Grüne) erinnerte daran, dass das Nato-Ziel in der Auslegung des Auswärtigen Amtes eine „zweckgebundene Richtungsentscheidung“ sei, jedoch keine feste Verpflichtung für Geldausgaben zu einem bestimmten Zeitpunkt. „Packen Sie ihren Pappkameraden mit den zwei Prozent ein“, sagte

Lindner in Richtung Unionsfraktion. Die Probleme bei der Beschaffung bei der Bundeswehr – „zu spät, nicht wie vereinbart, meistens viel zu teuer“ – seien anders gelagert. „Mehr Geld löst dieses Problem nicht“. Es könne nicht um mehr Geld für die Bundeswehr „um des Geldausgebens willen“ gehen, sondern um eine Sicherheitspolitik, die über das Militärische hinausweist und humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet. *Alexander Heinrich*

»Mehr Europa wäre auch hier die richtige Antwort.«

Thomas Hitschler (SPD)

»Angesichts der Krisen auch vor unserer Haustür sollten wir nicht naiv sein.«

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)

Ein Schritt in Richtung Normalität

EUROPAPARAT Die Abgeordneten in Straßburg ringen um den neuen Menschenrechtskommissar. Komplizierte Annäherungsversuche zwischen Straßburger und russischen Parlamentariern

Beim SPD-Abgeordneten Frank Schwabe ist Erleichterung zu spüren, dass mit der Wahl des Menschenrechtskommissars des Europarats wieder ein Stück weit „normale“ Politik in die Parlamentarische Versammlung des Staatenbunds einkehrt. „Das ist angesichts der Turbulenzen in unserer Versammlung nicht selbstverständlich.“ Für Schlagzeilen sorgte lange Zeit vor allem ein saftiger Korruptionsskandal. Nun aber ringen in dieser Woche „drei hoch respektable Persönlichkeiten“ (Schwabe) um das Amt des Kommissars: Ein politischer Kampf, wie man dies kennt – und das ist im Palais de l'Europe eben nicht selbstverständlich.

Als Favorit beim Rennen um die Nachfolge des Letten Nils Muiznieks, der nach sechs Jahren turnusgemäß ausscheidet, gilt Pierre-Yves Le Borgn. Der Franzose steht auf Platz eins einer Präferenzliste, die der Menschenrechtsausschuss des Parlaments dem Plenum übermittelt hat. Auf Rang zwei folgt die Bosnierin Dunja Mijatovic,

ehemalige OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, vor dem slowenischen Justizminister Goran Klemencic. Anders als die prominenten Konkurrenten ist Le Borgn öffentlich kaum bekannt, aber seine bis Sommer 2017 währende Zeit als Europaratsabgeordneter bot die Chance, ein Netzwerk zu knüpfen. Als Kommissar will sich Le Borgn auf dem Kontinent verstärkt vor Ort auf Verletzungen von Grundrechten hinweisen.

Seit langem ist im Palais de l'Europe indes Unbehagen über die Intransparenz bei der Besetzung dieses Topjobs zu spüren. Unbekannt ist etwa die Zahl der Bewerbungen, die ursprünglich beim Ministerkomitee, dem Organ der Straßburger Botschafter der 47 Außenminister, eingegangen sind. Man weiß auch nichts über die Motive der Interessenten. Das Ministerkomitee erkor aus dem Kreis aller Kandidaten eine Dreierliste für das Parlament, doch die Gründe für die Selektion dieses Trios blieben geheim. Vor der Erstellung seiner Präferenzliste hörte der Menschenrechtsausschuss des Parlaments die drei Interessenten an – freilich nicht öffentlich. Gerade der Europarat müsse das Prinzip der Transparenz beachten, mahnt Schwabe: „Bei den Modalitäten von Kandidaturen kann einiges verbessert werden.“

Der Kommissar hat keine Machtbefugnisse gegenüber den Regierungen. Aber er kann mit Länderberichten und mit öffentlicher Kritik die Europaratsnationen unter Druck zu setzen, Verstöße gegen Freiheitsrechte abzustellen.

Boycott Anders als bei der Wahl des Kommissars kann von „Normalität“ im Konflikt zwischen Straßburg und Moskau keine Rede sein. 2014 hat das Parlament des Staatenbunds den russischen Abgeordneten wegen der Annexion der Krim das Stimmrecht entzogen. Seither boykottiert Moskau das Europaratsparlament und zog 2017 mit einer Kürzung der russischen Beitragszahlungen um rund 20 Millionen Euro die Daumenschrauben weiter an. Hinzu kommt, dass Ankara aus Verärgerung über massive Straßburger Kritik an rechtsstaatlichen Verstößen in der Türkei 2018 die Überweisungen ebenfalls reduzieren will.

Nach Gesprächen zwischen Vertretern Russlands und des Staatenbunds über Auswege aus der Sackgasse sprach die Zypriotin Stella Kyriakides als Straßburger Interims-Parlamentspräsidentin, die bei der Winter-session von Italiener Michele Nicoletti abgelöst werden soll, von einem „offenen und ehrlichen Dialog“ so-

wie einem „Schritt in eine gute Richtung“. Doch Kyriakides sieht andererseits auch noch „Abgründe“ zwischen den Positionen beider Seiten. Wenig konstruktiv mutet der Vorwurf von Valentina Matvijenko als Vorsitzender des russischen Förderationsrats an, im Europaratsparlament verfolge eine Minderheit „russophob Schreihälse“ eine „prinzipienlose Politik“.

Im Fall einer Rückkehr der Moskauer Abgeordneten ins Palais de l'Europe ohne Bedingungen bei den Themen Krim und Ostukraine droht die ukrainische Delegation ihrerseits mit einem Boykott. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin warnt vor „Appeasement“ gegenüber Russland: Der Europarat werde „sich selbst diskreditieren“, wenn er nicht an seinen Prinzipien festhalte. Frank Schwabe plädiert für eine Überwindung der Blockade zwischen dem Staatenbund und Moskau. Jedoch dürfe nicht der Eindruck entstehen, „das Vorgehen Moskaus auf der Krim werde nachträglich belohnt“.

Nicht ausgenommen ist der Korruptionsskandal rund um Aserbaidschan. Baku soll versucht haben, mit Geld, Reisen in den Kaukasus und teuren Geschenken Europaratsabgeordnete von Kritik an den autokratischen Zuständen im Land abzubringen. Prominente Figuren dieser Affäre sind bislang der Straßburger Parlamentspräsident Pedro Agramunt (Spanien), der zurücktreten musste, sowie mit Luca Volonté der italienische Ex-Chef der EVP-Fraktion, den Staatsanwälte in die Mangel nehmen.

In Berlin hat die Unionsfraktion ohne viel Aufhebens dafür gesorgt, dass die CDU-Abgeordnete Karin Strenz und Axel Fischer

der neuen Bundestagsdelegation beim Europarat nicht mehr angehören. An Strenz, so der Verdacht, sollen über ein von Baku finanziertes Firmennetzwerk des Aserbaidschan-Lobbyisten Eduard Lintner Geld geflossen sein. Fischer, bisher Leiter der Delegation, wird keinerlei Mitwirkung an der „Kaviardiplomatie“ unterstellt, doch wird ihm vorgehalten, die Aufklärung dieses Skandals gebremst zu haben.

Wahlvorschläge Mit der einstimmigen Annahme der Wahlvorschläge aller Fraktionen am vergangenen Donnerstag (19/443) stellt in der neuen Delegation die Unionsfraktion mit Peter Beyer, Marten von Marschall, Elisabeth Motschmann, Andreas Nick, Volker Ullrich und Volkmar Vogel sechs Abgeordnete, die SPD-Fraktion entsendet mit Doris Barnett, Gabriela Heinrich, Axel Schäfer und Frank Schwabe vier Vertreter. Jeweils zwei Mitglieder kommen von den Fraktionen der AfD (Marc Bernhard und Norbert Kleinwächter), der FDP (Cyde Jensen und Konstantin Kuhle), der Linken (Andrej Hunko und Katrin Werner) sowie der Grünen (Luise Amtsberg und Frithjof Schmidt). Leiter der Delegation ist der Unionsabgeordnete Nick, Stellvertreter der Sozialdemokraten Schwabe. *Karl-Otto Sattler*



Andreas Nick (CDU) leitet die deutsche Delegation der Europarats-Parlamentarier

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Freundschaft zwischen ihren so lange verfeindeten Nationen war Bundeskanzler Konrad Adenauer (rechts) und Frankreichs Präsident Charles de Gaulle seit ihrem ersten Treffen im Jahr 1962 ein Herzensanliegen.

© picture-alliance/dpa

Neuer Schwung für alte Freunde

ÉLYSÉE-VERTRAG Zum 55. Jahrestag fordern die Abgeordneten in Paris und Berlin eine Neuauflage des Textes

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 im Pariser Élysée-Palast den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ unterzeichneten, waren sie nicht sicher, ob diesem Ereignis Jahrzehnte später noch gedacht wird. „Verträge“, sollte General de Gaulle alsbald klagen, „sind wie junge Mädchen und Rosen. Sie halten so lange, wie sie halten.“ Konrad Adenauer zeigte sich deutlich optimistischer. Er hielt de Gaulle entgegen, dass die deutsch-französische Freundschaft in der Tat wie eine Rose sei: Sie treibe immer wieder Blüten und Knospen und werde alle Winterhärten überstehen.

Wenn am heutigen Montag, dem 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages, die Abgeordneten des Bundestages und der französischen Assemblée Nationale erst in Berlin, dann in Paris zu Sonder-sitzungen zusammenkommen und eine Resolution zur Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen verabschieden, dann nicht, weil die „Winterhärten“ das Verhältnis der beiden Staaten dominieren. Sie wollen der Kooperation vielmehr zu neuer Blüte verhelfen – durch eine Neufassung des Vertrages, welche die Regierungen noch in diesem Jahr vorlegen sollen. „Ein erneuter Élysée-Vertrag soll auf den Freundschaftsvertrag von 1963 aufbauen und unserer Partnerschaft neue Dynamik verleihen“, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung der Bundestagsabgeordneten Andreas Jung (CDU), Jürgen Hardt (CDU), Achim Post (SPD), Michael Link (FDP) und Franziska Brantner (Grüne). Darüber hinaus soll ein „Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen“ geschlossen werden, um die Beziehungen zwischen beiden Kammern zu intensivieren.

Enge Freundschaft Der Élysée-Vertrag (siehe Text rechts) wird bis heute nicht ohne Grund als „Jahrhundertvertrag“ bezeichnet. Die Überlegungen dazu waren vor 55 Jahren von der Hoffnung geleitet, das Verhältnis von Deutschland und Frankreich grundlegend zu verändern. Seit 1870 hatten die „Erzfeinde“ immer wieder zu den Waffen gegriffen, um die Vormachtstellung in Europa zu klären. Erst 18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges betonten beide Staaten in der „Gemeinsamen Erklärung“, die dem Vertrag vorangestellt ist, ihre Freundschaft.

Das Ziel, das Verständnis füreinander zu fördern und zu vertiefen, hat der Vertrag auf einzigartige Weise erreicht. Jährlich nehmen etwa 200.000 junge Menschen aus Deutschland und Frankreich an einem Austauschprogramm des DJFW teil. In 55 Jahren hat es somit beinahe elf Millionen bilaterale Begegnungen herbeigeführt. Jährlich erscheinen bei uns mehr als 1.000 französische Buchtitel; 55 französische Filme schaffen es jedes Jahr in deutsche Kinos. In deutschen Schulen steht Franzö-

sich seit Jahrzehnten an zweiter Stelle der erlernten Fremdsprachen. Vor fünf Jahren, am 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages, wurden 2.500 deutsch-französische Partnerschaften zwischen Städten, Vereinen und Schulen und mehr als 180 akademische Austauschprogramme gezählt. Es gibt die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken und mit „Arte“ seit 1991 auch einen gemeinsamen Fernsehkanal.

Auf politischer Ebene ist kein Staatenpaar der Welt so eng miteinander verbunden wie Deutschland und Frankreich. Zu befragen, wie oft sich die politischen Verantwortungsträger in den vergangenen 55 Jahren gesehen haben, ist schlicht unmöglich, nicht zuletzt, weil der Élysée-Vertrag schon in den vergangenen Jahren mehrfach erweitert wurde. 1988 etwa wurden Zusatzprotokolle verabschiedet, über die ein gemeinsamer „Finanz- und Wirtschaftsrat“, der „Deutsch-Französische Umweltrat“ und ein bilateraler „Verteidigungs- und Sicherheitsrat“ (DFVSR) ins Leben gerufen wurden. Wenig später folgte der „Deutsch-Französische Kulturtrat“. Seit 2003 bestimmen beide Länder einen „Beauftragten für die Deutsch-Französische Zusammenarbeit“ und treffen sich regelmäßig im Format des „Deutsch-Französischen Ministerrates“.

Neben bilateralen Projekten standen schnell auch europapolitische Grundsatfragen auf der Agenda. So gehen etwa die

Einrichtung des „Europäischen Rates“ und des „Europäischen Währungssystems“ ebenso auf Initiative Deutschlands und Frankreichs zurück wie die Überführung der Europäischen Gemeinschaften in die Europäische Union.

Zwar fällt in einer EU von (noch) 28 Mitgliedstaaten, in der neben der EU-Kommission auch das Europäische Parlament ständig ein Gewicht gewinnt, der Einfluss Deutschlands und Frankreichs weniger stark aus als in den 1980er und 1990er Jahren. Doch nach wie vor gilt, dass es ohne einen Kompromiss zwischen beiden Ländern keine europäische Antwort auf die Fragen der Zeit geben kann. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist bis heute eine verlässliche Grundlage des europäischen Integrationsprozesses.

Schwierig gestalteten sich die Beziehungen allerdings von Beginn an in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Am 15. Juni 1963, wenige Monate nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages, stellte der Bundestag dem Dokument eine Präambel voran, in der die Abgeordneten ausdrücklich die engen politischen, wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Beziehungen mit den USA, Großbritannien und der Nato betonten. Der Historiker Ulrich Pfeil gelangte 2013 zu dem Urteil: „Dass die bundesdeutschen Parteien derart ablehnend auf die Vertragsunterzeichnung reagierten, lag in

erster Linie am allgemeinen Eindruck, dass der französische Präsident Adenauer auf einen Weg mitgenommen habe, der die bisherigen Säulen bundesdeutschen Selbstverständnisses in Frage stellte: die (supranationale) europäische Integration und die transatlantische Bindung.“ Tatsächlich zerfielen die Unionsparteien über die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages in zwei Lager: Den „Gauillisten“ um Adenauer und Franz Josef Strauß standen die „Atlantiker“ um Ludwig Erhard und Gerhard Schröder entgegen. Letztere befürworteten eher eine privilegierte Beziehung Deutschlands mit den USA und verweigerten sich den strikt bilateralen deutsch-französischen Beziehungen, die Präsident de Gaulle anstrebte. Die Präambel machte es Frankreich unmöglich, die Rolle Europas zu stärken und damit die Dominanz der USA aufzuweichen.

Dass sich Frankreich und Deutschland in ihren Antworten auf sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen auch im 21. Jahrhundert mitunter deutlich voneinander unterscheiden, liegt neben verschiedenen sicherheitspolitischen Kulturen auch darin begründet, dass Frankreich durch seinen Status als Nuklearmacht und permanentes Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über Machtinstrumente verfügt, die der deutschen Zurückhaltung in diesem Bereich entgegenstehen. Dennoch findet sich im Bundestag kaum mehr eine Stimme, welche die Rolle der deutsch-französischen Sonderbeziehung in Frage stellen würde. Im Gegenteil. Schon zum 50. Jahrestag betonten Assemblée Nationale und Bundestag in einer Erklärung ihren Willen, in eine neue Etappe der Zusammenarbeit beider Parlamente einzutreten und ihre Kooperation in zehn Punkten zu vertiefen. Vereinbart wurden regelmäßige Treffen der Präsidenten, der Ausschüsse für Auswärtiges und Europa und anderer Gruppen zu Fragen gemeinsamen Interesses. Zu besonders wichtigen Themen sollten Arbeitsgruppen mit Abgeordneten beider Parlamente gebildet werden. Darüber hinaus plädierten die Abgeordneten für den Ausbau gemeinsamer Kulturinstitute sowie europäischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen.

Französischer Vorstoß Fünf Jahre später soll der deutsch-französische Motor nun noch mehr Antrieb bekommen. Den Anfang machte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Zwei Tage nach den Bundestagswahlen vom 24. September 2017 bot er Deutschland eine „neue Partnerschaft“ an. In seiner „Europa-Rede“ an der Pariser Sorbonne Universität rief er dazu auf, den Pioniergeist Frankreichs und Deutschlands in einem neuen Kooperationsvertrag niederzuschreiben. Seine Hoffnung war es, den Text schon zum 55. Jahrestag am 22. Januar unterzeichnen zu können. Doch die blieb wegen der ausstehenden Regierungsbildung in Berlin unerfüllt. Macrons Aufruf scheint in Berlin aber auf fruchtbaren Boden zu fallen. In ihren Sondierungsgesprächen haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, „die deutsch-

französische Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern“ zu wollen. Sie betonen, dass die Erneuerung der EU nur gelingen werde, wenn Berlin und Paris mit ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiteten. „Ein neuer Élysée-Vertrag ist hierzu ein erster und wichtiger Schritt“, heißt es ausdrücklich in ihrem Papier. Dass auch die Abgeordneten in Paris und Berlin dies nun ebenfalls in einer Resolution fordern, erhöht den Druck auf die Regierungen, das Vorhaben tatsächlich in die Tat umzusetzen – insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass der Ruf nach einem neuen Gründungs-pakt auf beiden Seiten des Rheins seit Jahren zum politischen Standardrepertoire gehört.

Gemeinsamer Wirtschaftsraum Die Vorstellungen der Parlamentarier sind sehr konkret und ganz im Sinne Macrons: Sie wollen grenzüberschreitende Zusammenschlüsse von Städten und Landkreisen („Eurodistrikte“) stärken, die Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Frankreich ausbauen und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen. Das Unternehmens- und Insolvenzrecht soll ebenso angeglichen werden wie die Bemessungsgrundlagen bei der Firmenbesteuerung. Es soll gemeinsame Sozialnormen geben, mehr Engagement in den Bereichen Jugend, Bildung, Sprache und Kultur und eine engere Partnerschaft in der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik. Ambitionierte Ziele, gegen die es aber auch Widerstände in beiden Kammern gibt. So läuft die Resolution nach Ansicht der AfD-Fraktion im Bundestag „auf eine weitere

Aushöhlung der nationalen Souveränität“ Deutschlands hinaus. Andere Stimmen sorgen sich vor allem vor einer erneuten Betonung des deutsch-französischen Bilateralismus – dieser leiste Ängsten vor einem „Direktorium“, also einer deutsch-französischen Dominanz in der EU, Vorschub, heißt es. So warnt der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (Die Linke) in einer Stellungnahme: „Der immer deutlicher ausgesprochene deutsch-französische Führungsanspruch in der EU droht die zentrifugalen Tendenzen in der EU an anderer Stelle weiter zu befördern.“ Für den Chef der französischen Linken, Jean-Luc Mélenchon, bedeutet das bilaterale, deutsch-französische Format nicht weniger als „das Festhalten an einem seit den Zeiten des Europas der Sechsziger völlig überholten Modell“. Außerdem bietet der Inhalt der Texte „keine Lösungen für die heutigen dringenden Probleme in Europa“. Die Linksparteien in Deutschland und Frankreich haben angekündigt, eine eigene Resolution vorzulegen.

Für die Befürworter eines „Élysée II“, die in Bundestag und Assemblée Nationale klar in der Mehrheit sind, birgt ein neuer Vertragstext indes die Chance, die europäischen Herausforderungen entschlossener anzugehen. Die europapolitischen Richtungsentscheidungen erforderten politische Führungsfähigkeit, betonen sie. Und diese könne nur von den Mitgliedstaaten wahrgenommen werden. *Rorja Kempin* ||

Die Autorin ist Expertin für die deutsch-französischen Beziehungen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat Deutschland in einer Rede an der Pariser Sorbonne-Universität eine „neue Partnerschaft“ angeboten. © picture-alliance/AP Photo

Enge Kooperation

DOKUMENT Was der Élysée-Vertrag von 1963 regelt

Der Élysée-Vertrag war von der Erkenntnis auf beiden Seiten getragen, dass nur durch eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ein vereintes und damit friedliches Europa zu erreichen ist. Ursprünglich sollten die Bereiche, in denen die Länder zukünftig zusammenarbeiten wollten, lediglich aufgelistet werden. Dann aber wurden die Hauptziele der Zusammenarbeit in einem Vertrag niedergeschrieben. Vorangestellt wurde ihm eine „Gemeinsame Erklärung“.

Das erste Kapitel des Dokumentes schreibt Deutschland und Frankreich einen Konsultationskalender vor. Unabhängig von politischen Notwendigkeiten sollen die Staats- und Regierungschefs beider Länder mindestens zweimal jährlich zusammenkommen; einzelne Minister treffen sich häufiger. Interministerielle Kommissionen sollen die Arbeiten zwischen beiden Ländern koordinieren und darüber berichten. Das zweite Kapitel behandelt die Beziehungen in den „Auswärtigen Angelegenheiten“, im Bereich „Verteidigung“ sowie in „Erziehungs- und Jugendfragen“. In der Außenpolitik sollen sich Deutschland und Frankreich vor wichtigen Entscheidungen

und bei Fragen von gemeinsamem Interesse konsultieren, mit dem Ziel, „so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Handlung zu gelangen“. Im Verteidigungsbereich verpflichten sich beide auf der strategischen wie auf der taktischen Ebene dazu, „ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen“. Schließlich sieht der Vertrag vor, den Schulunterricht in der Partnersprache zu intensivieren und die wissenschaftlichen Beziehungen auszubauen.

Besondere Bedeutung kommt seit jeher dem Jugendaustausch zu. Als eine Konsequenz des Élysée-Vertrages gründeten die Staaten am 5. Juli 1963 das Deutsch-Französische Jugendwerk (DJFW), das bis heute als Austausch- und Förderwerk das Verständnis von Deutschen und Franzosen füreinander vertiefen soll. *rk* ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





So sieht gesundes Essen aus.

© picture-alliance/M.i.S. - Sportpressfoto

Kampf dem Übergewicht

ERNÄHRUNG Union und SPD uneins bei Lebensmittelampel. Linke warnt vor »Zweiklassenernährung«

Mit dem Rauchen aufhören, weniger Alkohol trinken, mehr Sport treiben und sich gesünder ernähren. Wer kennt sie nicht – die Vorsätze, die Jahr für Jahr an Silvester gefasst werden. Und dann früher oder später über Bord gekippt werden. Die Problematik ist auch der Agrarexpertin der Union, Gitta Connemann (CDU), bekannt. Sie weiß auch, wen die Menschen dann für Übergewicht und Atemnot verantwortlich machen: den Stress, die Gene, die Industrie und natürlich auch die Politik, wie sie während der agrarpolitischen Debatte vergangenen Donnerstag, einen Tag vor Beginn der Internationalen Grünen Woche, sagte. Doch die Anschuldigungen gehen ihrer Ansicht nach an die falschen Adressen. „Wir bestimmen selbst, ob wir an Übergewicht, Diabetes oder Herzinfarkt erkranken“, sagte Connemann. Die Menschen hätten ihr Schicksal selbst in der Hand – die Ernährung sei dabei ein zentraler Schlüssel.

Lebensmittelampel Doch was ist nun eigentlich gesund? Einfache Antworten auf diese Frage wären schön, gäbe es aber nicht – auch nicht durch die immer wieder diskutierte Lebensmittelampel, sagte die CDU-Politikerin. „Es gibt keine grundsätzlich guten oder schlechten Lebensmittel“,

betonte sie. Dennoch könne die Politik etwas tun. Die große Koalition, so Connemann, habe sich in der vergangenen Legislaturperiode „in Kooperation mit Wirtschaft und Handel“ für eine Reduktionsstrategie eingesetzt. Wichtig sei auch mehr Bildung und Aufklärung – schon bei den Kleinsten. „Wir setzen deshalb auf Verhaltensprävention“, sagte sie. Ernährungsbildung müsse künftig in die Kitas und Schulen gehören.

Die Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fette sei ein richtiger Paradigmenwechsel, sagte Ursula Schulte (SPD). „Damit zwingen wir die Lebensmittelwirtschaft, ein wenig in die richtige Richtung zu gehen, wissend, dass freiwillig nicht allzu viel passiert“, sagte die SPD-Abgeordnete. Kritik übe sie zugleich an Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Der Minister betreibe die Umsetzung der Reduktionsstrategie „mehr als zögerlich“. Es fehle zudem an klaren Zieldefinitionen und einem klaren Zeitplan. Ein von der SPD-Fraktion vorgelegtes Positionspapier fordere daher verbindliche Ziele für die Strategie und eine gesetzliche Regelung für den Fall, dass die Unternehmen sich nicht freiwillig an der Nationalen Reduktionsstrategie beteiligen.

»Es gibt keine grundsätzlich guten oder schlechten Lebensmittel.«

Gitta Connemann (CDU)

In Sachen Lebensmittelampel stellte sich Schulte gegen die Unionsabgeordnete Connemann. Die Ampel sei eine gute Unterstützung für die Menschen, die sich gesund ernähren wollen, befand die Sozialdemokratin.

Für Franziska Gminder (AfD) beginnt gesunde Ernährung nicht erst mit dem propagierten Apfel zum Frühstück. „Sie beginnt bereits auf dem Acker bei der Aussaat und im Stall bei der Aufzucht und Fütterung der Tiere“, sagte die AfD-Abgeordnete. Leider gehe aber der Trend immer mehr zu leistungsstärkeren geschmackärmeren Rassen und Sorten, die immer mehr Pestizide, Herbizide und Antibiotika benötigen, weil sie immer anfälliger würden.

Gminder warnte zudem vor einer Verarmung der Varietäten. „Wir müssen uns klarmachen, dass das Verschwinden einer Spezies nicht mehr rückgängig gemacht werden kann“, warnte Gminder. Insofern ist es aus ihrer Sicht sehr zu begrüßen, dass Landwirte aus eigener Initiative alte Obstsorten wieder anpflanzen und alte Haustierrassen wieder züchten. Die AfD-Abgeordnete forderte dazu auf, Bauern zu stärken, „statt sie zu EU-Subventionsemp-

fängern zu degradieren“. Ein Beitrag dazu könne das Ende der Sanktionen gegen Russland sein, die zu „verheerenden Einnahmeausfällen“ bei Milchbauern geführt hätten.

Auch der FDP-Abgeordnete Gero Clemens Hocker machte sich für die Landwirte stark. Sie seien in der Vergangenheit bei den Themen Boden-, Luft- und Gewässerreinigung und beim Tierschutz als Buhmänner abgestempelt worden, kritisierte er. Man könne jedoch nicht mehr Tierschutz und mehr Auslauf für Tiere fordern, aber gleichzeitig beim Discounter Billigfleisch kaufen. „Das sind zwei Punkte, die nicht zueinander passen“, befand Hocker. „Wer hohe Standards fordert, muss auch bereit sein, dafür einen höheren Preis zu zahlen“, sagte er. Kritik übe der Liberale am Sondierungspapier von Union und SPD. Darin sei das „komplexe Thema“ der Ernährungs- und Agrarpolitik lediglich auf einer knappen A4-Seite abgehandelt worden.

Schauensterprogramm Diese Aussage führte zu großer Erregung bei Anton Hofreiter (Grüne). Es stimme zwar, dass das Sondierungspapier von Union und SPD ein bisschen dünn sei und die bei der Jamaika-Sondierung gefundenen Regelungen die besseren gewesen wären. Aber: „Sie hätten das gemeinsam mit uns wagen können, wenn ihr Parteivorsitzender nicht zu feige

zum Regieren gewesen wäre“, echauffierte sich Hofreiter in Richtung FDP. Die „dünnen Verabredungen“ zwischen Union und SPD sind aus seiner Sicht zum einen Beleg dafür, „dass man die Union in solchen Fragen nicht allein lassen kann“. Dass vieles, was die SPD in ihrem Wahlprogramm stehen hatte, sich in dem Sondierungspapier nicht mehr finde, sei wiederum ein Beleg dafür, dass es sich wohl um ein Schaufensterprogramm gehandelt habe. Hofreiter betonte, Lippenbekenntnisse für die Landwirtschaft reichten nicht mehr aus. Benötigt würden Änderungen der Rahmenbedingungen. „So dürften künftig Zuschüsse nicht mehr nach Größe der Flächen vergeben werden sondern müssten sich an qualitativen Kriterien ausrichten.“

Zweiklassenernährung Amira Mohamed Ali (Die Linke) widersprach deutlich der Aussage der CDU-Abgeordneten Connemann, wonach jeder sein Schicksal in Sachen Ernährung in der eigenen Hand habe. Gesunde Ernährung hänge immer mehr vom eigenen Geldbeutel ab, sagte die Linke-Abgeordnete und sprach von einer „Zweiklassenernährung“. Dies sei Folge der sozialen Spaltung, für die Union und SPD, aber auch FDP und Grüne verantwortlich wären. „Es ist zynisch, von gesunder Ernährung zu sprechen und diesen Zusammenhang dabei einfach auszublenken“, sagte Ali. Götz Hausding

Digitale Agrarwelt

LANDWIRTSCHAFT Der Agrarsektor soll nicht den digitalen Anschluss verlieren. Dazu hat die FDP vergangenen Donnerstag einen Antrag zur Digitalisierung in der Landwirtschaft (19/436) vorgelegt, der die Bereitstellung einheitlicher, maschinenlesbarer Geo-, Wetter- und Katasterdaten für die Landwirte fordert. Carina Konrad (FDP) betonte die Bedeutung einheitlicher Schnittstellen, die für eine reibungslose Datenübertragung sowie die Entwicklung von Anwendungen zur Auswertung und Weiterverwendung großer Datenmengen erforderlich seien. Die Bundesregierung habe bisher zu wenig getan, so die FDP. Viele Höfe seien bis heute von leistungsfähigen Internetanschlüssen abgeschnitten. Hans-Georg von der Marwitz (CDU) betonte indes die Frage nach der Datenhoheit: „Die Landwirte dürfen nicht die Kontrolle verlieren.“ Jede Neuerung müsse netzneutral und technologieoffen betrieben werden. Rainer Spiering (SPD) resümierte, dass die Digitalisierung des ländlichen Raumes nicht vorankomme und griff die Deutsche Telekom AG an, die das Land vernachlässige. Kritisch äußerte sich die AfD darüber, dass die Digitalisierung nicht zum Kontrollinstrument der Konzerne und des Staates werden dürfe. Kristen Tackmann (Die Linke) befürchtete, dass nur landwirtschaftsfremde Investoren in der Lage seien, die erforderlichen Ausgaben zu stemmen. Harald Ebener (Bündnis 90/Die Grünen) sah eine Zunahme der Marktmacht in den Händen weniger Unternehmen, die zu Problemen führen werde. Der Antrag wurde in den Landwirtschaftsausschuss überwiesen. eis

Kritik an Tiertransporten

LANDWIRTSCHAFT Unwürdige Lebewesen-transporte sollen gestoppt werden. Das fordert die FDP in einem Antrag (19/435), der am Donnerstag zusammen mit einem Antrag der Grünen (19/448) erstmals beraten wurde. Die FDP will erreichen, dass die EU-Verordnung Nr. 1/2005 zum Tierschutzrecht bis zum endgültigen Beförderungsort eingehalten werden muss, vor allem dann, wenn sich dieser außerhalb der EU befindet. Karlheinz Busen (FDP) beklagte die Zustände an den EU-Außengrenzen. Transporte, die keine Standards einhalten, sollen nicht mehr genehmigt werden. Auch Alois Gerig (CDU) konstatierte Missstände. „Wenn der Tierschutz bei Transporten nicht wirksam kontrolliert wird, muss der Transport in Drittstaaten ausgesetzt werden.“ Dies forderte auch Susanne Mittag (SPD), weil die Schlachtung außerhalb der EU oft ohne jede Betäubung erfolge.

Thomas Ehrhorn (AfD) stellt fest, dass die Bestimmungen nicht an den Grenzen enden, sondern bis zum Zielort gültig seien. Dass Nutztiere überhaupt weit transportiert werden, monierte Kirsten Tackmann (Die Linke). Der regionalen Schlachtung und Vermarktung müsse der Vorzug vor dem Export gegeben werden. Friedrich Ostendorf forderte für die Grünen neben einem Moratorium, die Dauer bei Transporten ins Ausland auf acht Stunden zu begrenzen.

Beide Anträge konnten nicht an den Agrarausschuss überwiesen werden. Nach einem Hammelsprung hob Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau die Sitzung mangels Beschlussfähigkeit auf. eis

Mit dem Ziel vor Augen

KLIMASCHUTZ Über die Bedeutung sind sich die Fraktionen einig. Über den Weg zum Erfolg streiten sie

Für die Grünen ist es die Ankündigung einer Kapitulation: Die in den Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte Abkehr von den Klimaschutzzielen bis zum Jahr 2020. „Mit dem, was Union und SPD in Sachen Klimaschutz bisher getan haben und noch tun wollen, werden sie der Größe der Aufgabe nicht gerecht“, kritisierte die Grünen-Abgeordnete Lisa Badum vergangenen Donnerstag. Sie begründete damit auch einen Antrag ihrer Fraktion (19/449), Klimaschutzzusagen einzuhalten und an den Zielen für 2020 festzuhalten.

Der Klimawandel werde massive Auswirkungen auf Deutschland haben, sagte Badum. „Wir können es uns schlicht und einfach nicht leisten, ein weiteres Jahr zu verlieren.“ Union und SPD indes schafften eher neue Probleme, als in Innovationen zu investieren, bemängelte die Abgeordnete unter Verweis auf das Festhalten am Kohleabbau. Badum forderte für ihre Fraktion, mehr für Energieeffizienz und -ein-

sparungen zu tun sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz so zu reformieren, dass Deckelungen beim Ökostrom wegfallen. In diese Richtung zielt ein zweiter Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/450), in dem es um den Ausbau der Windenergie und Ausschreibungsmodalitäten dabei geht.

Für die Fraktion Die Linke bekräftigte Lo-

renz Gösta Beutin, Union und SPD knickten vor der Industriobby ein. Dabei brauche es dringend ein Klimaschutzgesetz, das auch soziale Gerechtigkeit berücksichtige. Der Abgeordnete Thomas Bareiß (CDU) konkretisierte, Deutschland sei beim Ausbau der erneuerbaren Energien Weltmeister. Aus dem Sondierungspapier sollten Eckpunkte erwachsen für eine Energiepolitik aus ei-

nem Guss, wie sie die Bundesregierung in den vergangenen Jahren verfolgt habe. Es gehe dabei auch um Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Für die SPD-Fraktion erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, beim Klimaschutz seien nicht nur die Energiewirtschaft, sondern etwa auch das Verkehrswesen, die Gebäudewirtschaft und die Landwirtschaft gefordert. Um Ziele einzuhalten, sei ein konzentriertes Vorgehen nötig – und die Menschen müssten dabei mitgenommen werden. Genaue Ausschreibungsmengen etwa für Windenergie müssten Gegenstand von Gesprächen zur Regierungsbildung sein.

Der AfD-Abgeordnete Rainer Kraft kritisierte, die Kosten der Energiewende verteuere die Produktion. Er plädierte dafür, auf Kernkraft zu vertrauen. Die FDP-Abgeordnete Sandra Weeser wiederum erklärte, ein beschleunigter Windkraftausbau nutze dem Klimaschutz nicht, sondern verteuere ihn nur. Nötig seien Investitionen in Forschung und Technik sowie ein international ausgehandelter Preis für Kohlendioxid. Der Antrag zu den Klimaschutzzielen wurde gegen die Stimmen von Grünen und Linken zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss überwiesen: der zweite Antrag in den Wirtschaftsausschuss. pez

Reiche sollen zahlen

FINANZEN Linksfraktion fordert Millionärsteuer

Die Vermögensteuer soll als Millionärsteuer wieder eingeführt werden. Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung in einem Antrag (19/94) zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs auf. Der Antrag wurde am vergangenen Donnerstag im Bundestag erstmals beraten und an den zuständigen Finanzausschuss überwiesen.

Steuerfreibeträge Der Antrag der Linksfraktion sieht vor, dass Vermögen (private Geldvermögen und Verkehrswerte der privaten Immobilien- und Sachvermögen) zum Stichtag 31. Dezember 2016 festzustellen. Private Verbindlichkeiten sollen abgezogen werden können. Das so ermittelte Nettovermögen einer Person solle bis zu einem Betrag von einer Million Euro steuerfrei bleiben. Für betriebsnotwendiges Sachvermögen soll es nach Abzug von Verbindlichkeiten einen erhöhten Freibetrag von fünf Millionen Euro geben. „Das oberhalb des jeweiligen Freibetrags von einer Million bzw. fünf Millionen Euro liegende Nettovermögen wird mit einem Steuersatz von fünf Prozent besteuert“, fordert die Fraktion Die Linke. Zur Begründung wird ausgeführt, in keinem Land Europas, ausgenommen Österreich, sei der Reichtum so ungleich verteilt wie in Deutschland. Nach Schätzungen des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung würden die 400.000 vermögendsten Haushalte (ein Prozent aller Haushalte) mit rund 2,7 Billionen Euro über etwa ein Drittel des gesamten Nettovermögens verfügen. Demgegenüber habe die ärmere Hälfte aller Haushalte lediglich einen Anteil von 2,6 Prozent am gesamten Nettovermögen.

Die Ungleichheit der Vermögensverteilung nehme zu, wird von der Linksfraktion kritisiert. „Zur wachsenden Ungleichverteilung des Vermögens hat auch die steuerliche Privilegierung von Vermögen, nicht zuletzt durch die Aussetzung der Vermögenssteuer seit 1997, beigetragen“, erinnert die Fraktion. Kaum ein Land erziele bei den vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Vermögen-, Erbschaft-, Schenkung- sowie Vermögensverkehrssteuern) so geringe Einnahmen wie Deutschland. „Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer ist daher überfällig. Gezielt ausgestaltet als Millionärsteuer im Sinne einer ausschließlichen Besteuerung der vermögendsten ein bis zwei Prozent der Bevölkerung, wirkt sie der steigenden Vermögenskonzentration entgegen. Zugleich werden damit hohe Mehreinnahmen für die öffentliche Hand erschlossen“, begründet die Linksfraktion ihren Vorstoß. hle



Baustein der Energiewende: Windpark an Land

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ RESENZIERT

Andreas Kappeler

Andreas Kappeler:

**UNGLEICHE BRÜDER
RUSSEN UND
UKRAINER**
VOM MITTELALTER BIS
ZUR GEGENWART



Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart.

C.H. Beck, München 2017; 267 S., 16,95 €

„Wir sind ein Volk!“ Diesen Satz hörte man von Russlands Präsident Wladimir Putin des Öfteren in Bezug auf die Ukraine. Es hieß, er respektiere und liebe die ukrainische Kultur und Sprache, „die wundervollen Eigenschaften, die die Identität der ukrainischen Nation ausmachen“. Zugleich sei die Ukraine Teil „unserer großen russischen Welt“. Warum die Mehrheit der Ukrainer eine andere Meinung vertritt als der Präsident des „großen Brudervolkes“, erklärt der Wiener Historiker Andreas Kappeler in seinem informativen und gut lesbaren Buch. Er präsentiert die tausendjährige Geschichte der beiden slawischen Völker in komprimierter Form: Von den Kiewer Rus bis zum aktuellen russisch-ukrainischen Konflikt nach der Krim-Annexion von 2014 und dem Krieg in der Ostukraine. Kappeler beschreibt die historischen und kulturellen Prozesse, die zur Herausbildung der ukrainischen Nation führten. Moskau reagierte darauf mit einem harten imperialen Nationalismus, um die Entstehung einer unabhängigen Kultur der „Malorossen“, der „Kleinrussen“, zu verhindern. Ohne Erfolg: Das offizielle Kiew bewertet die Koexistenz der beiden Nachbarvölker zu Sowjetzeiten als Unterdrückung und „Okkupation“. Das „Bewusstsein, als Nation Opfer des Sowjetkommunismus zu sein, ist heute ein wichtiges Element des ukrainischen Nationalbewusstseins“, betont Kappeler. Daher ist es nicht überraschend, dass die Bewertung der Hungersnot von 1932/33, die etwa 3,5 Millionen ukrainische Bauern im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft das Leben kostete, zu den wichtigsten Kontroversen im Rahmen des russisch-ukrainischen Historikerstreits gehört. Einen „Holodomor“ (menschgemachte Hungersnot) wollte Russlands Präsident Dmitri Medwedew nicht anerkennen. Kappeler wirft dem Westen vor, die Ukraine nur als Anhängsel Russlands wahrzunehmen. Erst nach dem Zerfall der UdSSR und der beiden Revolutionen von 2004 und 2013/14 habe sich die Ukraine in Europa zurückgemeldet. Hier sollte sie in Zukunft einen festen Platz einnehmen. manu |

LUKE HARDING

Luke Harding:



Verrat. Geheime Treffen, schmutziges Geld und wie Russland Trump ins Weiße Haus brachte. Siedler Verlag, München 2017; 360 S., 22 €

Kaum eine Pressekonferenz in Washington und Moskau vereingt derzeit ohne Fragen zur angeblichen Beeinflussung der US-Präsidentenwahl durch die russischen Geheimdienste. Dabei sollen Hackerangriffe, geheime Vereinbarungen und Bestechungen eine Rolle gespielt haben. Der Kreml und das Weiße Haus bezeichnen die Vorwürfe als „Verschwörung gegen den rechtmäßig gewählten“ Präsidenten Donald Trump. Gleichzeitig suchen die Gesetzgeber in den USA nach Antworten auf die seit der Watergate-Affäre legendäre Frage: „Was wusste der Präsident und seit wann?“ Dieser und anderen Fragen geht der „Guardian“-Journalist Luke Harding in seinem Enthüllungsbuch „Verrat“ nach. Schnell erreichte „Russia Gate“ die „Flughöhe“ der Watergate-Affäre und wurde zu einer schweren Belastung für das Weiße Haus. Nach nur 24 Tagen Amtszeit musste Trumps Sicherheitsberater Michael Flynn seinen Hut nehmen. Auf ihn folgte der einflussreiche Wahlkampfmanager Paul Manafort. Beiden Trump-Vertrauten werden irreguläre Kontakte zu ausländischen Mächten vorgeworfen – insbesondere zu Russland und der Ukraine. Manafort soll sogar der Kopf der mutmaßlich „umfassenden Verschwörung“ zwischen Trumps Wahlkampfteam und Moskau gewesen sein. In seinen ersten Reaktionen sprach der US-Präsident zwar von „Fake-News“ und Erfindungen der „Gossenzeitung“ („New York Times“). Doch ungeachtet seiner Medienschelte befindet sich Trump in der Defensive. Ausgelöst wurde „Russia Gate“ durch den ehemaligen britischen Geheimdienstler Christopher Steele: Dessen Unternehmen hatte den brisanten Auftrag bekommen, die Beziehungen des Kremels zu Donald Trump aufzudecken. Dazu fertigte er zwischen Juni und Dezember 2016 ein 35-Seiten langes Dossier an. Harding ließ sich davon zu seinem empfehlenswerten Buch inspirieren. Trotz einiger Fehler und nicht bestätigten Gerüchten enthält es eine Fülle wichtiger Informationen und Indizien über die Kontakte zwischen Trumps Leuten und den russischen Behörden. manu |

Die Berlinale wird vom 15. bis 25. Februar wieder Treffpunkt der internationalen Filmwelt. Der Direktor des Festivals, der seit 2001 im Amt ist und dessen Vertrag am 31. Mai 2019 endet, empfängt die Interviewerin mit den Worten „Reden wir über die Berlinale 2022“.

Herr Kosslick, wo findet die Berlinale 2022 denn statt?

Der Mietvertrag für den Berlinale-Palast läuft vorerst bis 2022. Ob das Festival dann in ein Filmhaus umziehen wird, das auf dem Parkplatz des Martin-Gropius-Baus errichtet werden könnte, muss von der neuen Bundesregierung entschieden werden. Die Parameter dafür sind geklärt. Das Grundstück gehört dem Bund.

Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) und viele Institutionen und Persönlichkeiten der deutschen Filmbranche haben Sie im Dezember gegen die Vorwürfe von Journalisten verteidigt, die eine Petition von Regisseuren zum Verfahren zur Suche nach einem Berlinale-Leiter ab 2019 instrumentalisiert hatten, um die Berlinale zu kritisieren. Dachten Sie in diesen Tagen an Rückzug?

Das war schon frustrierend, obwohl sich viele Regisseure in persönlichen Briefen und öffentlich von dieser Einvernahme distanzieren haben. Ich will keinem Journalisten vorschreiben, was er denkt und schreibt. Mit Kritik kann ich leben. Aber warum wurden tagelang viele Seiten gefüllt, wenn 24 Stunden nach der Veröffentlichung des Artikels auf „Spiegel-Online“ klar war, dass hier die Forderung der Regisseure gar nicht an mich adressiert war? Ich kann mich da nicht des Eindrucks erwehren, dass die, die diese Debatte angestoßen hatten, ganz andere Interessen verfolgen. Das Traurige ist dabei nur, dass die Diskussion weltweit für Schlagzeilen sorgte und es schwer ist, diese Art von Berichten wieder zurechtzurücken.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehörte Philipp Gröning, dessen Film „Mein Bruder Robert ist ein Idiot“ im Wettbewerb läuft, aber nicht Tom Tykwer, dem vorgeworfen wurde zu kniefen. Weil Sie ihn als Jury-Präsident gewinnen wollten?

Tom Tykwer hat ja öffentlich erklärt, warum er nicht unterschrieben hat. Ihm bin ich seit Jahrzehnten freundschaftlich verbunden. Sein erster englischsprachiger Film „Heaven“ lief in meinem ersten Berlinale-Amts-Jahr im Wettbewerb. Ich schätze seine Arbeit und wollte ihn schon lange als Jurypräsident gewinnen.

Das deutsche Kino ist neben dem mit Spannung erwarteten Film von Philipp Gröning mit Christian Petzolds Verfilmung von Anna Seghers „Transit“, Thomas Stuber „In den Gängen“ und Emily Atefs Romy-Schneider Biopic „Drei Tage in Quiberon“ gut vertreten. Mir fällt mit Ausnahme von „Das Leben der Anderen“ auch kein Titel aus den vergangenen Jahren ein, der von der Berlinale übersehen wurde.

In meinen 17 Jahren haben deutsche Filme, Schauspieler und Schauspielerinnen ein Dutzend Silberne Bären gewonnen. Dazu kommen drei Goldene Bären: für Fatih Akins „Gegen die Wand“ und die Koproduktionen „Grbavica“ und „Bal“. Insgesamt wurden rund 30 deutsche Filme oder Koproduktionen in dieser Zeit mit Bärenpreisen ausgezeichnet. Die Berlinale zeigt jedes Jahr 60 bis 70 deutsche Filme in allen Sektionen. Ich freue mich auch, dass Wes Andersons Weltpremiere das Festival mit „Isle of Dogs“ eröffnet. Der Film ist vom Studio Babelsberg koproduziert worden.

»Kampf um Einflussphären«

KULTURAUSSCHUSS Streift um möglichen Vorsitz der AfD im Bundestagsgremium

Der Deutsche Kulturrat hat seine Forderung, einen möglichen Vorsitz der AfD im Kulturausschuss des Bundestages zu verhindern, erneuert. Der Ausschuss habe sich seit seiner ersten Einsetzung im Jahr 1998 „besondere, auch internationale Anerkennung in der Auseinandersetzung mit der deutschen Erinnerungskultur erworben“, sagte der Geschäftsführer des Kulturrates, Olaf Zimmermann, in der vergangenen Woche. „Es wäre ein fatales Signal, wenn der Vorsitz dieses sensiblen Ausschusses nun einem Abgeordneten einer Fraktion übertragen würde, die die bestehende Erinnerungskultur, speziell die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, in Frage stellt.“ Gemäß ihrer Stärke im Bundestag steht der AfD der Vorsitz in drei bis vier Ausschüssen zu. Die AfD liebäugelt offenbar nicht nur mit dem Vorsitz im Haushaltsausschuss, der traditionell der stärksten Oppositionsfraktion zusteht, sondern auch mit dem Vorsitz im Innen- und im Kulturausschuss. Als möglicher AfD-Kandidat für den Kulturausschuss-Vorsitz gilt der baden-württembergische Abgeordnete Marc Jungen. Die 23 ständigen Ausschüsse, deren Einsetzung der Bundestag in der vergange-



Dieter Kosslick leitet seit 2001 die Internationalen Filmfestspiele Berlin.

© picture-alliance/dpa

Hase und Igel

BERLINALE Direktor Dieter Kosslick im Interview über die Internationalen Filmfestspiele und ihre Zukunft

Ein Festival lebt auch vom Rummel, von den Stars am Roten Teppich. Kann ein Festivaldirektor es mit seinen Einladungen überhaupt allen recht machen?

Die Diskussion um Stars ist so alt wie die Berlinale und scheint für unsere Besucher zweitrangig. Nach einer „Forsa“-Umfrage aus dem vergangenen Jahr kommt nur ein Prozent der Zuschauer allein wegen des Blitzlichtgewitters zu den Vorstellungen. Wer von den beliebten Schauspielerinnen und Schauspielern seine Arbeit dort präsentiert, entscheidet sich durch die Auswahl der Filme. Stars sind die sichtbaren Künstler und Künstlerinnen der Filme und sie gehören auch zu einem A-Festival. Wobei ich schon darauf achte, dass die Berlinale ein ausgewogenes Verhältnis zwischen amerikanischen und Stars aus anderen Ländern hat.

Sind überhaupt genug Filme auf dem Markt, um die Wettbewerbe von 15 A-Festivals zu füllen?

Jedes Jahr werden vielleicht 40 bis 50 Filme gedreht, bei denen sich alle einigen können, dass sie unbedingt in die Wettbewerbe von A-Festivals gehören. Was es für alle Festivals schwierig macht, ein Programm mit 18 Topfilmen zu kuratieren. Einige Filme können wir nicht zeigen, weil der Verleih sie früher herausbringen will. Das Festival hat auch die Vorverlegung der Oscar-Verleihung geteilt. Wir haben wunderbare Entdeckungen wie „Boyhood“ oder „Grand Budapest Hotel“ gezeigt, die erst ein Jahr später bei den Oscars triumphierten. Und nicht zuletzt kommt es darauf an, was jeder unter einem herausragenden Film versteht. Man kann diese unterschiedlichen Filme eigentlich nicht

miteinander vergleichen, obwohl wir die Jury jedes Jahr dazu zwingen.

Sie haben in Ihrer Amtszeit viele neue Reihen aufgelegt, einige Kritiker beklagen die Unübersichtlichkeit und fordern eine Verschonung?

Dann sollten sie Vorschläge unterbreiten, wo wir streichen sollen. Beim Generation-Programm für 65.000 Kinder und Jugendliche? Das wird eine interessante Debatte, wie solch ein Festival gesellschaftlich verortet sein muss. Die Berlinale erhält jährlich über sieben Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt und Förderung aus Drittmitteln. Wir haben als Festival auch eine gesellschaftliche Verpflichtung.

Wobei für Sie stets im Zentrum stand, dem Steuerzahler ein interessan-

tes Angebot zu machen. Das bin ich dem Charakter des Festivals schuldig, in dessen DNA der enge Kontakt mit dem Zuschauer verankert ist. Die Berlinale hat durch die staatliche Unterstützung die künstlerische Freiheit, der Kunst Tribut zu zollen, sie kann mehrstündige philippinische Filme ebenso wie Newcomer in den Wettbewerbe einladen. Und das Publikum nimmt das Angebot gerne an. Der Zufriedenheitswert hat im Vergleich zu 2007 um 10 Prozent zugelegt. Die Zuschauer hätten die Berlinale sogar gerne noch ein bisschen größer.

Um dies auch logistisch zu bewältigen, haben Sie Monika Grütters die Splitting der Verantwortung für den künstlerischen und den geschäftlichen Bereich vorgeschlagen?

Der Wettbewerb um die besten Filme wird sich durch die Streamingdienste und andere Arten der Distribution weiter verschärfen. Andere Festivals haben die Funktionen getrennt. Thierry Fremaux aus Cannes, Alberto Barbera aus Venedig und ich liefern uns oft ein Wettrennen wie Hase und Igel bei den Auswahlreihen. Der Unterschied ist nur, dass sie rund um die Uhr als künstlerische Direktoren um die Welt flitzen und die Filmemacher treffen können. Der Direktor der Berlinale hat zusätzlich viele administrative und budgetäre Verantwortungen für eine Institution, bei der zum Festival 1700 Personen arbeiten. Von der sollte die künstlerische Leitung befreit werden. In Ländern wie Frankreich ist es zudem normal, dass es auch noch einen Präsidenten oder eine Präsidentin gibt. Diese Tradition kennt Deutschland nicht.

Welche inhaltlichen Vorstellungen haben Sie in die Diskussion eingebracht?

Meinen Masterplan, den ich beim Amtsantritt hatte, habe ich erfüllt. Jedes Jahr wurde eine neue Initiative, von der Perspektive Deutsches Kino bis zu den Berlinale Series gestartet. Die Berlinale ist ein Full-Service-Festival geworden. Jeder kann hier seine Filme vorstellen, seine Kunst im Forum Expanded präsentieren und seine Geschäfte im Markt machen. Es ist gelungen, junge Leute anzuziehen. Zehn Prozent unserer Filme kommen heute von ehemaligen Teilnehmern unserer Initiative Berlinale Talents. Und mit dem World Cinema Fund wurden 88 Filme unterstützt, einige hatten wir im Programm. Und nicht zuletzt wurde unser European Film Market (EFM) neu konzipiert.

Ist der EFM als Handelsplatz heute das zweite Herzstück der Berlinale?

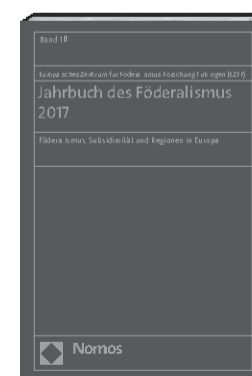
Heute wird hier alles gehandelt, von Drehbüchern, Fernseh- und Buchrechten bis zu Filmen in allen Phasen des Herstellungsprozesses. Der EFM informiert zudem über die Entwicklungen der globalen Filmwirtschaft und ist einer der bedeutendsten Branchentreffs. Nach einer kleinen Delle vor circa sechs Jahren auf Grund der ökonomischen Turbulenzen ist der Markt heute in Top-Form. Neben dem Martin Gropius Bau mieten wir das halbe Marriott-Hotel für Marktteilnehmer und -Teilnehmerinnen an. Wir haben den Markt auch für Serien geöffnet. Diesen Zweig wollen wir in diesem Jahr an unseren früheren Standpunkt am Zoo-Palast konzentrieren. Aber das Kino bleibt das Kerngeschäft. Das offizielle Programm zeigt nur Filme, die einen Kinostart haben sollen. Gus van Sants „Don't Worry, He Won't Get Far on Foot“ beispielsweise ist zwar eine Amazon-Produktion, aber für eine Kinoauswertung vorgesehen.

Das Interview führte Katharina Dockhorn. |

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

Anzeige

Das Kompendium zum Föderalismus



Jahrbuch des Föderalismus 2017

Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa
Herausgegeben vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)
2017, 582 S., geb., 124,- €
ISBN 978-3-8487-4574-6
eISBN 978-3-8452-8825-3
(Jahrbuch des Föderalismus, Bd. 18)
nomos-shop.de/30876

Das **Jahrbuch des Föderalismus** ist als breit angelegtes Kompendium konzipiert, das den Leserinnen und Lesern einen aktuellen Überblick über verschiedene Aspekte föderaler und regionaler Struktur und Politik bietet. Es versammelt insgesamt 40 Beiträge, zum Beispiel zum Schwerpunktthema „Reform der Finanzbeziehungen im deutschen Bundesstaat“ und zu aktuellen Themen der Föderalismusforschung (Digitalisierung, Innere Sicherheit, Migration, Bildungsföderalismus). Europäische und außereuropäische Länderberichte sowie Beiträge zur regionalen und kommunalen Kooperation sowie zur europäischen Integration arrondieren das Jahrbuch.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Die Gewinner stehen fest

RÄTSEL Aus den vielen Postkarten und E-Mails zu unserem Weihnachtsrätsel haben wir die Gewinner gezogen. Den Hauptpreis, eine Reise nach Berlin für zwei Personen inklusive Besuch des Bundestages, hat gewonnen:

Gertrud Krämer aus Leverkusen

Über den Bildband „Innenansichten unseres Parlaments“ und die DVD „Das Herz der Demokratie“ können sich freuen:

- Sascha Brinkmann aus Velbert
- Udo Ehmke aus Rethwisch
- Claus Hörmann aus Neustadt
- Dieter Holler aus Michelstadt
- Thomas Kellner aus Leipzig
- Katja Ruge aus Braunschweig
- Felix Schertel aus Münster-Sarmsheim
- Günther Schmid aus München
- Lotte Schmid aus Freudenstadt
- Siegfried Schmidt aus Sarstedt

Die richtigen Antworten lauten

- 1) Auf 41 Millionen Haushalte kommen 46 Millionen Pkw.
- 2) Die „Große Emma“ ist ein Pilotprojekt des Ostdeutschen Sparkassenverbands, durch das die Schließung von Zweigstellen kompensiert werden soll.
- 3) Die Süddeutsche Zeitung bekam die Paradise Papers zugespielt.
- 4) Dirk Spaniel studierte in Lansing, Michigan.
- 5) Deutschlands erste Bahnstrecke ging am 7. Dezember 1835 in Betrieb.
- 6) Der Lkw-Anteil beträgt mehr als 70 Prozent an der Verkehrsleistung.
- 7) Anfang 2017 gab es 1,7 Millionen Caring-Teilnehmer.
- 8) Frank Richter leitete die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- 9) Die erste Runde der tschechischen Präsidentschaftswahl war am 12. und 13. Januar.
- 10) Michael Kretschmer ist Ministerpräsident des Landes Sachsen. DP

VOR 15 JAHREN...

Jüdisches Leben fördern

27.1.2003: Staatsvertrag mit Zentralrat der Juden. Paul Spiegel sprach von einem „historischen Moment“, Gerhard Schröder (SPD) von einem „Zeichen des Vertrauens der jüdischen Gemeinschaft in unsere Gesellschaft“. Fast 60 Jahre nach dem Ende des Nazi-Regimes unterzeichneten der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Bundeskanzler am 27. Januar 2003 den ers-



Kanzler Gerhard Schröder (re.) und Paul Spiegel nach der Unterzeichnung 2003

ten Staatsvertrag zwischen Zentralrat und Bundesrepublik. Knapp sechs Monate später ratifizierte ihn der Bundestag einstimmig. Dass die Unterzeichnung genau am Holocaust-Gedenktag stattfand, symbolisierte, „dass die offene Wunde der Vernichtung durch das Engagement von Millionen Menschen in Deutschland (...) überbrückt wird“, sagte Spiegel. In dem Staatsvertrag verpflichtete sich die Bundesregierung zur „Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes“. Im Jahr 2003 gab es in Deutschland 83 jüdische Gemeinden mit mehr als 100.000 Mitgliedern. Dabei hätte „niemand, wahrlich niemand, 1945 geglaubt, dass es in Deutschland je wieder jüdisches Leben geben könnte“, sagte Spiegel damals. „Heute sind wir sogar versucht, von einer bevorstehenden Renaissance des Judentums in Deutschland zu sprechen.“ Dass die jüdische Gemeinschaft wieder gewachsen war, hing vor allem mit dem Zuzug von Juden aus den ehemaligen Sowjetstaaten zusammen. Um ihre Integration zu fördern, wurden die Mittel für den Zentralrat von einer auf drei Millionen Euro angehoben. Zudem mussten Rabbiner ausgebildet werden: Damals gab es nur 30 jüdische Geistliche in ganz Deutschland, Ende 2016 waren es 71. Benjamin Stahl



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: STAATSAKT ZU EHREN VON PHILIPP JENNINGER



Trauerakt zu Ehren von Philipp Jenninger im Plenarsaal. Jenninger wurde 1984 zum Parlamentspräsidenten gewählt (kleines Foto).

© Deutscher Bundestag/Achim Melde/picture-alliance/dpa

»Sein Rücktritt war ein politisches Drama«

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat den früheren Parlamentspräsidenten Philipp Jenninger (beide CDU) als Wegbereiter von Reformen und strikten Gegner autoritärer Herrschaft gewürdigt. „Er betrachtete es als Ehre, für den demokratischen Rechtsstaat zu arbeiten“, sagte Schäuble bei einem Staatsakt am vergangenen Donnerstag im Bundestag. Jenninger war am 4. Januar im Alter von 85 Jahren gestorben. Von 1969 bis 1990 war er Mitglied des Bundestages und von 1984 bis 1988 dessen Präsident. 1990 verließ der praktizierende Katholik den Bundestag und war bis 1997 Botschafter in Wien sowie beim Heiligen Stuhl. Das Land verliere mit ihm einen verdienten Repräsentanten, sagte Schäuble, und „ich selbst einen langjährigen Wegbegleiter, dem ich politisch eng verbunden war und den ich als Mensch sehr geschätzt habe“. Der emeritierte Kurienkardinal Walter Kasper, der mit Jenninger seit Jugendtagen befreundet war, nannte ihn „einen Demokra-

ten aus christlicher Grundüberzeugung“ und einen „konservativen Idealisten“. Der promovierte Jurist Jenninger war zunächst in der Wehrbereichsverwaltung tätig und wechselte 1963 ins Bundesverteidigungsministerium. Von 1964 bis 1969 stand er den Bundesministern Heinrich Krone (CDU) und Franz-Josef Strauß (CSU) als Kabinettsreferent zur Seite. Als 37-Jähriger wurde Jenninger 1969 in den Bundestag gewählt und rückte schon vier Jahre später zum parlamentarischen Geschäftsführer seiner Fraktion auf. 1982 berief ihn Helmut Kohl (CDU) zum Staatsminister im Bundeskanzleramt. Als Verantwortlicher für die Deutschlandpolitik war er wesentlich an den Verhandlungen über den sogenannten Milliardenkredit an die DDR beteiligt. Im November 1984, nach dem Rücktritt Rainer Barzels (CDU), wurde er Bundestagspräsident. „Macht war für ihn kein Selbstzweck“, betonte Schäuble. Das Vertrauen in ihn sei dank seiner überparteilichen

Amtsführung weiter gewachsen. Arbeitsbedingungen und Effizienz des Bundestages seien unter Jenninger verbessert, die Rolle des Souveräns gestärkt worden. Einer Vertrauenskrise in die Politik habe er schon damals entgegenwirken wollen. Jenningers Rücktritt nach einer missverständlich vorgetragenen Rede zum 50. Jahrestag der Pogromnacht am 10. November 1988 bezeichnete Schäuble als ein „politisches Drama“. Das geschriebene Wort und die Wirkung des gesprochenen Wortes seien auseinandergefallen. „Jenninger wollte viel, vielleicht wollte er für diesen Anlass zu viel“, sagte Schäuble. Ein politisches Leben, immer respektiert und integer, sei durch das Missverständnis einer Stunde verletzt worden, resümierte der Bundestagspräsident. Kardinal Kasper sprach von einer „inhaltlich großen Rede“ Jenningers. Sie sei eine Zumutung gewesen, sagte er. Sie habe den Mut gehabt Lebenslügen zu zerstören. „So etwas hört man ja nicht gern.“ bmh / eb

LESERPOST

Zur Ausgabe 2-3 vom 8. Januar 2018, Themenschwerpunkt „Die 68er“: Die Bewertung der „68er-Zeit“ zwischen 1966 und Ende 1969 ergibt kein einheitliches Bild, jedes Urteil über diese Zeit ist anfechtbar. Die Außerparlamentarische Opposition (APO) war eine Protestbewegung, die aufgelockert und aufgeflammt ist, die aber selbst keine Tradition gebildet hat. Also keine Tradition im Sinne von Demokratie, von Kultur oder einer dauerhaften politischen Bewegung, die eine alternative Gesellschaft hervorbringt, so wie es der Kern der APO überwiegend in Anspruch nehmen wollte. Die APO hat zwar eine Menge berührt und es ist ein entscheidender Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte, aber politisch hat sie wenig im Staat bewirkt. Die besondere Bedeutung der APO liegt darin, dass sie deutlich gemacht hat, dass

die traditionelle Gesellschaft beendet war. Und darin, dass sie selbst nach einem neuen Motto lebte: „Das Leben heißt, das Leben genießen und die Unmittelbarkeit ist entscheidend“. In einer wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungsphase hat sie das Wissen darum festgelegt, dass Gesellschaft ohne reale Alternativen in ihrer Mitte nicht lebenswert ist. Heute, insbesondere nach den Umbrüchen des Jahres 1989, verblasst das Symboljahr „1968“ und das Symbol der APO zusehends, zumal keine Veränderungen der politischen Machtstrukturen sichtbar sind. Aber dass die APO und „1968“ zum Mythos wurden, ist vielleicht der Beweis dafür, dass diese Protestbewegung doch nachhaltige Wirkungen auf die Zivilgesellschaft der alten Bundesrepublik hatte und so etwa bis noch vor einigen Jahren alle Attacken der Rechtspopulisten abwehren konnte. Heute

entwickelt sich – nicht nur in Deutschland – ein rechter, konservativer Zeitgeist. 1968 ist Geschichte. Eine Geschichte, die auf den Lebensweg der damaligen und der folgenden Generation einwirkt. Hans-Dieter Seul
Berlin

Zur Ausgabe 2-3 vom 8. Januar 2018, „Proteste gegen den Protest“ auf Seite 9: In der Ausgabe zum Thema 1968 dominiert auf den Seiten 1 bis 8 gemäß heute nach links gerücktem Mainstream die naive Sicht auf die 1968er Revolution: Sie sei zwar Anti-Law-and-Order, aber eine „demokratische“ Auflockerung. Die Seite 7 über blutige Gewalt öffnet die Augen. Die Seiten 9 bis 12 sind sachlicher. Danke für den Bericht „Proteste“ über einen der DDR entronnenen Professor, der

unter 68er-Methoden litt. Werden solche Professoren im Untertitel mit den Begriffen „Reaktionen“ und „Standesinteressen“ etwa als Standesegoisten diffamiert? Der 1968er „Protest“ war ein der DDR insgeheim willkommenes Umsturzversuch. Der demokratische Rechtsstaat sollte von der DDR, dem Idol der 1968er Wortführer, vereinnahmt werden. Als junger Dozent und Professor seit 1966 war ich ein parteiloser liberaler Reformwilliger in der jungen Pädagogischen Hochschule Siegen. Mit Hilfe mutiger studentischer Selbstdenker, glaube ich, einen wesentlichen Beitrag geleistet zu haben gegen einen starken Linksruck Sieger PH-Studenten im Dunstkreis des benachbarten Marburger Chef-Kommunisten Wolfgang Abendroth. Wolfgang Hinrichs
Siegen

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. Februar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 29.01–2.2.2018

Familiennachzug (Do)
Jahreswirtschaftbericht 2018 (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Norbert Königshofen Bundestagsabgeordneter 1994-2009, CDU

Norbert Königshofen begeht am 25. Januar seinen 75. Geburtstag. Der Studiendirektor aus Essen trat 1961 der CDU bei, war von 1983 bis 2003 Kreisvorsitzender sowie von 1975 bis 1994 Ratsherr in Essen. Königshofen engagierte sich im Verkehrsausschuss sowie im Haushaltsausschuss.

>C.-D. Freiherr von Hammerstein Bundestagsabgeordneter 1984-1987, 1990-2002, CDU

Am 26. Januar wird Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein 80 Jahre alt. Der Land- und Forstwirt aus Gylhum-Bockel im Kreis Rotenburg schloss sich 1975 den Christdemokraten an und war von 1972 bis 1992 dort Gemeinderat. Hammerstein arbeitete im Haushalts- sowie im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Hans Modrow Bundestagsabgeordneter 1990-1994, PDS

Am 27. Januar vollendet Hans Modrow sein 90. Lebensjahr. Der Journalist aus amtierende von 1973 bis 1989 als Erster Sekretär der SED-Betriebsleitung Dresden. 1989/80 war er Ministerpräsident der DDR. Modrow gehörte dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Wolfgang Spanier Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD

Am 30. Januar wird Wolfgang Spanier 75 Jahre alt. Der Oberstudiendirektor aus Herford wurde 1975 SPD-Mitglied und war dort von 1984 bis 1994 Ratsherr. Der Direktkandidat des Wahlkreises Herford-Minden-Lübbecke II wirkte unter anderem im Verkehrsausschuss mit.

>Editha Limbach Bundestagsabgeordnete 1987-1998, CDU

Am 1. Februar begeht Editha Limbach ihren 85. Geburtstag. Die Journalistin aus Bonn trat 1960 den Christdemokraten bei und gehörte von 1975 bis 1990 dem dortigen Stadtrat an. Im Bundestag engagierte sie sich unter anderem im Gesundheitsausschuss.

>Lothar Witek Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1984-1987, SPD

Am 2. Februar vollendet Lothar Witek sein 85. Lebensjahr. Der Verwaltungsbeamte aus Mönchengladbach, Mitglied der Sozialdemokraten seit 1963, war Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Witek engagierte sich im Innenausschuss sowie im Familienausschuss.

>Martin Hohmann Bundestagsabgeordneter 1998-2005, CDU/fraktionslos, seit 2017 AfD

Am 4. Februar wird Martin Hohmann 70 Jahre alt. Der Kriminaloberrat aus Neuhof bei Fulda gehörte von 1980 bis 2004 der CDU an. 2016 trat er der AfD bei. Der frühere Direktkandidat des Wahlkreises Fulda arbeitete bisher unter anderem im Innenausschuss mit.

>Ernst Hinsken Bundestagsabgeordneter 1980-2013, CSU

Am 5. Februar wird Ernst Hinsken 75 Jahre alt. Der Bäckermeister und Konditor aus Haibach/Kreis Straubing-Bogen trat 1967 der CSU bei, hatte viele Jahre Führungsämter auf Kreis- und Bezirksebene inne und gehörte er von 1995 bis 2011 dem CSU-Landesvorstand an. 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister und danach bis 2005 Vorsitzender des Tourismusausschusses.

>Wilhelm Peter Stommel Bundestagsabgeordneter 1976-1980, 1985-1987, CDU

Am 9. Februar begeht Wilhelm Peter Stommel seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Volkswirt aus Sankt Augustin trat 1965 der CDU bei. Von 1967 bis 1969 war er persönlicher Referent Ludwig Erhards. Stommel engagierte sich im Finanz- sowie im Wirtschaftsausschuss.

>Winfried Mante Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Am 11. Februar vollendet Winfried Mante sein 70. Lebensjahr. Der Diplom-Ingenieur aus Eisenhüttenstadt wurde 1990 SPD-Mitglied und Vorsitzender des Ortsvereins in seiner Heimatstadt. Mante wirkte unter anderem im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

>Rainer Eppelmann Bundestagsabgeordneter 1990-2005, CDU

Am 12. Februar wird Rainer Eppelmann 75 Jahre alt. Der evangelischer Pfarrer, 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs in der DDR, amtierte 1990 als DDR-Verteidigungsminister und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag hatte sich Eppelmann als Vorsitzender der Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR einen Namen gemacht. Er ist seit 1998 Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. bmh

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident

Unser Land verliert einen verdienten Repräsentanten



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Herr Bundespräsident, liebe Frau Jenninger, liebe Familienangehörige, Frau Bundeskanzlerin, Herr Präsident des Bundesrates, Herr Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Eminenz, Exzellenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir trauern um Philipp Jenninger. Er ist am 4. Januar im Alter von 85 Jahren verstorben.

Philipp Jenninger hat die Politik der Bundesrepublik Deutschland über viele Jahre mitgestaltet – als leidenschaftlicher Parlamentarier, in Regierungsverantwortung, als Präsident dieses Hauses. Unser Land verliert mit ihm einen verdienten Repräsentanten – ich

selbst einen langjährigen Wegbegleiter, dem ich politisch eng verbunden war. Und den ich als Mensch sehr geschätzt habe.

In die Politik fand Philipp Jenninger Ende der sechziger Jahre als persönlicher Mitarbeiter zweier Bundesminister – zuerst beim einstigen CDU-Mitbegründer und langjährigen Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone. Ab 1966 als politischer Referent bei Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß.

Politische Erfahrung sammelte Jenninger so in vorderster Reihe. Und er erwarb sich das Vertrauen beider. Sie blieben nicht die einzigen, die Jenningers Vertrauenswürdigkeit schätzten – und die von seinen Fähigkeiten profitierten.

Die Bonner Politik war ihm also vertraut, als er 1969 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde – im Alter von 37 Jahren, als direkt gewählter Abgeordneter in seinem schwäbischen Wahlkreis Crailsheim, später Schwäbisch Hall.

Seine Popularität in der Heimat hielt über die 21 Jahre, die er dem Deutschen Bundestag angehörte – und darüber hinaus. Das konnte ich am vergangenen Freitag bei Messe und Beisetzung in Ellwangen wieder spüren.

Philipp Jenningers parlamentarisches Wirken begann im Haushaltsausschuss – naheliegender nach seiner Zeit im Bundesfinanz-

ministerium.

Als Karl Carstens 1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion wurde, schlug er Philipp Jenninger als Parlamentarischen Geschäftsführer vor. Carstens kannte den Bonner Betrieb aus seiner Erfahrung als Staatsrechtslehrer, als Staatssekretär im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium, als Chef des Bundeskanzleramtes.

Im Parlament war er – wie ich – seit 1972, also damals Neuling.

Er brauchte Jenninger, der in der Fraktion allseits Vertrauen genoss.

Das war gefragt in den Jahren, in denen Helmut Kohl als Parteivorsitzender nach bitteren Auseinandersetzungen mit Franz Josef Strauß Kanzlerkandidat wurde.

Und nach der nur knapp nicht gewonnenen Wahl 1976 im Zeichen des CSU-Trennungsbeschlusses von Kreuth.

Es spricht für Philipp Jenninger, dass auch Kohl ihn als Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer vorschlug – und dass er über die Jahre bis 1982 in der Fraktion und danach im Kanzleramt engster Vertrauter von Kohl war und zugleich auch bei Franz Josef Strauß Persona grata blieb.

Jenninger hielt die Fäden in der Hand, er organisierte und koordinierte.

Eine Vertrauensposition – nicht

im Scheinwerferlicht, mit der Pflicht zu vermitteln und mit dem Recht einzugreifen, damit die Dinge nicht aus dem Ruder laufen.

Jenninger half mit Geschick, das Machtzentrum um Kohl zu festigen – ein politisches Lehrstück, das auch Jenningers Handschrift trug.

Der Kohl-Biograph Hans-Peter Schwarz schrieb über diese Zeit: Dass Helmut Kohl „in diesen kritischen Jahren“ nicht gescheitert ist, sei „in erster Linie“ Philipp Jenninger zu verdanken.

Das ist die Sicht des Historikers. Sie steht für sich.

Ich selbst kann bestätigen, dass Philipp Jenninger in der Fraktion eine unbestrittene Autorität war. Insbesondere ab 1980 erlebte ich ihn aus nächster Nähe. Ich profitierte von seiner politischen Erfahrung. Und lernte seine grundständige Art schätzen.

Als enger Vertrauter Helmut Kohls war es folgerichtig, dass Philipp Jenninger mit dem Regierungswechsel 1982 ins Kanzleramt wechselte: als Staatsminister.

Jenninger wollte gestalten.

Als Kind hatte er die Diktatur erlebt – und den Zweiten Weltkrieg.

Macht war für ihn kein Selbstzweck. Engagiert trat er für die Demokratie ein. Wollte seine Überzeugung teilen, andere dazu bringen, sich gleichfalls einzusetzen.

„Demokratie muss gelebt werden“, zitierte er gern Adenauer.

Unduldsam konnte Jenninger werden, wo er die Grenzen des Zulässigen überschritten sah. Berührungängste kannte er nicht – schon gar nicht, wenn es um die Verteidigung seiner Wertvorstellungen ging.

Und er betrachtete es als Ehre, für den demokratischen Rechtsstaat zu arbeiten, für „die freiheitlichste Republik, die es je auf deutschem Boden gab“. So sah er es. Und dafür trat er ein.

Im Kanzleramt war er für die deutsch-deutschen Beziehungen zuständig. Diese Besonderheit war der deutschen Teilung geschuldet. Die DDR war für die Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland – und umgekehrt akzeptierte die SED kein gesamtdeutsches oder innerdeutsches Ministerium in Bonn.

Nach den Auseinandersetzungen um die Ost- und Deutsch-

landpolitik in den siebziger Jahren und im Ringen um den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses war die Deutschlandpolitik in der Anfangsphase der Regierungszeit von Helmut Kohl eine besonders delikate Aufgabe.

Dafür war Philipp Jenninger der richtige Mann – auch wegen seiner Vertrauensbasis mit Franz-Josef Strauß.

Zusammen mit dem DDR-Unterhändler Alexander Schalck-Golodkowski vereinbarten sie den Milliarden-Kredit, mit dem das Eis gebrochen wurde.

Wirtschaftliche Leistungen gegen menschliche Erleichterungen war die Grundformel für unsere Politik in den achtziger Jahren. Solange Deutschland geteilt war, die Folgen für

die Menschen zu lindern, die Mauer wenigstens durchlässig zu machen, um so auch an der Einheit der Deutschen festzuhalten. Festigkeit in Grundsatzfragen und Bereitschaft zu pragmatischer Zusammenarbeit wann immer dies bei unterschiedlichen Grundsatzpositionen möglich war.

Für Philipp Jenninger war die deutsche Einheit nicht primär eine Frage der Grenzen, des Territoriums und der Bündnisse. In seinen Worten hieß das: „Sie ist fundamental eine Frage der Menschenrechte, der Freiheit, der Selbstbestimmung und des Friedens.“

Mit seiner Prinzipientreue und Verlässlichkeit gewann er schnell auch das Vertrauen seiner Gesprächspartner in Ost-Berlin.

Niemand ahnte damals, dass nicht einmal sieben Jahre später die Mauer verschwinden würde.

Aber selbst gegen Druck aus Moskau wurde eine Eiszeit in den deutsch-deutschen Beziehungen vermieden. Familienzusammenführung erleichtert, Selbstschussanlagen abgebaut, die Zahl der jährlichen Westreisen aus der DDR im Laufe der achtziger Jahre auf über sieben Millionen gesteigert, um nur einige Punkte zu nennen. Für all das hat Philipp Jenninger den Grund gelegt.

Nach dem Rücktritt von Rainer Barzel als Bundestagspräsident war der breite Wunsch in der CDU/CSU-Fraktion, dass Philipp Jenninger Bundestagspräsident

Macht war für ihn kein Selbstzweck. Engagiert trat er für die Demokratie ein.



Blick in den Plenarsaal des Deutschen Bundestages während des Staatsaktes zu Ehren des früheren Parlamentspräsidenten Philipp Jenninger (CDU)

werden sollte.

Leicht ist ihm der Abschied aus der unmittelbaren Regierungsverantwortung nicht gefallen. Aber sein Pflichtgefühl, seine Leidenschaft als Parlamentarier und eben das große Vertrauen weit über die eigene Fraktion hinaus, ließen ihn dem Ruf folgen.

Jenninger konnte im neuen Amt auf diesem Vertrauen aufbauen.

Mit großer Mehrheit wurde er gewählt. Und das Vertrauen wuchs dank seiner überparteilichen Amtsführung noch. Bei seiner Wiederwahl 1987 erhielt er noch weit mehr Stimmen.

Die Arbeit des Deutschen Bundestages lag ihm am Herzen. Er konnte an seine Zeit als Parlamentarischer Geschäftsführer anknüpfen. Jenninger wusste, wo er als Präsident gefragt war, brachte Sachkunde mit, Integrität und die Fähigkeit zu vermitteln.

Die Belange des Parlamentsbetriebes und der Mitarbeiter lagen bei ihm in guten Händen. In seiner Zeit wurden die Arbeitsbedingungen des Bundestages verbessert, die Effizienz der Parlamentsarbeit erhöht. Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung erinnern sich daran noch heute.

Bei den in seiner Amtszeit angestoßenen Reformen ging es um mehr Transparenz. Darum, die Rolle des Souveräns, die Rechte des Gesetzgebers zu stärken. Und auch darum, der „Vertrauenskrise“ entgegenzuwirken. Mit diesem Wort hatte schon Philipp Jenninger den Zustand der Politik beschrieben.

Von seinem Vorgänger hatte er den Vorsitz der ad-hoc-Kommission Parlamentsreform übernommen. Der Bundestag verdankt ihm und dieser Kommission eine Reihe von Vorschlägen. Sie zielten auf die Rechte der Abgeordneten gegenüber der Regierung, auf eine stärkere Lebendigkeit der Plenardebatten.

Jenninger konnte als Parlamentspräsident einige Veränderungen erreichen. Aber er hat mehr gewollt, als durchgesetzt werden konnte. Diese Erfahrung teilen auch seine Nachfolger.

Als Bundestagspräsident wirkte Jenninger nach innen und auch nach außen. Sein Interesse ging über den eigentlichen Parlamentsbetrieb hinaus, auch über die Bundesrepublik, über Deutschland und West-Europa.

Er öffnete Türen zu anderen Parlamenten – auch jenseits des Eisernen Vorhangs.

Er baute Parlamentskontakte nach Ost- und Mitteleuropa auf. Die westliche Sicherheitsallianz stand für Philipp Jenninger dabei

nie in Frage.

Und er engagierte sich mit Nachdruck für die europäische Idee: Bis 1990 stand er als Präsident der Europäischen Bewegung Deutschland vor – und blieb diesem bereits 1949 von Paul Löbe und Eugen Kogon gegründeten überparteilichen Zusammenschluss europapolitischer Interessengruppen als Ehrenpräsident immer eng verbunden.

Groß war auch sein Engagement für die Aussöhnung mit Israel – Initiativen zum deutsch-israelischen Jugendaustausch gingen auf ihn zurück. Das war damals alles andere als selbstverständlich. Und er legte wichtige Fundamente.

Sein Amtsverständnis als Parlamentspräsident hatte er in seiner Antrittsrede formuliert: „Der Erste in diesem Hause zu sein, bedeutet für mich nicht besondere Würde und Glanz, sondern vorbildliche Arbeit und Dienst für unser Volk.“ Demut – Verantwortungsgefühl – Pflichtbewusstsein. Im selben Geist hat er sein Amt später niedergelegt. Sein Rücktritt bleibt ein politisches Drama.

Philipp Jenninger wollte in seiner Rede zum 50. Jahrestag der Pogrome an den deutschen Juden das Gedenken vom Ritual entkleiden. Er wollte über das Ende der Weimarer Republik aufklären. Die politische Sogwirkung des Nationalsozialismus beschreiben. Machtmechanismen offen legen.

Jenninger war immer ein entschiedener Gegner totalitärer Herrschaft.

In seinem katholischen Elternhaus war man in der Nazi-Zeit standhaft geblieben und hatte, wie er das selbst ausdrückte, Nachteile in Kauf genommen, also Verfolgung riskiert. Zwei Brüder hatte er im Krieg verloren.

Das war ein Grund für sein demokratisches Engagement und die qualvolle Frage, wie es dazu kommen konnte – diese Frage, auf die man umso weniger Antwort findet, je mehr man sich darin vertieft. Damit ringt er in dieser Rede.

Wenn man allein den Text liest, versteht man nicht, was sich am 10. November 1988 im Bundestag ereignete.

Ignatz Bubis hat Jenninger später, da war er Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, verteidigt. Und er hat Passagen der Rede selbst vorgetragen, unangekündigt, nur leicht verändert – ohne dass irgendjemand Anstoß nahm.

Simon Wiesenthal, selbst Überlebender des Holocaust, der Jenninger als Freund der Juden und Freund Israels würdigte, sprach

von einer großen politischen Tragödie.

In der dem Anlass geschuldeten gedrückten Atmosphäre entwickelte sich ein Unglück, dass danach niemand wirklich mehr verstehen konnte. Das geschriebene Wort und die Wirkung des gesprochenen fielen auseinander. In Bildaufzeichnungen kann man sehen, wie der Redner selbst spürte, dass sich etwas ihm Unerklärliches vollzog.

Jenninger wollte viel. Für diesen Anlass im Ergebnis wohl zu viel. Manche wollten ihn damals auch nicht verstehen. Vielleicht, so fragt der Zeithistoriker Andreas Wirsching im Rückblick, hat Jenninger insofern ein Tabubruch begangen, weil er den Rahmen des an dem Gedenktag allgemeinen Akzeptablen sprengte, nicht dem gewohnten Muster folgte.

„Ich habe versucht die Wahrheit zu sagen das hat man mir übel genommen, aber ich stehe zu jedem Wort, das ich gesagt habe“, sagte er später einmal.

Die Wucht der öffentlichen Erregung, die Maßlosigkeit, auch die verleumderische Verdrehung vieler Vorwürfe verletzte Philipp Jenninger tief.

Und auch, dass so wenige seiner Freunde ihm zur Seite standen.

Im politischen Bonn war Philipp Jenninger damals einsam. Das bleibt eine schmerzliche

Wunde, gerade auch für uns, die wir ihm politisch und persönlich nahestanden.

Und es bleibt ein politisches Lehrstück, wie unbarmherzig die politische Welt sein kann – auch damals, als von sozialen Netzwerken in den Medien noch keine Rede war.

Ein politisches Leben, immer respektiert und integer, durch das Missverständnis dieser einen Stunde schwer verletzt.

In dieser Situation zauderte Jenninger nicht und bewies Haltung.

Am Tag nach seiner Rede trat er vom Amt des Bundestagspräsidenten zurück. Dafür zollten ihm kurz darauf Abgeordnete aller Fraktionen Respekt – und im Plenum Beifall.

Dass Philipp Jenninger drei Jahre nach seinem Rücktritt als Botschafter in Wien in den diplomatischen Dienst unseres Landes wechselte, war keine Wiedergutmachung. Konnte es auch nicht sein.

Aber dass er schließlich in der Zeit des Pontifikats von Johannes Paul II. unser Land beim Heiligen Stuhl vertrat, empfand der gläubige Katholik ausdrücklich als „Krönung“ seiner politischen Lauf-

bahn.

Eminenz, Sie werden daran gleich viel kundiger erinnern können als ich. Und ich danke Ihnen dafür im Namen des ganzen Hauses.

Meine Damen und Herren, Philipp Jenninger genoss unbestritten Autorität und Vertrauen –

das seiner Wähler, das seiner Kollegen und derjenigen, für und mit denen er zusammenarbeitete.

Ein verdientes Vertrauen.

Eines, das Politikern auch heute oft verwehrt wird.

Heute gedenken wir seiner – seiner integren Persönlichkeit.

Wir erinnern daran, dass er sich stets leiten ließ von seiner Überzeugung, seinem Verantwortungsbewusstsein und seinem katholischen Glauben.

Wir würdigen seine Fairness, seine Haltung und seine Gradlinigkeit.

Wir würdigen Philipp Jenningers politisches Wirken und seine bleibenden Verdienste um unser Land.

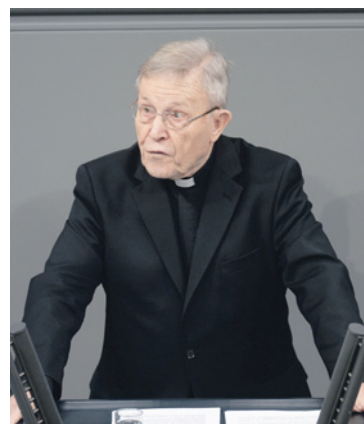
Der Deutsche Bundestag wird seinem verstorbenen Präsidenten Philipp Jenninger ein ehrendes Andenken bewahren.

Er öffnete Türen zu anderen Parlamenten — auch jenseits des Eisernen Vorhangs.

Jenninger war immer ein entschiedener Gegner totalitärer Herrschaft.

Walter Kasper, emeritierter Kurienkardinal und ehemaliger Bischof

Das Parlament war ihm das Forum der Nation



Walter Kasper (*1933) emeritierter Kurienkardinal

Herr Bundespräsident, Herr Bundestagspräsident, Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Verehrte liebe Frau Jenninger!

Der Tod von Philipp Jenninger hat viele Menschen berührt. In erster Linie möchte ich Ihnen, verehrte Frau Jenninger, und Ihrer Familie mein tief empfundenes Mitgefühl aussprechen.

Der Tod von Philipp Jenninger hat auch viele berührt, die ihn als einen Politiker mit Herzblut und

mit Herz kannten. Auch mich hat dieser Tod betroffen gemacht. Wir gehören, fast aufs Jahr genau derselben Generation an, einer Generation, die während des Zweiten Weltkriegs aufgewachsen ist, die alt genug ist um noch Erinnerungen zu haben an Krieg, Bombennächte, Vertreibung, Verlust nächster Angehöriger. Zwei ältere Brüder von Philipp Jenninger sind im Krieg geblieben. Wir waren zugleich jung genug um nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen zu werden oder in die Verbrechen des damaligen Regimes persönlich einbezogen zu sein.

Philipp Jenninger, am 10. Juni 1932 geboren, ist aufgewachsen in einer Familie, die fest im christlichen Glauben verwurzelt ist. Das bedeutete für ihn nicht Enge, sondern sein zu Hause, Kompass und Orientierung im Leben. Er ist groß geworden im ostwürttembergischen Ellwanger Raum, einer Stadt europäischer Geschichte, die bis auf Karl d.Gr. zurückgeht, die im Dreißigjährigen Krieg, an dessen Ende wir uns dieses Jahr erinnern,

schwer gelitten hat. Diese europäische und deutsche Geschichte hat ihn schon früh geprägt.

Nach dem Krieg haben wir uns als Gymnasiasten in der damaligen bündischen kirchlichen Jugendbewegung kennen gelernt. Sie ist nach dem Zusammenbruch der alten bürgerlichen Ordnung Europas im ersten Weltkrieg zwischen den beiden Weltkriegen entstanden als Aufbruch zu einem neuen natürlichen, naturverbundenen Lebensstil. Im Dritten Reich verboten, ist sie nach 1945 zu neuem Leben erstanden. Dort haben wir Gemeinschaft erfahren, und früh gelernt Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen.

Viele Männer und Frauen, welche den geistigen und moralischen Neuanfang nach 1945 gestaltet haben, gingen aus dieser oder aus ökumenisch verwandten Bewegungen hervor. Philipp Jenninger war der letzte Überlebende des Ellwanger Kreis, in dem sich damals führende, heute den meisten kaum mehr dem Namen nach

bekannte Politiker, über die Grundlagen einer neuen staatlichen Ordnung Gedanken machten und das Grundgesetz von 1949 mit vor-bereiteten. In ihnen begegnete sich menschlich verkörperte und in den zwölf Jahren zuvor schmerzhaft durchlittene Tradition.

Navid Kermani hat an dieser Stelle vor einiger Zeit daran erinnert, dass das Grundgesetz nicht das Ergebnis von Umfragen und Stimmungen von damals war. Die Menschen hatten andere Sorgen um den schwierigen Alltag zu bewältigen. Das Grundgesetz haben wir Männern und Frauen zu verdanken, die nach dem moralischen und politischen Ruin aus tiefen Überzeugungen die Grundlagen für unserer Gesellschaft gelegt haben, auf denen wir bis heute aufbauen und auf die wir stolz sein dürfen. Philipp Jenninger ist einer der letzten dieser Generation.

Für uns Junge war der Aufbau der demokratischen Institutionen, zuerst in den Gemeinden, dann in den Ländern und schließlich im Bund, faszinierende Staats- und Sozialkunde live. Mit Spannung haben wir am Radio die ersten Bundestagsdebatten verfolgt. Die im Grunde einzige neue aber zukunfts-trächtige politische Nachkriegs-idee, die europäischen Einigung erweckte in uns Begeisterung. Der Nationalismus hatte unsägliches Unglück über Europa gebracht, nun sollten aus Feinden Freunde werden und in Europa eine in dieser Art neue Friedensordnung entstehen. Ins Ausland reisen, damals mit dem Fahrrad, war ein neues Erlebnis – das heute für junge Menschen, Gott sei Dank, selbstverständlich ist.

Es ging uns freilich auch das ganze Ausmaß des unfassbaren grauenvollen Verbrechens der Schoah auf. Die Versöhnung mit dem Judentum prägte sich uns tief ein. Sie hat die Politik, sie hat auch die Theologie verändert. Hoffentlich für immer.

Wir wären nicht jung gewesen, hätten wir nicht auch Sehnsüchte gehabt, und es wäre schlimm um uns bestellt gewesen, hätten wir nicht auch über die Realitäten hinaus geträumt. Nicht alle Blüten-träume gingen auf. Einige schon. Die ökumenische Öffnung der Kirchen hat uns befeuert. Im soeben zu Ende gegangenen Jahr hat sie Früchte getragen, wenngleich noch längst nicht alles auf-gegangen ist.

Philipp Jenninger ging nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften den Weg in die Politik. Von 1969 bis 1990 war er 21 Jahre im Bundestag,

1984-88 dessen Präsident. Die späten 60er und beginnenden 70er Jahren bezeichnen das Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Studentenbewegung leitete einen gesamtgesellschaftlichen bis heute fortwirkenden Prozess ein. Im politischen wie im akademischen Raum war es die Zeit harter, leider auch gewalttätiger Auseinandersetzungen und manchmal auch problematischer Idole.

Philipp Jenninger, der in der damaligen Bonner Republik viele Ämter innehatte, hat damals nicht nach rückwärts sondern nach vorne geschaut. In diesen Jahren fielen wichtige Entscheidungen für die Einheit Deutschlands, an denen Philipp Jenninger weitsichtig, vorausschauend und mit langem Atem maßgebend beteiligt war. Der lange Atem und die Weitsicht haben sich 1989 für uns alle gelohnt.

Erwin Teufel nannte Philipp Jenninger einen christlichen Demokraten aus innerster Überzeugung. Das Parlament war ihm das Forum der Nation, in dem die wichtigsten Angelegenheiten der Nation erörtert werden. Er war Demokrat aus christlicher Grund Überzeugung. Für ihn war das Diktum von Ernst Wolfgang Böckenförde, 1983-96 Richter am Bundes-Verfassungsgericht, maßgebend: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Die jüdisch-christliche und die humanistische Tradition gehören dazu.

Freiheit ist ein Funke und ein Abbild des Absoluten, vom Schöpfer gegeben, sagten die Väter der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776). Der Staat kann und muss sie schützen, ihr Raum geben und sie fördern. Aber dass Menschen frei sind, dass sie und wie sie von ihrer Freiheit verantwortlich Gebrauch machen kann er nicht machen.

Philipp Jenninger war ein konservativer Idealist. Das scheint ein Paradox zu sein. Doch man kann – nach einer biblischen Parabel – das anvertraute Erbe nicht bewahren, indem man es im Boden vergräbt sondern indem man damit wuchert und es fruchtbar macht. Nur wer weiß woher er kommt, weiß wo er steht und wohin er gehen soll. Nicht wer wankt und schwankt, wer vielmehr fest steht kann aufbrechen und weitergehen. Philipp Jenninger war ein solcher zupackender Konservativer, fleißig, tüchtig, rechtschaffen, geradlinig, verlässlich, bodenständig, heimatverbunden und zugleich weltoffen, und sehr wohl wissend, dass solcher Idealismus

Tapferkeit verlangt, die bereit ist um des Ideals willen Nachteile, Verletzungen und Wunden in Kauf zu nehmen.

Er war ein leidenschaftlicher Demokrat. Demokratie lebt von Auseinandersetzungen, die um der Sache des Lebens, der Freiheit, der Gerechtigkeit willen gelegentlich leidenschaftlich sein müssen. Wenn das Ringen um Position aber dazu führt Personen zu fertig zu machen, herabzusetzen und zu demütigen, dann wird die Grundvoraussetzung der Demokratie beschädigt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Philipp Jenningers Fairness und Noblesse in noch so leidenschaftlicher Auseinandersetzung hat ihm über die Parteigrenzen hinweg Achtung und Ansehen verschafft.

Enttäuschungen und Missverständnisse blieben ihm nicht erspart. Das gilt insbesondere von jener Rede, die er am 10. November 1988 zur Erinnerung an 50 Jahre Reichspogromnacht 1938 im Bundestag gehalten hat. Ich habe sie nochmals gelesen und sie nochmals im Internet abgehört. Rhetorisch war sie ungeschickt vorgetragen. Daraus konnten Missverständnisse entstehen. Aber inhaltlich war es eine große Rede. Dass sie politisch korrekt war, hat Ignatz Bubis, 1992-99 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, gezeigt. Er hat Passagen aus der Rede in seine eigene Rede aufgenommen und dafür Beifall bekommen.

Diese Rede war eine Zumutung. Sie hatte den Mut Lebenslügen zu zerstören. So etwas hört man ja nicht gerne. Sie ließ keinen Zweifel daran, dass es eine verbrecherische Clique war, welche 1933 die Macht in Deutschland übernahm. Aber sie fragte: Wie konnte es dazu kommen? Warum ließen sich so viele blenden und oft faszinieren? Warum gab es so viele Mitläufer, soviel Wegschauen und so wenig Widerstand? Das zu verstehen heißt nicht im Geringsten es zu entschuldigen, heißt aber demütig und wachsam werden. Vor Befangenheit und Sich-gefangen-nehmen-Lassen von Stimmungen ist auch heute keiner gefeit.

Philipp Jenninger hat mit dieser Rede seinen Zuhörern viel zugemutet, auch sich selbst. Aber sollte Politik nicht auch den Mut haben Zumutungen aussprechen. Wir sollten vor allem junge Menschen nicht unterschätzen und nicht unterfordern. Wir sollen sie nicht überfordern, aber doch herausfordern, damit sie zeigen können, was in ihnen steckt, und das ist weit mehr als wir oft denken. Nur durch Herausforderungen können sie wachsen.

Philipp Jenninger hat für seine Zumutung bezahlt. Er hat lange nicht lange gefackelt, sondern sehr schnell Konsequenzen gezo-

gen. Er wollte sein Amt nicht beschädigen. Das ist nicht einfach normal. Das ist nobel. Er sagte, er habe das mit dem Herrgott ausgemacht. Für manche mag das altväterlich klingen. Wer jemals solche Situationen durchgestanden hat, weiß in welche Tiefe das geht und wird jedem anderen, der solches ehrlich sagt, den Respekt nicht versagen.

Enttäuschungen und Verletzungen bleiben. Bei Philipp Jenninger jedoch keine Verbitterung. Auch das ist Größe. Er hat Neues begonnen, ist in den Auswärtigen Dienst gegangen, zuerst nach Wien, dann zwei Jahre als Botschafter beim HI. Stuhl in Rom. Er bezeichnete diese zwei Jahre als die Krönung seiner Laufbahn. Das war nicht naiv als Erfüllung eines Jugendtraums gemeint. Ich habe Ähnliches von manchen Botschaftern beim HI. Stuhl gehört, die zuvor rund um die Welt auf wichtigen Posten waren und die mir sagten: Das hier ist der interessanteste.

Rom ist eine Stadt, in der wie wohl in keiner anderen europäischen Geschichte präsent ist und in der zugleich deutlich wird: Europa war in seiner ganzen Geschichte keine homogene Einheit sondern immer ein Kreuzungspunkt der Kulturen und ist es heute wieder. Kreuzungspunkt der Kulturen ist die Größe Europas.

Philipp Jenninger war angetan von der Ostpolitik Johannes Paul

II. Er kam aus Krakau. Krakau war bis 1918 Habsburg. Johannes Paul war ein polnischer Patriot, er war kein polnischer Nationalist Er hatte die Vision eines respektvollen Zusammenlebens von Völkern und Kulturen in Ost und West. Er war wie Philipp Jenninger ein Europäer.

Der Ruhestand war der friedliche Ausklang eines Lebens, das mit 85 Jahren die Geschichte und die Geschicke fast eines Jahrhunderts – und was für ein Jahrhundert – umspannte. Man muss am Ende vieles lassen. Philipp Jenninger hat diese Gelassenheit gelernt, aber er hat niemand verlassen. Er blieb den Menschen und blieb der Heimat verbunden und hat sich weiter um sie und um das Geschehen in der Welt gekümmert. Im Kreis der Familie, zusammen mit seiner Frau hat er auch den letzten Weg bestanden. Tapfer, aufrecht und gläubig.

Als Christ sage ich: Er möge ruhen im Frieden. Für alle aber ist sein Leben und sein Tod, eben um Zukunft zu haben, Grund die Erinnerung an dieses dramatische, tragische und doch dann wieder zur Hoffnung berechtigende Jahrhundert wachzuhalten. Auch darum halten wir Philipp Jenninger in hochachtungsvoller, dankbarer und guter Erinnerung.

(Die Anwesenden erheben sich zur Nationalhymne)

Seine Rede war eine Zumutung. Sie hatte den Mut, Lebenslügen zu zerstören.

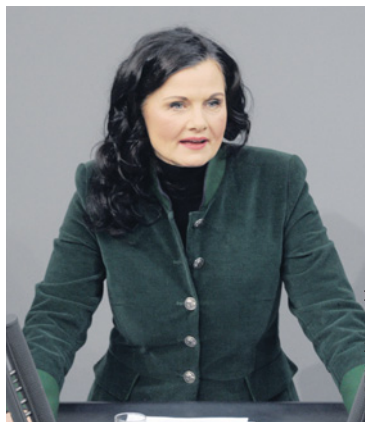


Ina Jenninger und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (vorne), Walter Kardinal Kasper und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Plenarsaal

Debatte zum Thema „Gesunde Ernährung - Für ein gutes Leben“ / 7. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 18. Januar 2018

Gitta Connemann, CDU

Der Masterplan für ein gesundes Leben steht fest



Gitta Connemann (*1964)
Wahlkreis Untererems

Das Schicksal in unserer Hand“, so titelte „Der Spiegel“ zum Jahresbeginn, also in der Zeit der guten Vorsätze. Sage und schreibe 81 Prozent aller Deutschen schwören Silvester allem Ungesunden ab: Zigaretten, zu viel Alkohol, zu wenig Sport. Sie sind bester Absicht, gesünder zu leben. Diese Vorsätze halten – einen Tag, eine Woche? Für den Rest des Jahres gilt: Stress, wenig Sport, viele Kalorien. Diese Mischung macht dick. Und wer ist schuld? Die Gene, die Industrie, der Terminkalender und natürlich die Politik. Und nun „Der Spiegel“ – ich zitiere – : „Den größten Anteil an seinem ... Schicksal hat jeder selbst in der Hand.“

Keine bequeme Botschaft zum Jahresbeginn, aber wissenschaftlich belegt. Unsere Gesundheit wird nur zu 20 Prozent allein durch Gene bestimmt. Auf diese können wir keinen Einfluss nehmen, auf den großen Rest schon.

Das Schlüsselwort heißt Epigenetik. Die Forschung belegt, was wir allzu gerne verdrängen: Mit Ernährung, Lebensstil, Umweltfaktoren können wir Mechanismen beeinflussen, die unsere Gene ein- und ausschalten, und zwar ein Leben lang. So bestimmen wir übrigens auch selbst, ob wir gesund sind oder an Übergewicht, Diabetes oder Herzinfarkt erkranken.

Wir haben unser Schicksal in der Hand, jeden Tag: beim Einkauf, in der Kantine, bei der Entscheidung, zu joggen oder eine Zigarette anzuzünden. Damit beeinflussen wir übrigens das Leben unserer Kinder. In den ersten 1000 Tagen werden Weichen für das spätere Leben gestellt. Fehlernährung, Alkohol in der Schwanger-

schaft gefährden das Kind. Die Ernährung ist ein zentraler Schlüssel. Die Auswahl ist gigantisch. Aus rund 170000 Lebensmitteln können Verbraucher heute ihren Speiseplan zusammenstellen, und zwar bezahlbar. Heute Abend wird die Internationale Grüne Woche in Berlin eröffnet. Sie ist ein Schaufenster, was unsere Landwirte, Gärtner, Fischer, Bäcker, Fleischer, Hersteller und Händler jeden Tag leisten. Für unsere Fraktion, die CDU/CSU, sage ich an dieser Stelle: Respekt und Dank für diese Leistungen. Aber Vielfalt bedeutet auch Herausforderung. Was ist die richtige Wahl für mich? Wie viel von was? Die Ernährung hat jede Leichtigkeit verloren. Wir erleben Fanatismus, Verunsicherung, Gleichgültigkeit. Jeder zweite Erwachsene ist übergewichtig. Gleichzeitig nehmen Mangel- und Fehlernährungen zu, vor allem im Alter. Dadurch steigen Risiken für Diabetes, Schlaganfall oder Muskelschwund. Der persönliche Leidensdruck ist groß, die Kosten explodieren, die Gesundheitszeitbombe tickt. Wir alle sind gefordert, jeder Einzelne von uns, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik.

Es gibt mehrere Optionen oder auch Denkschulen. Ernährung per Gesetz wäre die eine. Der Staat lenkt die Bürger bei der Entscheidung, was sie essen, durch Verbote, Strafsteuern, Ampeln. Mal alle Bedenken zur Seite geschoben – von der Bevormundung des Verbrauchers bis zu Fragen der unternehmerischen Freiheit –: Was soll besteuert werden, was verboten? Baguette ja, Vollkornbrot nein. Zucker ja, Süßstoff nein. Die entscheidende Frage ist doch am Ende: Was ist eigentlich gesund?

Ich verstehe jeden Verbraucher, der sich hier einfachere Antworten wünscht, vielleicht auch durch eine Ampel. Es wäre so schön. Mir selbst geht es ja nicht anders. Aber Fakt ist: Diabetes kann nicht wegbesteuert werden. Durch Ampeln lassen sich komplexe Sachverhalte und Inhalte nicht darstellen; denn Ernährung ist komplex.

Die erste Nachricht: Essen ist keine Krankheit. Die zweite Nachricht: Jeder Mensch hat andere Bedarfe. Kinder brauchen anderes als Ältere, Frauen weniger als Männer.

Es gibt keine grundsätzlich guten oder schlechten Lebensmittel. Und es gibt leider keine Patentrezepte. Abnehmen unterliegt nicht den Gesetzen der Politik, sondern am Ende nur der Physik. Wer zu viel isst, nimmt zu, egal ob Kartoffelstampf, Schokolade oder Dinkelnudeln. So bestätigt es die Wissenschaft. Der Energiebilanz ist es am Ende egal, woher die Kalorien kommen. Aber Achtung: nur der Dem Körper und der Gesundheit ist es ganz und gar nicht egal. Diese brauchen eine ausgewogene Mischung aller Nährstoffe.

Leichter gesagt als getan. Trotz unzähliger Fernsehsendungen und Ratgeber sind viele Verbraucher heute zutiefst verunsichert, manche auch schlecht informiert. Schon heute kann sich jeder die Zutaten auf der Verpackung ansehen. Aber Hand aufs Herz: Wie oft lesen Sie diese? Bewusster essen,

mehr Bewegung und Schlaf – das klingt verstaubt. Aber wer so lebt, wird gesund älter.

Wie können wir das als Politik unterstützen? Veränderte Rezepturen können helfen. Deshalb hatten sich CDU/CSU und SPD auch in der letzten Wahlperiode gemeinsam für eine Reduktionsstrategie eingesetzt – in Kooperation mit Wirtschaft und Handel; denn es geht nur mit ihnen, nicht ohne sie. Innovationen brauchen Zeit. Der Bäcker, der Fleischer können dies nicht so leicht schultern wie ein Lebensmittelkonzern. Staatliche Rezepte führen zur Verdrängung der kleinen Betriebe, aber

nicht zu mehr Gesundheit.

Mehr Gesundheit geht nur mit Bildung, Information, Aufklärung, und zwar schon für die Kleinsten: in der Kita, in der Schule. Wir setzen deshalb auf Verhaltensprävention. Deswegen wissen wir: Wir brauchen dringend Ernährungsbildung. Ernährungsbildung muss zukünftig in die Kitas und Schulen gehören wie die Küchen und Fachkräfte.

Wir brauchen gesunde Angebote – dazu gehören übrigens Wasserspender in jeder Schule; sie sollten eine Selbstverständlichkeit sein –, verbindliche Qualitätsstan-

dards bei der Gemeinschaftsverpflegung in Kindergärten, Schulen, Kantinen und Alten- und Pflegeheimen; denn dort essen inzwischen die meisten Menschen. Wir brauchen ein offeneres Auge, zum Beispiel bei Älteren, indem ihr Ernährungsstatus – sie haben häufig mit Mangel- und Fehlernährung zu tun – durch ein regelmäßiges Ernährungsscreening erfasst wird.

Bestehende Kennzeichnungslücken müssen wir schließen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Lebensmittel mit tierischen Produkten entsprechend gekennzeichnet werden; denn es ist wichtig, dass der Verbraucher weiß, woher diese tierischen Produkte kommen.

Wir müssen das Stillen fördern, wir brauchen Ernährungsberatung in der Schwangerschaft, und wir brauchen mehr Bewegung, von der Kita bis zum Altenheim. Wir brauchen mehr Schlaf, wir brauchen keinen Stress.

Am Ende ist es ein Gesamtpaket. Ich glaube, jeder von Ihnen weiß, was er am Ende zu tun hätte, aber tut es dann doch nicht. Deshalb möchte ich Sie ermutigen. Jeder hat die Wahl; der Masterplan für ein gesundes Leben steht fest. Wir haben das Schicksal in unserer Hand. Gehen Sie achtsam damit um. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir brauchen dringend eine Ernährungsbildung. Sie gehört in Kitas und Schulen.

Ursula Schulte, SPD

Wir werden keine Zuckerpolizei einführen



Ursula Schulte (*1952)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich freue mich, dass wir heute über dieses so wichtige Thema „Gesunde Ernährung für ein gutes Leben“ miteinander sprechen. Der Zeitpunkt könnte wirklich nicht besser gewählt werden:

Weihnachten liegt hinter uns, und die Fastenzeit steht unmittelbar bevor. Zudem öffnet die Internationale Grüne Woche mit ihren verführerischen Produkten ihre Pforten. Passend dazu hat Herr Minister Schmidt den Ernährungsreport 2018 vorgelegt. Wir haben also viele gute Gründe, uns darüber zu freuen, dass die Ernährungs- und Verbraucherpolitik endlich einmal wieder im Mittelpunkt des Interesses steht.

Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema scheint eindeutig zu sein: Für die überwiegende Mehrheit der Befragten muss Essen schmecken und gesund sein. So steht es jedenfalls in der erwähnten Forsa-Studie. Liest man die Studie allerdings genauer, stößt man auf Hin-

weise, die diese Zahl durchaus infrage stellen; denn 49 Prozent der Befragten halten es für wichtig, dass Essen einfach und schnell zubereitet werden kann.

Gleichzeitig offenbart die Studie, dass der Verzehr von Obst und Gemüse rückläufig ist. Das können wir ändern, indem wir zum Beispiel die Bundesländer davon überzeugen, am Schulobst- und -gemüseprogramm der EU teilzunehmen. Leider beteiligen sich nur neun Bundesländer daran. Das ist wirklich schade; denn Studien zeigen, dass durch dieses Programm der Verzehr von Obst und Gemüse erhöht werden kann.

Wir Sozialdemokraten wollen die Menschen davon überzeugen, sich gesund zu ernähren. Wir wollen nicht mit Verboten und mora-

lischer Entrüstung arbeiten. Wir werden keine Zuckerpolizei einführen. Von mir aus kann jeder stark gesüßte Produkte essen und literweise gesüßte Limonade trinken. Das liegt im Ermessen eines jeden Einzelnen. Aber wir wollen die Menschen unterstützen, die sich gesund ernähren. Dazu braucht es gesunde Produkte und auch einfache Hinweise auf gesunde Produkte. Stichwort ist hier die Lebensmittelampel, an der ich unbeeinträchtigt festhalte.

Darüber hinaus fehlt uns nach wie vor eine zielgenaue Umsetzung der Reduktionsstrategie. Diese haben wir 2015 – Frau Conneemann hat es gesagt – gemeinsam beschlossen. Mit gesünderen Lebensmittelrezepturen sollte Verbrauchern eine ausgewogene Ernährung erleichtert und ein Beitrag zum Kampf gegen ernährungsbedingte Krankheiten geleistet werden. Zucker-, Fett- und Salzgehalt sollten dazu schrittweise verringert werden. Eine gute Reduktionsstrategie ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zu einer gesunden Ernährung – sie trägt letztlich auch dazu bei, Kosten zu reduzieren, die durch falsche Ernährungs-

muster entstehen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Zahlen der Allgemeinen Ortskrankenkassen, die von einer jährlichen Belastung der Gesundheits- und Sozialsysteme in Höhe von 70 Milliarden Euro ausgehen.

Dass Kosten durch gesündere Produkte gesenkt werden können, zeigt uns Großbritannien. Hier wurde der Salzgehalt in einigen Lebensmitteln reduziert. Die Folge war: Das Risiko der Bevölkerung für Schlaganfälle und Herzerkrankungen sank beträchtlich. Wir in Deutschland dagegen haben einen stetigen Anstieg der sogenannten Lebensstilkrankheiten zu verzeichnen. Leider musste meine Fraktion feststellen, dass das zuständige Ministerium die Umsetzung der Reduktionsstrategie, sagen wir einmal, mehr als zögerlich betreibt. Die im Mai und Juli 2017 vorgelegten Entwürfe sind meines Erachtens weichgespült. Es fehlen klare Zieldefinitionen zur Reduktion des Zucker-, Salz- und Fettge-

halts, und es fehlt auch ein verbindlicher Zeitplan.

Herr Minister, es wird Zeit, dass Sie endlich konkret werden. Legen Sie eine Strategie vor, die ihren Namen auch verdient. Ehrlich gesagt: Ihre Hinhaltenaktik nervt ein wenig, und das nicht nur bei diesem Thema. Aber wie sagten Sie so schön: So ist er halt, der Schmidt. Mit meiner Kritik an den vorgelegten Entwürfen stehe ich Gott sei Dank nicht alleine da. Die AOK, die Deutsche Diabetes Gesellschaft und die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten teilen meine Kritik und fordern den Minister auf, endlich zu reagieren.

Die Reduktionsstrategie ist für uns so etwas wie ein Paradigmenwechsel. Wir wollen nämlich nicht nur auf eine Verhaltensänderung bei den Menschen setzen; wir sagen vielmehr deutlich, dass auch die Unternehmen für die Gesundheit der Menschen Verantwortung tragen.

Es braucht gesunde Produkte und einfache Hinweise auf gesunde Produkte.

Franziska Gminder, AfD

Gesunde Ernährung beginnt im Stall, bei der Aufzucht der Tiere



Franziska Gminder (*1945)
Landesliste Baden-Württemberg

Gesunde Ernährung für ein gesundes Leben – hiermit wird ein höchst wichtiges Thema angesprochen. Wie sich ein Volk ernährt, hat Folgen für seine Gesundheit, physisch und auch psychisch. Das persönliche Wohlbefinden, das erreichbare Lebensalter, die Leistungsfähigkeit in Schule, Arbeit und Ruhestand hängen zentral davon ab, wie und vor allem was wir essen.

Alle sprechen von gesunder Ernährung. Im Fernsehen jagt eine Kochsendung die andere. Zeitschriften propagieren zuhauf die nächsten Schlankheitskuren. Und der Effekt? Schwach. Immer mehr Arbeitnehmer müssen bedauerli-

cherweise für ein ausreichendes Auskommen an mehreren Arbeitsstellen arbeiten. Wo bleibt da die Zeit, für die Familie zu kochen?

Die Deutschen geben laut Statistischem Bundesamt rund 10 Prozent ihres Nettoeinkommens für Nahrungsmittel aus, bei unseren Nachbarn, den Franzosen, sind es 13,3 Prozent, also unter dem Strich 30 Prozent mehr. Legen die Franzosen mehr Wert auf gute Ernährung als die Deutschen?

Wo beginnt eigentlich gute Ernährung? Nicht erst beim propagierten Apfel zum Frühstück. Gesunde Ernährung beginnt bereits auf dem Acker, bei der Aussaat. Gesunde Ernährung beginnt im Stall, bei der Aufzucht und Fütterung der Tiere. Nicht nur das Wie der Aufzucht und der Aussaat ist entscheidend, sondern auch, was aufgezogen und ausgesät wird.

Wir stellen fest: Der Trend geht zu immer leistungsfähigeren, größeren, geschmacksärmeren Rassen und Sorten, die immer mehr Pestizide, Herbizide und Antibiotika benötigen, weil sie immer anfälliger werden. Eine Verarmung der Varietäten schreitet fort. Wir müssen uns klarmachen, dass ein Verschwinden einer Spezies nicht

mehr rückgängig gemacht werden kann. Denken wir doch an die bedrohten Bienen und den Rückgang der Insekten. Das sollte uns eine Warnung sein.

Der kommerzielle Saatgutmarkt hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre weltweit konzentriert. Die Top 10 der Saatgutkonzerne beherrschen 75 Prozent des globalen Saatgutmarktes. Der freie Bauer, der früher mit seinem eigenen Saatgut sein Feld bestellen konnte, soll immer mehr zum abhängigen Angestellten dieser Konzerne werden. Wollen wir das? Die Alternative vertritt im Hinblick auf Diversität und Subsidiarität eine andere Position. Es ist sehr zu begrüßen, dass Landwirte in eigener Initiative alte Obstsorten wieder anpflanzen, dass alte Haustierrassen wie das Hällische Schwein und diverse Schaftierrassen wieder in größerem Stil weitergezüchtet werden.

Wie können wir unsere Bauern schützen? Wir müssen sie stärken; denn von ihnen bekommen wir die regionalen, die frischen Produkte, die für unsere Gesundheit

Mein Fazit lautet also: Gesunde Ernährung muss erleichtert werden, indem die angebotenen Produkte gesünder werden. Mit der Reduktionsstrategie ermuntern wir – man könnte auch sagen: zwingen wir – die Lebensmittelwirtschaft ein wenig, in diese Richtung zu gehen. Wir tun das, weil wir wissen: Freiwillig passiert da nicht allzu viel. Und weil das so ist, hat meine Fraktion in dieser Woche ein Positionspapier mit dem Titel „Gesunde Ernährung erleichtern“ beschlossen. Wir fordern bessere Lebensmittelrezepturen; denn uns liegt dieses Thema wirklich am Herzen. Die SPD-Bundestagsfraktion will verbindliche Ziele hinsichtlich der Festlegung der Reduktion des Zucker-, Salz- und Fettgehalts. Wir wollen Zielmarken für unterschiedliche Produktgruppen, die von unabhängigen Experten erarbeitet werden. Wir wollen einen verbindlichen Zeitplan zur Umsetzung der Ziele. Wir wollen eine gesetzliche Regelung für den Fall, dass sich Unternehmen nicht freiwillig an der nationalen Reduktionsstrategie beteiligen. Außerdem wollen wir eine wissenschaftliche Begleitung und eine transparente Evaluierung.

Sehr geehrter Herr Minister, dass Sie in Ihrer Einleitung zum Ernährungsreport 2018 feststellen – ich zitiere –: „Wir müssen die Ernährungsbildung im Stundenplan fest verankern“, finde ich ausgesprochen löblich. Nur: Bei schönen Worten alleine darf es nicht bleiben. Ich wünsche mir, dass Bund und Länder Ernährungs- und Verbraucherbildung in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen einführen. Ich wünsche mir auch, dass Kinder und Jugendliche lebensnah den Ursprung des Essens und die Möglichkeiten der Zubereitung vermittelt bekommen. Das verstehe ich unter Ernährungs- und Verbraucherbildung. Damit diese Pläne schnell umgesetzt werden können, müssten wir das Kooperationsverbot kippen. Das wäre wirklich einmal eine mutige Entscheidung. Wir Sozialdemokraten wären auf jeden Fall dazu bereit.

Das Thema „Gesunde Ernährung“ ist ein wirklich wichtiges Thema und ich hoffe, dass dieses in etwaigen Koalitionsgesprächen eine gebührende Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD)

so wichtig sind. Die Bauern sollten nicht zu Subventionsempfängern einer Brüsseler Institution degradiert werden. Sie müssen für ihre Produkte angemessene Preise erzielen, die ihnen ein gutes Auskommen ermöglichen. Das muss uns etwas wert sein. Dann würde auch das Höfesterben aufhören.

Außerdem fordert die Alternative für Deutschland ein Ende der Sanktionen gegen Russland, die besonders die deutschen Exporte von Milchprodukten haben zusammenbrechen lassen und verheerende finanzielle Einbußen für die Milchbauern zur Folge hatten.

Für die meisten Verbraucher haben regionale Lebensmittel einen hohen Stellenwert. In Umfragen wird bestätigt, dass sich bis zu 44 Prozent der Befragten auch bei höheren Kosten für eine gesunde Ernährung und regionale Lebensmittel entscheiden würden. Deswegen sollten wir in Hofläden einkaufen und den Bauern damit ein anderes Standbein finanzieller Art verschaffen.

Es geht aber nicht nur um die regionale Versorgung. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn mehr Produkte aus Deutschland kämen, statt um die ganze Welt zu reisen. Noch schlimmer ist es, wenn Lebensmittel Tausende Kilometer durch die EU gekarrt werden. Das Waschen von Karotten und Kartoff-

eln in Italien ist gang und gäbe; dann kommen sie zum Verkauf wieder zurück nach Deutschland. Das ist doch Wahnsinn.

Wir als Politiker müssen uns diesen Fehlentwicklungen entgegenstellen. Wer eine regionale, vielfältige, nachhaltige und eben gesunde Produktion von Nahrungsmitteln möchte, muss Landwirtschaft neu denken. Nehmen wir uns die Schweiz als Vorbild. Dort steht „Kauft Schweizer Fleisch“ im Fernsehen. Bei uns wäre eine solche Werbekampagne doch auch einmal empfehlenswert: für deutsches Fleisch, deutsche Milch und deutsches Gemüse. Oder gilt das als Nationalismus?

Wir haben in Deutschland 285 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 935 000 Arbeitskräften. Wir haben 16 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche; doch diese Zahl ist leider weiter rückläufig. Die Fläche wird jeden Tag geringer: Umnutzung als Verkehrswege, Zubetonierung für Industrie- und Wohnungsbau, riesige Solarfelder auf ursprünglichem Weide- und Ackerland, Energiepflanzen für die Biogasgewinnung verdrängen Nahrungsmittelpflanzen. Es nimmt kein Ende. Lasst uns gegensteuern.

Wer von Ihnen kennt noch die Ballade „Das Riesenspielzeug“ von Adelbert von Chamisso? Darin steht: ... denn wäre nicht der Bauer, so hättest du kein Brot.“ Das sollten wir beherzigen.

(Beifall bei der AfD)

Eine Werbekampagne für deutsches Fleisch und deutsche Milch wäre empfehlenswert.

Dr. Gero Clemens Hocker, FDP

Viele Landwirte fühlen sich von der Politik im Stich gelassen



Dr. Gero Clemens Hocker (*1975)
Landesliste Niedersachsen

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland erzeugen weltweit die hochwertigsten Lebensmittel. Sie erfüllen dabei die allerhöchsten Umweltstandards in den Bereichen Biodiversität und Trinkwasserqualität und viele andere umweltpolitische Anforderungen. Etwa jeder siebte Erwerbstätige in Deutschland ist mittelbar oder unmittelbar im Agrarbereich tätig. Insbesondere in sogenannten strukturschwachen Regionen und in Krisenzeiten sind es häufig genug unsere mittelständischen, familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe, die Menschen einen sicheren Arbeitsplatz gewähren. Ich sage unumwunden: Ich bin stolz auf die Landwirte in Deutschland und die tollen Leis-

tungen, die sie jahrein, jahraus für uns erbringen.

Trotzdem fühlen sich viele Landwirte gegenwärtig von der Politik ein Stück weit im Stich gelassen, vielleicht auch, weil sie das Gefühl haben, dass sie von einem Teil der Gesellschaft – häufig genug übrigens von dem Teil, der gerade nicht auf dem Land, sondern in den Städten wohnt – sozusagen als Buhmann für eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir eigentlich gemeinsam bewältigen müssten, abgestempelt werden: Boden-, Luft- und Gewässerreinigung, Tierschutz, MRSA, Artenvielfalt. Es ist leicht, mehr Fläche für Nutztiere zu fordern oder andere Standards erhöhen zu wollen. Wenn man aber gleichzeitig beim Discounter um die Ecke nur 99 Cent für eine Putenbrust ausgeben will, dann sind das zwei Punkte, die nicht zueinanderpassen. Wer höhere Standards fordert, muss auch bereit sein, einen höheren Preis für die entsprechenden Leistungen und Produkte zu bezahlen.

Meine Fraktion wird sich in den kommenden Jahren nicht an dem Bauern-Bashing, das immer mehr die Runde macht, beteiligen. Deswegen möchte ich auch nur ganz am Rande auf die, wie ich finde und wie wir finden, unsägliche Kampagne zu sprechen kommen,

die es im letzten Jahr gegeben hat, als seitens des Umweltministeriums die „neuen Bauernregeln“ – die Branchenkenner werden sich erinnern – ausgegeben wurden. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sich jemals ein ganzer Berufsbranche durch eine solche Kampagne derart gekränkt, diffamiert und dauerhaft in seiner Berufsehre verletzt gefühlt hat. Wer pauschal einen Berufsbranche derart verunglimpft, der hat nie Recht. Diese Kampagne seinerzeit ist unerträglich gewesen.

Natürlich gibt es schwarze Schafe. Die gibt es in jedem Beruf, und die gibt es damit – das liegt in der Natur der Sache – auch unter Landwirten. Es gibt Höfe, auf denen gegen Auflagen verstoßen wird, auf denen das Tierschutzgesetz nicht eingehalten wird, auf denen gegen das Düngerecht verstoßen wird und viele andere Dinge mehr. Gegen all diese Entwicklungen muss im Einzelfall mit aller Entschlossenheit vorgegangen werden. Aber man darf kein Pauschalurteil fällen und über einen gesamten Berufsstand den Stab brechen. Ich behaupte, dass 99 Prozent aller Betriebe nicht nur akribisch alle Auflagen

einhalten, sondern auch ein ganz vitales Interesse daran haben, dass das Tierwohl geachtet wird und dass Umweltschutz eine große Rolle spielt. Verstöße Einzelner für alle zu einem Bewertungsmaßstab zu machen, kann nie richtig sein. Deswegen sollten wir uns von dieser Diffamierung verabschieden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Worte über das Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD und über die Rolle der Landwirtschaft, die darin formuliert ist, verlieren. Ich hätte nicht gedacht, meine Damen und Herren, dass in einem Papier, an dem die CSU beteiligt ist, das Wort „Landwirtschaft“ erst auf Seite 23 von 28 zum ersten Mal Erwähnung findet, dass Sie tatsächlich glauben, auf einer knappen DIN-A4-Seite einen so komplexen Bereich abarbeiten zu können, und vor allem, dass Sie kein einziges Wort der Wertschätzung für die Hunderttausenden von Landwirten finden.

Aber Sie haben ja noch die Gelegenheit, zu verhandeln. Vielleicht werden Koalitionsgespräche geführt. Dann haben Sie die Möglichkeit, nachzubessern.

Was mich bei diesem Papier besonders hat aufhorchen lassen, ist eine Formulierung, die ich mit Erlaubnis des Präsidenten gerne zitieren möchte. Da steht geschrieben: Der gesellschaftlich geforderte Wandel in der Landwirtschaft und die veränderten Erwartungen der Verbraucher bedürfen einer fi-

nanziellen Förderung – national wie europäisch.

Es ist doch nicht die Aufgabe von Sondierungspartnern, zu definieren, was gesellschaftlich gewünscht und gefordert wird, sondern das definieren die 80 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland.

Ich nenne Ihnen eine Zahl als Beispiel: Im Jahr 2017 hat der Umsatz von mit dem Biokennzeichen gekennzeichneten Lebensmitteln gerade einmal 5,7 Prozent des Gesamtumsatzes ausgemacht. 95 Prozent der Lebensmittel sind auf andere Weise erzeugt worden. Hier von einem gesellschaftlichen Wunsch nach finanzieller Förderung für andere Produktionsweisen zu sprechen, geht an der Realität der Gegenwart komplett vorbei.

Ich glaube, wir merken auch bei dieser Debatte, dass wir in den nächsten Jahren beim Thema Landwirtschaft kontroverse Diskussionen führen werden. Ich glaube, das ist gut und auch eine Bereicherung für dieses Haus. Vielleicht können wir uns aber darauf verständigen, dass wir der Landwirtschaft über alle Fraktionsgrenzen hinweg wieder mehr Wertschätzung entgegenbringen, als das in den vergangenen vier Jahren der Fall gewesen ist. Ich darf das als eine der Aufgaben meiner Fraktion und derjenigen, die sich in meiner Fraktion mit diesem Thema beschäftigen, definieren.

Es ist eine ganz zentrale Herausforderung, der Landwirtschaft in diesem Hohen Hause wieder eine Stimme zu verleihen.

(Beifall bei der FDP)

Wer höhere Standards fordert, muss bereit sein, einen höheren Preis zu bezahlen.

Amira Mohamed Ali, Die Linke

Gesunde Ernährung hängt immer mehr vom Geldbeutel ab



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Am nächsten Samstag findet hier in Berlin eine Großdemonstration statt. Das Motto der Demonstration lautet: „Wir haben es satt! Der Agrar-

dustrie die Stirn bieten!“.

Viele Tausend Menschen werden erwartet. Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, diese Menschen werden gegen Ihre Politik demonstrieren, und das völlig zu Recht; denn die Große Koalition hat auch in diesem Bereich völlig versagt.

Deshalb werden die Linke und auch ich selbst an dieser Demonstration teilnehmen; denn für die Linke ist klar: In der Agrar- und Lebensmittelpolitik muss sich endlich und grundlegend etwas ändern.

Betrachten wir die Dinge, wie sie sind: Die vielen Lebensmittel-skandale der letzten Jahre sind nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Wenige große Konzerne

bauen ihre Marktmacht ungehindert aus und machen Milliardengewinne. Dabei geht es nicht um soziale und ökologische Verantwortung und auch nicht um gutes Essen, sondern allein um Profit – und das um jeden Preis: auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher, auf dem Rücken der Beschäftigten und der regionalen Landwirtschaft und auf Kosten der Natur.

Landwirtschaftliche Betriebe werden in den Ruin getrieben. Schlechte Löhne und zum Teil wirklich katastrophale Arbeitsbedingungen in der Produktion und im Handel: Es ist ein System der Ausbeutung.

Wir haben steigende Antibiotikaresistenzen, ein Insektensterben,

und die Gülle vergiftet unsere Böden und unser Grundwasser. Ich komme aus Niedersachsen, und dort hat man mancherorts das Gefühl, dass die Äcker keine Anbauflächen für Lebensmittel mehr sind, sondern Entsorgungsflächen für Gülle geworden sind.

Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, was Sie in Ihren schönen Reden vergessen, ist, dass gesunde Ernährung immer mehr vom Geldbeutel abhängt.

Ich sehe eine Entwicklung hin zu einer Zweiklassen-ernährung:

Bio für Besserverdienende und billige Fertigprodukte voller Zusatzstoffe und mit wenigen Nährstoffen für die Bezieher niedriger Einkommen. Die Folgen sind höhere Krankheitsrisiken und eine geringere Lebenserwartung. Arme Menschen sterben früher. Das ist wissenschaftlich erwiesen worden.

Ihre Politik der sozialen Spaltung hat diese Entwicklung befeuert. Sie – und damit meine ich nicht nur Union und SPD, sondern auch die Grünen und die FDP, also die ganz große Koalition des Sozialabbaus – haben Hartz IV und die Ausweitung des Billiglohnssektors zu verantworten. Ich

finde es zynisch, von gesunder Ernährung zu sprechen und diesen Zusammenhang dabei einfach auszublenken.

Aber lassen Sie uns auch darüber reden, was die Große Koalition in der Lebensmittelpolitik

und beim Verbraucherschutz erreicht hat. Keine Angst, das dauert nicht lange; denn es ist eine Bilanz des Stillstands. Schärfere Kennzeichnungspflichten bei der Gentechnik? Fehlanzeige! Schärfere Kennzeichnungspflichten hinsichtlich Produktion und Herkunftsort? Fehlanzeige! Vom Tier-

Die vielen Lebensmittel-skandale der letzten Jahre sind nur die Spitze des Eisbergs.

schutz wage ich kaum anzufangen. Das Tierwohl-Label ist vor einem Jahr von der Großen Koalition vereinbart worden; auf der letzten Grünen Woche wurde es vorgestellt. Es ist immer noch nicht eingeführt.

Wissen Sie, als Verbraucherschützerin bin ich natürlich für mehr Transparenz. Ich stehe einem Label grundsätzlich positiv gegenüber. Aber auch Fleisch mit Label steht weiter in Konkurrenz zum Billigfleisch, das unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen produziert wird – unter unsagbar belastenden Arbeitsbedingungen; auch das möchte ich einmal sagen.

Stellen Sie sich einmal vor, dass

Sie den ganzen Tagen Hühnerküken in den Schredder schicken müssen. Das Billigfleisch verdrängt im Export lokale Produktionen und macht diese damit kaputt, und es entsteht nicht zuletzt unter unerträglichem Tierleid. Ich sage: Das sollte es überhaupt nicht geben!

Wenn man die Klimaziele erreichen möchte, dann ist es zwingend notwendig, von dieser Intensivtierhaltung wegzukommen.

Die von Verbraucherschützern seit langem geforderte Ampelkennzeichnung für die gesundheitsrelevanten Inhaltsstoffe lehnt der amtierende Bundesernährungsminister Schmidt ab. Warum, Herr Minister? Die Men-

schen wollen die Kennzeichnung. 80 Prozent aller Verbraucherinnen und Verbraucher wollen genauere Angaben über die Inhaltsstoffe ihrer Lebensmittel. Sie wollen wissen, ob die Produkte fair gehandelt wurden, ob sie gentechnikfrei sind, ob sie umweltschonend erzeugt wurden. 80 Prozent: Das ist eine Zahl aus dem Ernährungsreport 2018, den die Regierung selbst in Auftrag gegeben hat. Auch diese wird ignoriert. Die Menschen wollen die Agrar- und Ernährungswende! Sparen Sie sich die Symbolpolitik! Es muss gehandelt werden!

Aber danach sieht es nicht aus. Im Sondierungspapier für die Fortsetzung dieser Koalition

taucht das Wort „Ernährung“ überhaupt nicht auf. Und der Verbraucherschutz wird mit wenigen schwammigen Sätzen abgespeist. Aber eines kann ich Ihnen versprechen: Die Linke wird Ihnen das nicht durchgehen lassen.

Die Linke hat ein klares Programm: verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflichten, eine Reform des Lebensmittelrechts. Schluss damit, dass die Interessen der Unternehmen besser geschützt werden als die der Verbraucherinnen und Verbraucher! Schluss mit der Ausbeutung der Beschäftigten!

Wir fordern auch eine Reform des Kartellrechts, um die überwältigende, zerstörerische Marktmacht der großen Konzerne zu-

rückzudrängen. Das würde auch den Landwirten und den Zulieferern helfen, die dem Diktat dieses Marktmonopols oft schutzlos ausgeliefert sind. Wir wollen eine Landwirtschaft der artgerechten Tierhaltung und der regionalen Ausrichtung.

Als Linke stehen wir für gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel für alle. Gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir brauchen die Agrar- und Ernährungswende, und wir müssen sie mit einem sozialen Aufbruch verbinden.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen

Gesetze sind unsere Aufgabe, nicht die Ernährungsberatung



Dr. Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Lieber Kollege von der FDP, ich gebe Ihnen ja recht, dass das Sondierungspapier der sich vielleicht bildenden Großen Koalition etwas dünn geraten ist. Es stimmt auch, dass das Sondierungspapier einer möglichen Jamaika-Koalition, auf das wir uns im Bereich Landwirtschaft geeinigt hatten, deutlich besser gewesen wäre.

Aber warum beklagen Sie sich denn hier darüber? Sie hätten das alles mit uns gemeinsam haben können, wenn Ihr Parteivorsitzender nicht zu feige zum Regieren gewesen wäre.

Wissen Sie, in welchem Moment Ihr Parteivorsitzender davongelaufen ist? Er ist in dem Moment davongelaufen, als er die Komplettabstimmung des Solis bekommen hatte, die Abschaffung der anlasslosen Vorratsspeicherung und das Digitalpaket. Da ist er davongelaufen. Also bitte! Wenn Sie etwas zu kritisieren haben, dann kritisieren Sie erst einmal Ihren eigenen Vorsitzenden, und fassen Sie sich an die eigene Nase.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, wenn ich mir das Sondierungspapier der sich vielleicht bildenden Großen Koalition anschau, dann verstehe ich bestimmte Dinge nicht. Wieso haben Sie von der CDU/CSU die Punkte, die wir gemeinsam erarbeitet haben – wir hatten den Eindruck, dass Sie hier wirklich gelernt und diese unterstützt haben –, so schnell vergessen, als Sie mit der SPD an einem Tisch saßen? Wir hatten doch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung vereinbart und nicht ein solches Wischiwaschi, wie es jetzt in Ihrem Papier steht.

Wir hatten uns doch auf ein Programm zur Reduktion aller Pestizide verständigt, nicht nur der glyphosathaltigen Pestizide.

Warum haben Sie all das so schnell vergessen? Ist es vielleicht so, dass man Sie von der Union einfach nicht allein lassen kann, wenn es um solche Fragen geht, dass Sie, wenn die Grünen nicht auf Sie aufpassen, bei Ökologie, Tierschutz und all diesen wichtigen Fragen sofort ausbüxen? Auch beim Thema Klimaschutz haben Sie das eindrücklich bewiesen.

Jetzt zur SPD. Die SPD hatte viele dieser Themen vorbildlich in ihrem Wahlprogramm stehen.

Deshalb frage ich mich ehrlich gesagt schon: Wieso haben Sie, die Sie immerhin noch 20 Prozent der Stimmen erhalten haben, so viel weniger durchgesetzt als wir mit unseren 8 Prozent, zu-

mal wir mit CDU/CSU und FDP verhandeln mussten?

Liegt das daran, dass diese Punkte bei der SPD sozusagen nur im Schaufenster, also nur im Wahlprogramm stehen, dass Sie sich aber in den Verhandlungen, wenn es hart auf hart kommt, für all diese wichtigen Fragen zur Ökologie, zum Tierschutz und – angesichts des Höfesterbens – zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft überhaupt nicht mehr interessieren? Ist das vielleicht die Ursache?

Was ist jetzt notwendig? Notwendig ist nicht, dass in einer politischen Debatte anlässlich der Eröffnung der Grünen Woche vonseiten der SPD und der CDU/CSU ein bisschen Ernährungsberatung gemacht wird. Ich glaube,

Es hilft nicht, wenn sich die jetzige Politik lippenhaft zur Landwirtschaft bekennt.

Ernährungsberatung ist nicht die Hauptaufgabe des Deutschen Bundestages, auch in einer Debatte über Ernährung und Landwirtschaft nicht, sondern unsere Hauptaufgabe ist es, Gesetze zu machen, und nicht, den Leuten zu sagen, wie sie zu essen haben. Aber das nur am Rande.

Was ist also notwendig? Notwendig wäre, ein echtes Reduktionsprogramm für alle Pestizide aufzulegen. Notwendig wäre die Einführung einer klaren Haltungskennzeichnung. Notwendig wäre, die Vergabe der Gelder so zu gestalten, dass das Höfesterben nicht einfach weitergeht. Es hilft nicht, wenn sich die jetzige Politik lippenhaft zur Landwirtschaft bekennt; die Rahmenbedingungen sind es, die den Bäuerinnen und Bauern das Leben schwer machen. Diese Rahmenbedingungen müssen wir ändern. Wenn man zum Beispiel einen Großteil des Geldes einfach nach der Größe der Fläche vergibt, dann führt das höchstens dazu, dass die Pachtpreise steigen. Deshalb muss man das Geld nach qualitativen Kriterien vergeben, nach Ideen, wie wir sie in unserem Sondierungspapier festgehalten haben.

Man könnte sich wirklich ärgern, wenn man sich die jetzigen

Ergebnisse anschaut und diese mit dem vergleicht, was im Sondierungspapier der Jamaika-Sondierer stand. Da stand: Ställe der Zukunft, klimaschutzangepasste Produktion, Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt, gesunde Ernährung, Technologisierung und Digitalisierung sowie Präzisionslandwirtschaft einsetzen. Mensch, wir waren doch schon einmal so weit! Wenn sich die SPD schon nicht traut, dann traut wenigstens ihr von der CDU/CSU euch, das, worauf wir uns schon geeinigt haben, umzusetzen, wenn schon die FDP davongelaufen ist! Für uns ist am Ende nicht entscheidend, dass wir nicht die Posten haben, sondern für uns ist entscheidend, dass endlich inhaltlich sinnvolle Politik gemacht wird. Darauf kommt es an.

Deshalb mein Appell an die CDU/CSU und die SPD, wenn Sie wirklich eine Regierung bilden sollten: Ändern Sie die Politik, und schauen Sie sich die Papiere an, die wir gemeinsam erarbeitet haben. Darin finden Sie viel Gutes.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Nicht immer ist der Zuckergehalt von Lebensmitteln deutlich sichtbar. Abgeordnete haben deswegen am vergangenen Donnerstag eine klarere Lebensmittelkennzeichnung gefordert.

© picture-alliance/dpa

Dr. Maria Flachsbarth, CDU, Parl. Staatssekretärin

Landwirtschaft und Konsumenten rücken wieder zusammen



Dr. Maria Flachsbarth (*1963)
Landesliste Niedersachsen

Immer mehr Menschen beschäftigen sich mit Ernährung. Das ist seit Jahren ein stabiler Trend, der sich mit Sicherheit auch im Jahr 2018 fortsetzen wird. Lieber Herr Kollege Hofreiter, die Menschen wollen von uns keine Ernährungsberatung, sondern eine konsistente Ernährungspolitik, und genau das haben wir zu leisten.

Ernährung wird immer individueller, und Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich immer mehr eindeutige und verlässliche Informationen über ihre Lebensmittel. Die Ernährungsweisen werden immer vielfältiger, nicht nur mit Blick auf Vorlieben und Geschmack, sondern auch hinsichtlich der Lebenseinstellung und des Wertegerüsts. Für all diese Bedürfnisse – bei Allergien und Unverträglichkeiten sind es Not-

wendigkeiten – liefert unsere heimische Land- und Ernährungswirtschaft ein ebenso vielfältiges wie qualitativ hochwertiges Angebot.

Noch ein Trend ist zu beobachten. Nach Zeiten großer Entfremdung rücken Landwirtschaft und Konsumenten nun stellenweise wieder zusammen. Denn die Menschen möchten nicht nur die Pflichtangaben auf einer Verpackung lesen, sie möchten auch wissen: Wo genau kommt das Lebensmittel eigentlich her, und wie wird es produziert? Unter welchen Haltungsbedingungen hat das Schwein oder die Pute gelebt, von dem oder der ich gerade ein Schnitzel kaufe? Der Weg zwischen Stall und Teller wird wieder kürzer.

Auch deshalb ist es sinnvoll und zukunftsweisend, Agrar- und Ernährungspolitik und den gesundheitlichen Verbraucherschutz gemeinsam zu betrachten. Alle drei Politikbereiche sind Teile einer Wertschöpfungskette. Alle drei Politikbereiche gestalten wir deshalb aus einem Guss. Wir schlagen damit drei Fliegen mit einer Klappe: Wir stärken die Land- und Ernährungswirtschaft. Wir sorgen für ein vielfältiges, nachhaltiges und transparentes Lebensmittelangebot für Verbraucherinnen und Verbraucher, und wir geben darüber hinaus Impulse für lebendige ländliche Regionen.

Deshalb ist es sinnvoll und zukunftsweisend, Agrar- und Ernährungspolitik, den gesundheitlichen Verbraucherschutz und die Politik für den ländlichen Raum auch zukünftig in einem Ressort zu vereinen, nämlich in einem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ich sagte es schon: Im Hinblick auf die sich wandelnden Gewohnheiten und Verbrauchererwartungen werden wir in der Agrarpolitik künftig die Ernährungsbelange noch stärker in den Fokus nehmen müssen.

Wenn die EU-Kommission für ihre Pressemitteilung zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik die Überschrift „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ gewählt hat, so ist das eine Zielformulierung, der wir uns nur anschließen können. Hier liegt die große Chance für die Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Erzeugnisse werden aufgewertet. Es eröffnen sich nachhaltige und innovative Marktchancen. Regionale Vertriebswege und enge Kundenbindung tragen dazu bei, die Wertschätzung für landwirtschaftliche Produkte und die Landwirtschaft selbst zu steigern und auch den bewussteren Umgang mit Lebensmitteln zu fördern.

Ganz nebenbei stehen wir mit diesen Produkten aus einem wettbewerbsstarken und verbraucherorientierten Markt auch noch künftig beim Export in Länder mit

hoher Kaufkraft gut da. Lassen Sie mich konkrete Beispiele geben. Glaubt man der Marktforschung, werden eiweißreiche Hülsenfrüchte bei Verbraucherinnen und Verbrauchern immer beliebter. Diese ernährungsphysiologisch vorteilhaften Pflanzen verbessern zugleich beim Anbau den Boden, sparen Stickstoffdünger und erhöhen die Biodiversität. Es lohnt sich deshalb bei agrarpolitischen Entscheidungen, diese Vorlieben im Ernährungsverhalten der Bevölkerung mitzudenken. Damit haben wir schon gute Erfahrungen gemacht, etwa bei der Zusammenführung der bisherigen EU-Programme für Schulobst und Schulumilch – liebe Frau Kollegin Schulte, nicht nur 9, sondern 15 Bundesländer beteiligen sich inzwischen daran –; das entspricht dem Ernährungsbedarf der Kinder, aber darüber hinaus auch den pädagogischen Begleitmaßnahmen, die notwendig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das haben wir schon gehört: Eine unausgewogene Ernährung kann ernsthafte gesundheitliche Probleme verursachen. Adipositas ist der große Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs und Typ-2-Diabetes. Diese Erkrankungen verursachen nicht nur individuelles Leid, sondern auch gesamtgesellschaftliche Schäden.

Eine Land- und Ernährungswirtschaft aus einem Guss kann dem jedoch entgegenwirken. In diesem Sinne haben wir im vergangenen Jahr zwei neue Einrichtungen eröffnet, nämlich das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft als zentralen Informationsdienstleister für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Gartenbau und das Bundeszentrum für Ernährung als zentrale Stimme für alterstaugliche, wissenschaftsbasierte Ernährungsempfehlungen rund um gesundes Aufwachsen, ausgewogene Ernährung und die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik aus einem Guss nimmt Verbraucherinnen und Verbraucher ernst, die nach den Bedingungen, unter denen Lebensmittel produziert werden, fragen. Gerade wenn es um die Haltung unserer Nutztiere geht, erleben wir in diesen Tagen wieder besonders kritische Nachfragen. Deshalb steht die diesjährige internationale Agrarministerkonferenz im Rahmen der Internationalen Grünen Woche, das Global Forum for Food and Agriculture, unter dem Titel „Die Zukunft der tierischen

Erzeugung gestalten – nachhaltig, verantwortungsbewusst und leistungsfähig“. Von nun an werden auf Einladung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt rund 70 Agrarministerinnen und Agrarminister darüber beraten genauso wie über die Möglichkeit, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung auf das absolut unerlässliche Maß zu reduzieren. Ich werte es als großen Erfolg, dass der Bundeslandwirtschaftsminister und der Bundesgesundheitsminister im Rahmen der deutschen G-20-Präsidentschaft gemeinsam den Startschuss für einen auf Dauer angelegten engen und grenzüberschreitenden Fach- und Austausch zwischen Human- und Veterinärmedizin im Sinne des One-Health-Ansatzes gegeben haben, um Antibiotikaresistenzen wirksam zu begegnen.

Klar ist aber auch: Der Umbau der Tierhaltung geht nicht von heute auf morgen, und er geht nur mit und nicht gegen die Tierhalter. Mit der Initiative „Eine Frage der Haltung. Neue Wege zu mehr Tierwohl“ von Bundesminister Schmidt sind wir 2014 gestartet. Wir haben sicht-

bare Verbesserungen erreicht. So wurden nichtkurative Eingriffe bei Nutztieren weiter zurückgedrängt. Auf das Schnabelkürzen bei Legehennen wird inzwischen verzichtet. Das Töten von Eintagsküken steht vor dem Aus. Wir bleiben dran. Denn der BMEL-Ernährungsreport 2018 zeigt uns: 47 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf jeden Fall und 43 Prozent eher bereit, mehr Geld für Fleisch mit einem staatlichen Tierwohllabel auszugeben; zusammen sind das 90 Prozent. Deswegen hat das Tierwohllabel weiterhin Priorität auf der BMEL-Agenda für das Wohl der Tiere, eine gerechte Vermarktung und transparente Verbraucherinformationen.

Landwirtschafts- und Ernährungspolitik aus einem Guss, das ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen müssen und messen lassen wollen. Alle Seiten können davon nur profitieren: Landwirtinnen und Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie nicht zuletzt Tiere und Umwelt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem Dr. Edgar Franke (SPD), Pro. Dr. Axel Gehrke (AfD), Alois Rainer (CSU) sowie Johannes Saathoff (SPD).



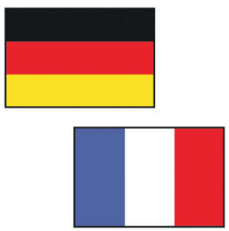
Ernährungsbildung von klein auf: In einer Magdeburger Grundschule, die sich am Schulobstprogramm der Europäischen Union beteiligt, gibt es drei mal wöchentlich Obst und Gemüse.

© picture-alliance/dpa

leicht
erklärt!

Deutschland und Frankreich

Wie aus Gegnern Freunde wurden



In diesem Text geht es um die Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich.

Genauer:
Um eine schriftliche Abmachung zwischen den beiden Ländern.

Sie wurde am 22. Januar 1963 unterschrieben.
Also vor 55 Jahren.

Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich



Deutschland und Frankreich liegen direkt nebeneinander.

Dadurch haben sie schon immer sehr viel miteinander zu tun.

Heute haben beide Länder eine sehr gute Beziehung.

Sie arbeiten eng zusammen.

Oft benutzt man sogar das Wort „Freundschaft“.

Das war aber nicht immer so.
Ganz im Gegenteil.

Viele Kriege

Viele Jahrhunderte lang gab es zwischen beiden Ländern immer wieder Streitereien und Kriege.

Zum Beispiel:

- In den Jahren von 1792 bis 1815 kämpfte Frankreich in mehreren Kriegen gegen verschiedene Länder in Europa.

Auch gegen mehrere Länder, aus denen später Deutschland wurde.

- In den Jahren 1870 und 1871 gab es dann den deutsch-französischen Krieg.

- Von 1914 bis 1918 war der Erste Welt-Krieg.

Deutschland kämpfte dabei zusammen mit anderen Ländern auf der einen Seite.

Frankreich kämpfte zusammen mit anderen Ländern auf der anderen Seite.





- Auch im Zweiten Welt-Krieg kämpften Frankreich und Deutschland gegeneinander. Der Zweite Welt-Krieg dauerte von 1939 bis 1945.

Nach dem Zweiten Welt-Krieg

Frankreich und Deutschland waren also lange Zeit immer wieder Gegner.

Zum letzten Mal im Zweiten Welt-Krieg.

Bald nach dem Krieg wollte Deutschland eine bessere Beziehung zu Frankreich haben.

Dafür gab es einen Grund:

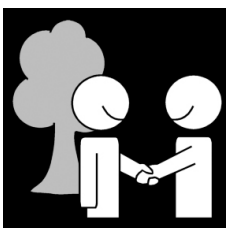
Deutschland war am Zweiten Welt-Krieg schuld. Es hatte den Krieg angefangen. Und es hat ihn zusammen mit seinen Partnern verloren.



Frankreich hat den Krieg zusammen mit seinen Partnern gewonnen. Und nach dem Krieg bestimmte es zusammen mit den anderen Gewinner-Ländern über Deutschland.

Das wollte Deutschland aber schnell wieder ändern.

Und dazu war es wichtig, sich mit den Gewinner-Ländern zu vertragen.



Deutschland wollte zeigen, dass es keine Gefahr mehr ist. Und dass es keinen Krieg mehr anfangen wird.

Die anderen Länder sollten ihm wieder vertrauen.

Auch Frankreich wollte eine Zusammenarbeit mit Deutschland.

Frankreich dachte sich dabei:

Wenn Deutschland ein Partner von Frankreich ist, dann ist es keine Gefahr mehr für Frankreich.



Erste Zusammenarbeit

Darum fingen die beiden Länder an, immer mehr zusammenzuarbeiten. Das war ab dem Jahr 1949.

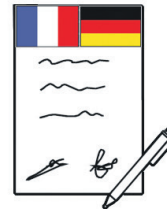
Zum Beispiel:

- Es gab erste Freundschaften zwischen französischen und deutschen Städten.
- Bei der Herstellung von Kohle und Stahl sprachen sich die Länder miteinander ab. Das war ab dem Jahr 1952.
- Auch bei der Atom-Energie arbeiteten sie zusammen. Das war ab dem Jahr 1957.

Die Beziehung wurde also immer enger und besser.

Ein wichtiges Ereignis für die Zusammenarbeit geschah dann im Jahr 1963.

Die schriftliche Abmachung



Am 22. Januar 1963 unterschrieben Deutschland und Frankreich eine Abmachung.

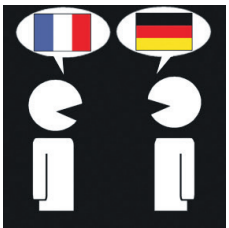
Der Name von dieser Abmachung war: Élysée-Vertrag.

In der Abmachung standen vor allem 3 Dinge.

1. Politiker von Frankreich und Politiker von Deutschland sollten sich regelmäßig treffen. Auf den Treffen sollten sie dann verschiedene Dinge absprechen. Zum Beispiel gemeinsame Ziele.
2. Es sollte Absprachen in verschiedenen Politik-Bereichen geben.
3. Außerdem wollte man Menschen aus Deutschland und aus Frankreich zusammenbringen. Und zwar vor allem junge Menschen.

Dafür wurden verschiedene Dinge gemacht.

Zum Beispiel reisen seitdem viele Schüler aus Deutschland nach Frankreich. Und umgekehrt.



Es wurden Projekte gemacht, bei denen Deutsche Französisch lernen. Und bei denen Franzosen Deutsch lernen.

Es gab noch mehr Freundschaften zwischen französischen und deutschen Städten.

Der Name „Élysée-Vertrag“



Der Name von der Abmachung kommt von einem Gebäude.

Und zwar vom Élysée-Palast in Paris.

Dort hat der französische Präsident sein Büro.

Und dort wurde auch die Abmachung unterschrieben.

„Élysée-Vertrag“ ist aber nicht der richtige Name vom Vertrag. Es ist eine Art Abkürzung.

Richtig heißt der Vertrag so: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Wer hat den Vertrag unterschrieben?

Der Vertrag ist vor allem auch 2 Männern zu verdanken.



Der eine Mann hieß Charles de Gaulle.

Das ist ein französischer Name. Man spricht ihn ungefähr so aus: Scharl dö Gohl.

Er war von 1959 bis 1969 Präsident von Frankreich.



Der andere Mann hieß Konrad Adenauer.

Er war von 1949 bis 1963 der erste Bundes-Kanzler von der Bundes-Republik Deutschland. Er hatte also den Beruf, den heute Angela Merkel macht.

Beide hatten den Ersten und den Zweiten Welt-Krieg miterlebt.

Und beide Männer waren sich einig: Es soll in Europa Frieden geben. Und zwar auch in Zukunft.

Und sie waren sich sicher: Das kann nur klappen, wenn es zwischen Frankreich und Deutschland Frieden gibt.

Der Élysée-Vertrag war ein wichtiger Teil für die Beziehung zwischen den beiden Ländern.

In den Jahrzehnten danach wurde sie immer enger. Deutschland und Frankreich arbeiteten bei immer mehr Dingen zusammen.

Am 22. Januar 2018 ist es 55 Jahre her, dass der Vertrag unterschrieben wurde.



Darum ist das ein wichtiger Jahres-Tag für Frankreich und Deutschland.

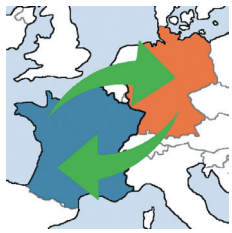
Deutschland und Frankreich heute

Heute ist die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland sehr gut.

Die beiden Länder arbeiten nicht nur in der Politik zusammen.

Sie arbeiten auch in vielen anderen Bereichen zusammen.





Hier ein paar Beispiele für die Zusammenarbeit:

- Deutsche Firmen verkaufen sehr viele Waren nach Frankreich.
Und französische Firmen verkaufen sehr viele Waren nach Deutschland.
- Die beiden Länder betreiben zusammen verschiedene Einrichtungen.
Zum Beispiel den Fernseh-Sender Arte.
- Deutsche und französische Unis arbeiten eng zusammen.

Deutschland, Frankreich und die Europäische Union



Beide Länder sind Mitglied in der Europäischen Union.
Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern.
Genauer:
Aus 28 europäischen Ländern.
Sie arbeiten zusammen.
Denn sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.
Ihre Politik soll nicht nur die einzelnen Länder beachten.
Sie soll ganz Europa beachten.

Frankreich und Deutschland sind die beiden größten Länder in der Europäischen Union.

Oft sagt man darum:
Sie sind besonders wichtig für die Europäische Union.

Und das liegt auch daran, dass die Länder so eng zusammenarbeiten.

Denn gemeinsam können sie mehr erreichen.

Und dadurch haben sie eine noch größere Bedeutung für die Europäische Union.



Im Moment hat die Europäische Union ein paar Probleme.

Viele Menschen sagen:
Sie muss sich sehr verändern.
Nur dann kann sie ihre Aufgaben noch erfüllen.

Und viele Menschen wollen, dass Deutschland und Frankreich diese Veränderungen fördern.

Denn:
Sie sind ja die größten Länder von der Europäischen Union.

Und die Politiker von Frankreich und Deutschland haben auch in den letzten Monaten beschlossen:
Ja, sie wollen die Veränderungen gemeinsam erreichen.

Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland geht also weiter.

Und ist auch in Zukunft wichtig für die beiden Länder.
Und für ganz Europa.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance/ dpa. Foto Elysée-Palast: © picture alliance / abaca, Fotograf: Szwarc Henri/ABACA. Portrait de Gaulle: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Rohwedder. Portrait Adenauer: © picture-alliance / Roland Witschel. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 4-5/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Februar 2018.

